Amtsblatt

für den Landkreis

Ostprignitz-Ruppin

Neuruppin, den 19. Februar 2003

Nr. 1 • 12. Jahrgang • 8. Woche

INHALTSVERZEICHNIS

1. **Satzungen und Verordnungen**
- 1.1. Entgeltordnung für die Museen Alte Bischofsburg in Wittstock
2. **Bekanntmachungen**
- 2.1. Veröffentlichung des Verzeichnisses der Denkmale des Landkreises Ostprignitz-Ruppin - Eintragungsstand: 31.01.2003
- 2.2. Bekanntmachung nach § 14 Abs. 1 des Gesetzes zur rechtlichen Stabilisierung der Zweckverbände für Wasserversorgung und Abwasserbeseitigung (StabG)
- 2.3. Bekanntmachung nach § 14 Abs. 1 des Gesetzes zur rechtlichen Stabilisierung der Zweckverbände für Wasserversorgung und Abwasserbeseitigung (StabG)
- 2.4. Öffentliche Zustellung - Krzyszof Jan Papiernik
- 2.5. Öffentliche Zustellung - Pavel Chelnokov
- 2.6. Öffentliche Zustellung - Lech Migaszewski
- 2.7. Öffentliche Zustellung - Attila Szabolcs Molnar
- 2.8. Öffentliche Zustellung - Krzyszof Slawomir Pogadzinski
- 2.9. Öffentliche Zustellung - Marcin Grabowski
- 2.10. Öffentliche Zustellung - Joseph Barton
- 2.11. Öffentliche Zustellung - Claus Laursen
- 2.12. - 2.13. Veröffentlichung von Kraftloserklärungen der Sparkasse OPR
- 2.14. Veröffentlichung eines Angebotes der Sparkasse OPR
- 2.15. Einladung zur öffentlichen Sitzung der Regionalversammlung der Regionalen Planungsgemeinschaft Prignitz-Oberhavel
- 2.16. Umstufungsverfügung
3. **Beschlüsse des Kreistages und des Kreisausschusses**
- 3.1. **Kreisausschuss - Nichtöffentlicher Teil - 14.11.2002**
- 3.1.1. Vergabe von Unterhaltsreinigung für das Objekt der Kreisverwaltung in Wittstock
- 3.1.2. Lieferung und Einrichtung von Hard- und Software für das OSZ OPR
- 3.2. **Kreistag - Öffentlicher Teil - 5. 12. 2002**
- 3.2.1. 2002 - 406 Gemeindefinanzierungsgesetz (GFG) 2002/2003
- 3.2.2. 2002 - 407 Entgeltordnung für die Museen Alte Bischofsburg in Wittstock
- 3.2.3. 2002 - 421 Schulversuch „6+6“ am Gymnasium „Friedrich Ludwig Jahn“ Kyritz
- 3.2.4. 2002 - 422 Auswahl kreislicher Schulen, die ab dem Schuljahr 2003/04 am Schulversuch „6+6“ teilnehmen
- 3.2.5. 2002 - 418 Abschluss von Kreuzungsvereinbarungen nach Eisenbahnkreuzungsgesetz
- 3.2.6. 2002 - 415 Namensgebung für die Allgemeine Förderschule Kyritz
- 3.2.7. 2002 - 424/1 Haushalt 2002 - Über- und außerplanmäßige Ausgaben
- 3.2.8. 2002 - 412/1 Satzung der Sparkasse Ostprignitz-Ruppin
- 3.2.9. 2002 - 425 Satzung der Sparkasse Ostprignitz-Ruppin ab 2005
- 3.2.10. Antrag der CDU-Fraktion - Besetzung des Wirtschaftsförder- und Strukturausschusses
- 3.2.11. 2002 - 430 Prioritätenliste zur Verwendung der Zuweisung von Mitteln gemäß § 16 a.i.V.m. § 30 Abs. 3 Gemeindefinanzierungsgesetz
- 3.2.12. Antrag des Abg. Herrn Völpel
- 3.3. **Kreistag - Nichtöffentlicher Teil-5.12.2002**
- 3.3.1. 2002 - 419 Dienstaufsichtsbeschwerde
- 3.3.2. 2002 - 611/1 Verkauf der Liegenschaft Poststraße 11 in Wittstock

INHALTSVERZEICHNIS

- 3.4. Kreistag - Öffentlicher Teil - 12. 12.2002
 - 3.4.1. Haushalt 2003
 - 3.4.2. 2002 - 413 Vertrag Restabfallentsorgung
 - 3.4.3. 2002 - 426 Übernahme der Aufgaben des Landkreises Prignitz gemäß dem Adoptionsvermittlungsgesetz durch Abschluss einer öffentlich rechtlichen Vereinbarung
 - 3.4.4. 2002 - 428/1 Krankenhausentwicklung in der Region Prignitz/Ruppin
 - 3.4.5. 2002 - 429 Zusammenarbeit der Vertreter der Ruppiner Kliniken GmbH und des Kreiskrankenhauses Prignitz gGmbH
- 3.5. Kreistag - Nichtöffentlicher Teil - 12.12.2002
 - 3.5.1. 2002 - 411/1 Vergabe der Restabfallentsorgung
- 4. Veröffentlichungen des Amtes Fehrbellin
 - 4.2. Haushaltssatzung und Haushaltsplan des Amtes Fehrbellin
 - 4.3. 1. Änderungssatzung zur Entschädigungssatzung des Amtes Fehrbellin
 - 4.4. 1. Änderungssatzung zur Entschädigungssatzung der Gemeinde Brunne
 - 4.5. Satzung der Gemeinde Brunne über die Erhebung von Gebühren zur Umlage der Verbandslasten des Wasser- und Bodenverbandes Rhin-/Havelluch
 - 4.6. 1. Änderungssatzung zur Entschädigungssatzung der Gemeinde Deutschhof
 - 4.7. Satzung der Gemeinde Deutschhof über die Erhebung von Gebühren zur Umlage der Verbandslasten des Wasser- und Bodenverbandes Rhin-/Havelluch
 - 4.8. Satzung der Gemeinde Deutschhof über die Erhebung von Gebühren zur Umlage der Verbandslasten des Wasser- und Bodenverbandes Großer Havelländischer Hauptkanal - Havelkanal - Havelseen
 - 4.9. Vergnügungssteuersatzung der Gemeinde Deutschhof
 - 4.10. 1. Änderungssatzung zur Entschädigungssatzung der Gemeinde Hakenberg
 - 4.11. Satzung der Gemeinde Hakenberg über die Erhebung von Gebühren zur Umlage der Verbandslasten des Wasser- und Bodenverbandes Rhin-Havelluch
 - 4.12. Vergnügungssteuersatzung der Gemeinde Hakenberg
 - 4.13. 1. Änderungssatzung zur Entschädigungssatzung der Gemeinde Karwese
 - 4.14. Satzung der Gemeinde Karwese über die Erhebung von Gebühren zur Umlage der Verbandslasten des Wasser- und Bodenverbandes Rhin-/Havelluch
 - 4.15. Vergnügungssteuersatzung der Gemeinde Karwese
 - 4.16. 1. Änderungssatzung zur Entschädigungssatzung der Gemeinde Königshorst
 - 4.17. 1. Änderungssatzung zur Entschädigungssatzung der Gemeinde Langen
 - 4.18. Vergnügungssteuersatzung der Gemeinde Langen
 - 4.19. 1. Änderungssatzung zur Entschädigungssatzung der Gemeinde Protzen
 - 4.20. Satzung der Gemeinde Protzen über die Erhebung von Gebühren zur Umlage der Verbandslasten des Wasser- und Bodenverbandes Rhin-/Havelluch
 - 4.21. Satzung der Gemeinde Protzen über die Erhebung von Gebühren zur Umlage der Verbandslasten des Wasser- und Bodenverbandes Oberer Rhin/Temnitz
 - 4.22. 1. Änderungssatzung zur Entschädigungssatzung der Gemeinde Tarmow
 - 4.23. Satzung der Gemeinde Tarmow über die Erhebung von Gebühren zur Umlage der Verbandslasten des Wasser- und Bodenverbandes Rhin-/Havelluch,
 - 4.24. Vergnügungssteuersatzung der Gemeinde Tarmow
 - 4.25. 1. Änderungssatzung zur Entschädigungssatzung der Gemeinde Walchow
 - 4.26. Satzung der Gemeinde Walchow über die Erhebung von Gebühren zur Umlage der Verbandslasten des Wasser- und Bodenverbandes Rhin-/Havelluch
 - 4.27. Vergnügungssteuersatzung der Gemeinde Walchow
 - 4.28. 1. Änderungssatzung zur Entschädigungssatzung der Gemeinde Wall
- 5. Veröffentlichungen des Trink- und Abwasserverbandes Zechlin
 - 5.2. Satzung zum Wirtschaftsplan für das Wirtschaftsjahr 2003 und 2004 des Trink- und Abwasserverbandes Zechlin Wasserversorgung und Abwasserbeseitigung
 - 5.3. 2. Änderung zur Satzung über die Erhebung von Gebühren für die dezentrale Schmutzwasserbeseitigungsanlage des TAV Zechlin
 - 5.4. 1. Änderung zur Entschädigungssatzung des Trink- und Abwasserverbandes Zechlin
- 6. Veröffentlichungen des Wasser- und Abwasserverbandes „Dosse“
 - 6.2. 4. Änderungssatzung zur Schmutzwasserbeseitigungsabgabensatzung
 - 6.3. Wirtschaftsplan 2003 für den Geschäftsbereich Wasserversorgung
 - 6.4. Wirtschaftsplan 2003 für den Geschäftsbereich Abwasserentsorgung
 - 6.5. Bekanntmachung zur Auslegung der Wirtschaftspläne

1. Satzungen und Verordnungen

1.1. Entgeltordnung für die Museen Alte Bischofsburg in Wittstock vom 6. Februar 2003

Auf der Grundlage des § 29 Abs. 2 Nr. 14 der Landkreisordnung in der Fassung vom 14.02.1994 (GVBl. I S. 34) und der Satzung der Museen „Alte Bischofsburg“ in Wittstock vom 03.04.2002 erlässt der Landkreis Ostprignitz-Ruppin folgende Entgeltordnung:

- 1. Einzelbesucher:**

Erwachsene	2,50 EUR
Ermäßigte (Auszubildende, Studenten, Schwerbehinderte, Arbeitslose, Sozialhilfeempfänger, Wehr- und Zivildienstleistende)	1,50 EUR
Kinder und Schüler	1,00 EUR
Freier Eintritt für Kinder unter 3 Jahren, Kuratoren, Mitglieder des Fördervereins und des wissenschaftlichen Beirats	

- 2. Gruppenbesucher:**
(10 bis 30 Personen)

Erwachsene	2,00 EUR
Ermäßigte	1,00 EUR
Kinder und Schüler	0,50 EUR

- 3. Familien:**

Familienkarte bis 6 Personen	5,00 EUR
------------------------------	----------

- 4. Führungen:**

Gruppenbesucher	
Große Führung	15,00 EUR
Kleine Führung	10,00 EUR
Einführungsvortrag	5,00 EUR

- 5. Foto- oder Filmerlaubnis:**
für nichtkommerzielle Zwecke 2,50 EUR

- 6. Sonderausstellungen:**
keine zusätzlichen Eintrittsentgelte

- 7. Sonderveranstaltungen:**
Höhe der Entgelte nach Vereinbarung

- 8. Inkrafttreten:**
 1. Diese Entgeltordnung tritt am 01.01.2003 in Kraft.
 2. Gleichzeitig tritt die Entgeltordnung für das Ostprignitzmuseum in Wittstock vom 11. 05.2001 außer Kraft.

Die vorstehende Entgeltordnung wird hiermit ausgefertigt.

Neuruppin, den 6. Februar 2003

Sven Alisch
Vorsitzender
des Kreistages

Christian Gilde
Landrat

2 Bekanntmachungen

2.1. Veröffentlichung des Verzeichnisses der Denkmale des Landkreises Ostprignitz-Ruppin

Eintragungsstand: 31.01.2003

Im Folgenden werden die im Landkreis Ostprignitz-Ruppin in das Denkmalverzeichnis eingetragenen Einzeldenkmale sowie die Denkmalbereiche veröffentlicht.

Die Inventarisierung des Denkmalbestandes im Land Brandenburg ist jedoch nicht abgeschlossen, so daß weiterhin Eintragungen in das Denkmalverzeichnis erfolgen werden.

Die Einzeldenkmale und Denkmalbereiche unterliegen den Schutzbestimmungen des Brandenburgischen Denkmalschutzgesetzes (BbgDSchG).

H.-U. Schommler
Amtsleiter

Denkmalbereiche:

1. **Alt Ruppin**
- Straßenzug Kietzstraße
2. **Freyenstein**
- Stadtgrundriß und erhaltenswerte historische Bausubstanz der Burg- und Marktstraße und des Marktplatzes
3. **Kyritz**
- Altstadt einschließlich des Verlaufs der mittelalterlichen Stadtbefestigung mit einem Teil des weitgehend un bebauten ehemaligen Wallbereichs
4. **Lindow**
- Ensemble Straße des Friedens
5. **Neuruppin**
- Klassizistische Stadanlage von Neuruppin innerhalb der Zollmauer und der mittelalterlichen Stadtmauer
6. **Neustadt**
- Ensemble Kirchplatz / Amtsfreiheit
7. **Rheinsberg**
- Barocker Stadtkern einschließlich mittelalterlicher Stadtbefestigung, Schloßensemble mit Park, Teile der Stadterweiterung nach Norden, Osten und Südosten sowie der Grienericksee und Teile des Rhins
8. **Wittstock**
- Stadtkern innerhalb des geschlossenen Stadtmauerringes
9. **Wusterhausen**
- Ensemble Markt (Am Markt, Domstraße, Kirchstraße, St. Petrie-Straße)
10. **Wusterhausen**
- Ensemble Schifffahrt (Schifffahrtstraße)

Amt:

- 3.4.
- 3.4.1.
- 3.4.2.
- 3.4.3.
- 3.4.4.
- 3.4.5.
- 3.5.
- 3.5.1.
- 4.
- 4.2.
- 4.3.
- 4.4.
- 4.5.
- 4.6.
- 4.7.
- 4.8.
- 4.9.
- 4.10.
- 4.11.
- 4.12.
- 4.13.
- 4.14.

Ort	Straße	Nummer	Bezeichnung
Adamswalde	Adamswalde Nr.	4	Revierförsterei, bestehend aus Forsthaus, Wirtschaftsgebäude und Hofpflasterung
Alt Daber			Fliegerhorst (Fallechirmprunghschule)
Alt Daber		11	Daberburg
Alt Ruppin	Am Weinberg	1	Schule
Alt Ruppin	Breite Straße		Möring - Denkmal
Alt Ruppin	Breite Straße	18	Haustür
Alt Ruppin	Friedrich-Engels-Straße		Kirche St. Nikolai
Alt Ruppin	Friedrich-Engels-Straße	9	Wohnhaus
Alt Ruppin	Friedrich-Engels-Straße	33a	ehem. Amtshaus
Alt Ruppin	Friedrich-Engels-Straße	39	ehem. alte Schule
Alt Ruppin	Friedrich-Engels-Straße	42	Wohnhaus
Alt Ruppin	Friedrich-Engels-Straße	50	ehem. Rathaus
Altfriesack	Schloßstraße	1	Haustür
Altfriesack	Untere Rhinstraße		Schleuse mit Zugbrücke
Babe	Hauptstraße		Gutshaus mit Park
Babitz	Dorfstraße	27	Dorfkirche
Bantikow	Dorfstraße	44	Dorfkirche
Bantikow	Dorfstraße		Dorfkirche
Banzendorf	Dorfstraße	34	Schloß mit Schloßpark
Banzendorf	Dorfstraße		Dorfkirche
Barsikow	Dorfplatz		Kirchhof - Grabstätte Degebrodt
Barsikow	Dorfstraße		zwei Meilensteine
Barsikow	Dorfstraße		Dorfkirche mit Umfassungsmauer
Bartschendorf	Dorfstraße	4	Eingang Gutshaus, Torpfeiler, Gutspark
Basdorf	Dorfstraße		Dorfkirche
Basdorf	Dorfstraße	1	Wohnstallhaus
Basdorf	Dorfstraße	16	Kleingehöft
Belower Wald	Belower Damm	1	Gedenkstätte Belower Wald - KZ Sachsenhausen
Berlinchen	Dorfstraße		Dorfkirche
Berlitt	Dorfstraße		Parkanlage
Berlitt	Dorfstraße		Dorfkirche
Berlitt	Dorfstraße	27	Wohnhaus mit Wirtschaftsgebäude, Hofpflasterung und Einfriedung
Betzin	Dorfstraße		Dorfkirche
Biesen	Dorfstraße	25	Mittelfurhaus
Biesen	Biesener Straße	15	Dorfkirche
Biesen	Chaussee	6	ehem. Chausseehaus
Binerwalde	Seestraße	10-13	Gutsanlage
Binerwalde	Seestraße	42	Sommerhalle mit Biergarten

- 4.15
- 4.16
- 4.17
- 4.18
- 4.19
- 4.20
- 4.21
- 4.22
- 4.23
- 4.24
- 4.25
- 4.26
- 4.27
- 4.28
- 4.29
- 4.30
- 4.31
- 4.32
- 4.33
- 4.34
- 4.35
- 4.36
- 4.37
- 4.38
- 4.39
- 4.40
- 4.41
- 4.42
- 4.43
- 4.44
- 4.45
- 4.46
- 4.47
- 4.48
- 4.49
- 4.50
- 4.51
- 4.52
- 4.53
- 4.54
- 4.55
- 4.56
- 4.57
- 4.58
- 4.59
- 4.60
- 4.61
- 4.62
- 4.63
- 4.64
- 4.65
- 4.66
- 4.67
- 4.68
- 4.69
- 4.70
- 4.71
- 4.72
- 4.73
- 4.74
- 4.75
- 4.76
- 4.77
- 4.78
- 4.79
- 4.80
- 4.81
- 4.82
- 4.83
- 4.84
- 4.85
- 4.86
- 4.87
- 4.88
- 4.89
- 4.90
- 4.91
- 4.92
- 4.93
- 4.94
- 4.95
- 4.96
- 4.97
- 4.98
- 4.99
- 5.00

Ort	Straße	Nummer	Bezeichnung
Blandikow	Dorfstraße		Dorfkirche
Blandikow	Dorfstraße	24	ehem. Schule (Wohngebäude)
Blandikow	Dorfstraße	59	Wohngebäude
Blandikow	Dorfstraße	60	Wohngebäude
Biankenberg	Dorfstraße	14-16	Gutshaus und Gutspark
Blesendorf	Dorfstraße		Dorfkirche
Blesendorf	Dorfstraße	15/16	Doppelwohnhaus mit zwei Wirtschaftsgebäuden und Hofpflasterung
Blesendorf	Dorfstraße	33	Doppelstubenhaus
Blumenthal	Bahnhofstraße	5 u. 6	Taubenschlag
Blumenthal	Dorfstraße		Bahnhof, bestehend aus verschiedenen baulichen Anlagen
Blumenthal	Parkweg		Dorfkirche
Bork	Borker Straße	2	Wandgestaltung an der Schule
Bork	Dorfstraße	23	alte Schule
Braunsberg	Dorfstraße		Dorfkirche
Breddin	Dorfstraße		Dorfkirche
Breddin	Havelberger Straße	58	vor dem Bahnhof - Friedrich-Ludwig-Jahn-Gedenkstätte
Brunn	Dorfstraße		Dorfkirche
Brunn	Dorfstraße		Dorfkirche
Brunn	Dorfstraße		Friedhof - Marmordenkmal
Brunne	Dorfanger		Gutspark
Brunne	Dorfstraße		Dorfkirche
Brunne	Dorfstraße	25	Dreiseitlgehöft eines Großbauern
Brunne	Dorfstraße	28	Wohnhaus
Brunne	Dorfstraße	49	Wohnhaus
Brunne	Dorfstraße	53	Wohnhaus
Brunne	Dorfstraße	59	Wohnhaus
Bückwitz	Seestraße		Dorfkirche
Buelow	Dorfanger		Dorfkirche
Buelow	Dorfstraße		Dorfkirche
Christdorf	Dorfstraße	64	Wohnhaus, zwei Wirtschaftsgebäude, Schmiede
Dabergotz	Hauptstraße		Dorfkirche
Dabergotz	Hauptstraße		Dorfkirche
Dabergotz	Hauptstraße	5	Gehöft
Dahnhausen	Dorfstraße	28	Wohnhaus
Dameleick	Dorfstraße		Dorfkirche
Dameleick	Dorfstraße	30	Wohnhaus
Dameleick	Dorfstraße	39	Gehöft, bestehend aus Wohnhaus, drei Wirtschaftsgebäude und Hofpflasterung
Dameleick	Dorfstraße	73	Dorfkirche

Ort	Straße	Nummer	Bezeichnung
Daritz	Dorfanger		Dorfkirche
Daritz	Dorfstraße	13	Gehöft
Daritz	Dorfstraße	14	Gehöft
Daritz	Dorfstraße	15	Gehöft
Daritz	Dorfstraße	19	ehem. Schule (Becksteingebäude)
Darsikow			Friedhof
Darsikow	Dorfplatz		Gutskapelle
Dechtow	Dorfstraße		Dorfkirche
Dechtow	Dorfstraße	13	Gutshaus mit gärtnerisch gestaltetem Umfeld
Dechtow	Dorfstraße	22	ehem. Lehrerhaus
Dechtow	Karweiser Straße	2	Zehnfamilienwohnhaus mit Stallanlage
Dechtow	Rosenstraße	59	Wohnhaus mit Nebengebäude
Deesow	Dorfstraße		Dorfkirche
Deesow	Dorfstraße		Park mit Parkzugang
Deesow	Neuruppiner Straße	2	Dampfmaschine
Deutschhof	Dorfstraße	10	Wohnställechenhaus
Dierberg	Dorfstraße		Dorfkirche
Dierberg	Dorfstraße	14	Gehöft
Dierberg	Dorfstraße	15	Pfarrhaus
Dierberg	Dorfstraße	18	Wohnhaus
Dierberg	Dorfstraße	21	Gehöft
Dierberg	Dorfstraße	30	Wohnhaus
Dierberg	Dorfstraße	39	Wohnhaus
Dierberg	Dorfstraße	43	Wohnhaus
Dierberg	Dorfstraße	54	Wohnhaus
Dierberg	Dorfstraße	55	Wohnhaus
Dierberg	Dorfstraße	56	Wohnhaus
Dierberg	Straße nach Rheinsberg	1	Chausséehaus
Dorf Zechlin	Am Kunkelberg	18	Wirtschaftsgebäude
Dorf Zechlin	Anger		Dorfkirche
Dorf Zechlin	Anger	9	Pfarrhaus
Doseow			Dorfkirche
Doseow			Gedenkstätte KZ Sachsenhausen
Dranse	Dorfstraße		Dorfkirche
Dranse	Dorfstraße	40/42	Wohnhaus mit drei Wirtschaftsgebäuden
Dranse	Walkmühler Straße	1	Walkmühle
Dreetz	Dorfstraße		Dorfkirche

Ort	Straße	Nummer	Bezeichnung
Dreetz	Friedhof		Gedenkstätte für ermordete Häftlinge verschiedener Nationen
Dreetz	Friedhof		Gedenkstätte für gefallene Soldaten
Dreetz	Straße nach Segatz		Gedenkstätte für ermordete KZ-Häftlinge
Drewen	Dorfstraße		Dorfkirche
Drewen	Dorfstraße	20	Torhaus
Drewen	Wutiker Straße	1	Wohnhaus
Eichenfelde	Dorfstraße		Speicher auf dem Gutshof
Fehrbellin	Berliner Straße	3	Wohn- und Geschäftshaus (Adler-Apothek)
Fehrbellin	Feldbergstraße		Stadtkirche
Fehrbellin	Joh.-Seb.-Bach-Straße	6	ehem. Amtshaus (Rathaus)
Fehrbellin	Kurfürstenpark		Kurfürsten - Denkmal
Fehrbellin	OdF- Platz		Ehrenmal für Opfer des Faschismus
Flecken Zechlin	Amtsstraße		ehem. Amtshaus
Flecken Zechlin	Markt		Dorfkirche
Flecken Zechlin	Ortsausgang		sowj. Ehrenfriedhof
Flecken Zechlin	Wittstocker Straße	7	Kossätenhof
Flecken Zechlin	Wittstocker Straße	20	Kossätenhof
Fretzdorf	Dorfstraße		Dorfkirche
Fretzdorf	Dorfplatz		Dorfkirche
Fretzdorf	Dorfplatz	9	ehem. Schloß
Fretzdorf	Dorfstraße		Bahnhofsgebäude
Fretzdorf	Dorfstraße		ehem. Inspektorenhaus
Fretzdorf	Dorfstraße		Park
Fretzdorf	Friedhof		Gedenkstätte KZ Sachsenhausen
Freyenstein			neues Schloß mit Wittstocker Tor
Freyenstein			Parkanlage
Freyenstein	Kirchplatz		Gedenkstätte für Opfer KZ Sachsenhausen
Freyenstein	Marktstraße		altes Schloß mit Resten der Burganlage
Freyenstein	Marktstraße	30	Wohnhaus
Freyenstein	Mauerstraße	6	alte Schule "Wallechule"
Freyenstein	Poststraße	4	Fachwerkhäuser Untermühle
Freyenstein	Prediger Straße		Stadtkirche
Freyenstein	Warnsdorfer Weg		Friedhof - Gedenkstätte für 29 Opfer des KZ Sachsenhausen
Fristow	Nr.	2	Förster-Dienstgehöft und Revierförsterei mit Vor- und Nutzgarten
Qadow	Dorfstraße		Dorfkirche
Qadow	Dorfstraße	44	Pfarrhaus
Qadow	Friedhof		Gräberstätte von Opfern des KZ Sachsenhausen

Ort	Straße	Nummer	Bezeichnung
Gantikow	Am Anger	1	Gutshaus mit Schmiede
Gantikow	Dorfstraße		Dorfkirche
Garz			Gutsanlage mit Park
Garzer	Dorfstraße		Dorfkirche
Garzer	Dorfstraße		Friedhof - Eisengußdenkmal "Wahlen-Jürgess"
Garzer	Dorfstraße	20	Gutshaus
Gartow	Dorfstraße		Dorfkirche
Garz	Dorfstraße	17	Alte Schäferei
Garz	Hauptstraße	4	ehem. Dorfkrug
Garz	Luchdamstraße		Dorfkirche
Garz	Luchdamstraße	1	Bauernhof - Wohnhaus, drei Wirtschaftsgebäude und Einfriedung
Garz	Luchdamstraße	2	Wohnstallhaus
Garz	Luchdamstraße	10-15	Gutsanlage mit Nebengebäuden und Gutspark
Garz	Luchdamstraße	11	mittelalterlicher Wohnturm
Garz	Luchdamstraße	17	Fachwerkhäuser (Innere Mission)
Garz	Rotdomstraße	5	Wohnhaus mit Scheune
Garz	Rotdomstraße	6	Wohnhaus mit Bäckerei und Scheune
Garz	Rotdomstraße	11	Wohnhaus
Garz	Rotdomstraße	12	Gehöft
Garz	Rotdomstraße	16	Wohnstallhaus
Garz	Rotdomstraße	18	Wohnstallhaus mit Stallspeicher
Garz	Ruppiner Berg	5	Fachwerkhäuser
Garz	Tarnitzweg	1/2	Fachwerkhäuser
Gentzrode			Gut Gentzrode mit Park
Glienicke	Dorfstraße		Dorfkirche
Gnewikow	Am See	17	Neubauernhaus mit Vor- und Nutzgarten
Gnewikow	Dorfstraße		Dorfkirche
Gnewikow	Dorfstraße		Landschaftspark
Gnewikow	Gutsstraße	24	Gutshaus
Goldbeck (Widd)	Burgstraße		Speichergebäude
Goldbeck (Widd)	Dorfstraße		Burg
Goldbeck (Widd)	Dorfstraße		Dorfkirche
Gottberg	Dorfstraße		Dorfkirche
Gottberg	Dorfstraße	14	Gehöft - Wohnhaus und drei Wirtschaftsgebäude
Grabow	Ausbau	7	Wassermühle "Kuckucksmühle"
Grabow	Blumenthaler Straße		Gutshaus mit Gutspark
Grabow	Dorfstraße		Dorfkirche

Ort	Straße	Nummer	Bezeichnung
Groß Haßlow	Dorfstraße		Dorfkirche
Groß Haßlow	Dorfstraße		sowj. Ehrenfriedhof
Großzerlang	Dorfstraße		Dorfkirche
Gühlen	Am See		Landschaftspark
Gühlen-Glienicke	Dorfstraße	18	Gehöft mit Schmiede, Vorgarten mit Eisengitterzaun und Hofpflasterung
Hakenberg	Dorfstraße		Kirche mit Erinnerungsgestüben an die Schlacht bei Fehrbellin
Hakenberg	Dorfstraße	41	Gehöft
Hakenberg	Fehrbelliner Straße		Denkmal Schlacht bei Fehrbellin
Heiligengrabe	Dorfstraße		Grabstätte VdN - Kameradin
Heiligengrabe	Maulbeerwalder Weg		Dorfkirche
Heiligengrabe	Pritzwalker Str.		Gutshof des Klosters - bestehend aus drei Wirtschaftsgebäuden
Heiligengrabe	Pritzwalker Straße		Klosterensemble mit baulichen und Gartenanlagen
Heinrichsdorf	Dorfstraße		neugotisches Spritzenhaus
Herzberg	Berliner Straße	59 a	Dorfkirche mit Portal
Herzberg	Emel-Thälmann-Straße		Gedenkstätte für Opfer des KZ Sachsenhausen
Herzberg	Ruppiner Straße	2	Vorlaubenhaus (Dorfkrug)
Herzprung	Dorfstraße		Dorfkirche
Herzprung	Friedzorer Straße		Gedenkstein für Opfer des KZ Sachsenhausen
Herzprung	Friedhof		Grabstätte von polnischen und jugoslawischen Gefallenen
Herzprung	Friedhof		Grabstätte von 17 Opfer des KZ Sachsenhausen
Hindenberg	Dorfstraße	25	ehem. Schulgehöft, bestehend aus Schulhaus, Nebengebäude und Stall
Hoheneise	Zechlinerhütter Landstraße		Sanatoriumensemble mit baulichen und Gartenanlagen
Hoheneise	Zechlinerhütter Landstraße		sowj. Ehrenmal
Hoheneisen	Dorfstraße	26	Dorfkirche/Schul- und Bethaus
Holzhausen	Dorfstraße		Dorfkirche
Holzhausen	Dorfstraße		Kriegerdenkmal
Holzhausen	Dorfstraße	20	Bauernhaus
Holzhausen	Dorfstraße	38	Bauernhaus
Horst	Burghof	10	Burgruine
Horst	Burghof	10	ehem. Berufsschule mit Sozialtrakt
Horst	Burghof	10	Gutshaus
Horst	Burghof	10	Gutshof - bestehend aus Verwalterhaus, Wohnhaus, Forsthaus, drei Wirtschaftsgebäude, Mühle
Horst	Burghof	10	Gutspark
Horst	Dorfstraße		Kapelle
Jabel	Dorfstraße		Dorfkirche
Jabel	Dorfstraße	1	mittelalterliche Kirche mit Pfarrhaus und Wirtschaftsgebäude
Jabel	Dorfstraße	20	Mühlhaus

Ort	Straße	Nummer	Bezeichnung
Kager	Dorfstraße		Dorfkirche
Kampel	Dorfstraße		Dorfkirche
Kampel	Dorfstraße		Gutshaus mit Park
Kampel	Dorfstraße	18	Gehöft
Karnow	Dorfstraße		Dorfkirche
Karnow	Dorfstraße		Schloß mit Park
Karnow	Dorfstraße		VVN - Ehrenmal
Karwe	Dorfstraße		Gutsanlage
Karwe	Dorfstraße		Landschaftspark
Karwe	Lange Straße		Dorfkirche mit Portal
Karwe	Lange Straße	15	Tagelöhnerwohnhaus
Karwe	Lange Straße	21	Wohnhaus mit Stallpeicher
Karwe	Lange Straße	27	Wohnhaus mit Stallanlagen
Karweese	Dorfstraße		Dorfkirche
Kellar	Dorfstraße		Dorfkirche
Kerzin	Dorfstraße		Dorfkirche
Kein Haßlow	Dorfstraße		Dorfkirche
Kleinzerlang	Dorfstraße		Dorfkirche
Kosterheide	Dorfstraße		Gedenkstein KZ Sachsenhausen
Kosterheide	Kramnitzer Weg		Klinikum - Haus A, B, D, F, G mit Heizhaus u. Schornstein
Königsberg	Dorfstraße		Dorfkirche
Königsberg	Dorfstraße	48	Gutshaus
Königshorst	Dorfstraße	42	Pfarrhaus
Königshorst	Friedhof		barocker Grabstein
Königshorst	Hauptstraße		Dorfkirche
Königshorst	Hauptstraße	14	Fachwerkhäuser (Dorfkrug)
Königshorst	Schwarzer Weg	7	Fachwertstall
Köpertz	Bergstraße	17	Gutshaus
Kötzlin	Dorfstraße		Dorfkirche mit Grabmal Königsmark
Krangen	Dorfanger		Dorfkirche
Krangen	Dorfplatz	21	Wohnhaus und linker Stallpeicher eines Mittelbauern sowie Hofpflasterung
Krätzlin	Dorfstraße		Dorfkirche
Krätzlin	Dorfstraße	3	Gutshaus mit Resten des Parks
Külow	Dorfstraße		Dorfkirche
Kyritz	Bahnhofstraße		im Rosengarten - Marmorplastik "Die Liegende"
Kyritz	Bahnhofstraße		Rosengarten
Kyritz	Bahnhofstraße		VVN-Ehrenmal

Ort	Straße	Nummer	Bezeichnung
Kyritz	Bahnhofstraße	6	Wohnhaus
Kyritz	Bahnhofstraße	8	Wohnhaus
Kyritz	Bahnhofstraße	12	Wohnhaus (Villa II)
Kyritz	Bahnhofstraße	13	Wohnhaus
Kyritz	Berliner Straße u.a.		Egidii - Siedlung
Kyritz	Domsstraße	2	Wohn- und Geschäftshaus
Kyritz	Graf v. d. Schulenb.-Str.		Friedhof - 6 Grabsteine, 3 Grabkreuze
Kyritz	Graf v. d. Schulenb.-Str.		Friedhof - Grabstein "Die Knieende"
Kyritz	Hagenstraße		katholische Kirche einschließlich Bepflanzung
Kyritz	Hagenstraße	2	Villa (Kindergarten)
Kyritz	Hamburger Straße	10	Wohnhaus
Kyritz	Hamburger Straße	26	Wohn- und Geschäftshaus
Kyritz	Holzhausener Straße	27	Hauptgebäude der Goetheschule
Kyritz	Hospitalstraße	13	ehem. Hospital St. Spiritus
Kyritz	Joh.-Seb.-Bach-Str.		vor der Kirche - Gefallenenehrenmal von 1920
Kyritz	Joh.-Seb.-Bach-Str.		vor der Kirche - Schütze-Kersten-Gedenkstein
Kyritz	Joh.-Seb.-Bach-Str.	2	ehem. Franziskanerkloster mit Klostergarten
Kyritz	Joh.-Seb.-Bach-Str.	4	Fachwerkhäuser
Kyritz	Joh.-Seb.-Bach-Str.	7	Wohnhaus
Kyritz	Joh.-Seb.-Bach-Str.	10	Wohnhaus mit Wirtschaftsgebäude
Kyritz	Joh.-Seb.-Bach-Str.	28	Wohn- und Geschäftshaus
Kyritz	Joh.-Seb.-Bach-Str.	36	Wohn- und Geschäftshaus
Kyritz	Joh.-Seb.-Bach-Str.	42/44	Eichhorstsches Haus
Kyritz	Joh.-Seb.-Bach-Str.	55	Wohnhaus
Kyritz	Marktplatz	1	Rathaus
Kyritz	Marktplatz	2	Wohn- und Geschäftshaus
Kyritz	Marktplatz	4	Wohn- und Geschäftshaus
Kyritz	Marktplatz	14	Wohn- und Geschäftshaus
Kyritz	Marktplatz	18	Wohn- und Geschäftshaus
Kyritz	Maxim-Gorki-Straße	16	Wirtschaftsgebäude
Kyritz	Maxim-Gorki-Straße	21	Wohnhaus
Kyritz	Maxim-Gorki-Straße	23	Wohnhaus
Kyritz	Maxim-Gorki-Straße	26	Fritz - Reuter-Gedenktafel
Kyritz	Maxim-Gorki-Straße	29	Wohnhaus
Kyritz	Maxim-Gorki-Straße	41	Wohnhaus
Kyritz	Maxim-Gorki-Straße	43	Wohnhaus
Kyritz	Mühlenstraße	8	Wohnhaus

	Ort	Straße	Nummer	Bezeichnung
	Kyritz	Perleberger Straße		Bodensformdenkmal
	Kyritz	Perleberger Straße	1 - 2	Gebäude des ehem. Landratsamtes mit Villa
3.4.	Kyritz	Perleberger Straße	6	Gymnasium
3.4.1	Kyritz	Perleberger Straße	9	Wohnhaus
3.4.2	Kyritz	Perleberger Straße	31a	Altbau des Krankenhauses
3.4.3	Kyritz	Poststraße	16	ehem. Hospital
	Kyritz	Prinzenstraße	6	Wohnhaus
	Kyritz	Prinzenstraße	7	Wohn- und Geschäftshaus
3.4.4	Kyritz	Prinzenstraße	9	Wohnhaus
3.4.5	Kyritz	Pritzwalker Straße		sowj. Ehrenfriedhof
	Kyritz	Pritzwalker Straße	10	Verwaltungsgebäude der Stärkefabrik
	Kyritz	Schulstraße		Pfarrkirche St. Marien
3.5.	Kyritz	um die Altstadt		Stadtmauer
3.5.1	Kyritz	Weberstraße	65	Wohnhaus
	Kyritz	Weberstraße	72	Wohnhaus
4.	Kyritz	Werner Straße	1	Kindergarten West - Wandbild von Wegner
4.2.	Langen	Dorfstraße		Dorfkirche
4.3.	Langen	Dorfstraße	71	Pfarrgehöft - bestehend aus Pfarrhaus und zwei Wirtschaftsgebäuden
4.4.	Lieskow	Dorfstraße		Dorfkirche
4.5.	Lieskow	Lieskower Ring	27	Wohnhaus mit Wirtschaftsgebäude an der Kirche - Grabsteine der Familie von Rohr
	Leddin	Dorfstraße		Dorfkirche
4.6.	Lelichow	Dorfstraße	1	Dorfschule
	Lelichow	Borker Straße		Dorfkirche
4.7.	Lentzke	Brunner Straße		Wohnhaus
	Lentzke	Dorfstraße	14	Wohnhaus
	Lentzke	Dorfstraße	18	Wohnhaus
4.8.	Lentzke	Dorfstraße	30	Fachwerkhaus
	Lentzke	Dorfstraße	31	Wohnhaus/Gasthaus
4.9.	Lentzke	Dorfstraße	44	Wohnhaus mit Wirtschaftsgebäuden
4.10.	Lichtenberg	Dorfstraße		Dorfkirche
	Lichtenberg	Dorfstraße	47	Fachwerkhaus
4.11.	Lieberthal	Dorfstraße	18	Dorfkirche
	Lieberthal	Dorfstraße	32	Wohnhaus
4.12.	Lindow	Am Wutzsee		Klosterensemble mit baulichen und Gartenanlagen
4.13.	Lindow	Am Wutzsee	3	ehem. Klostermühle
	Lindow	Am Wutzsee	54	Wohnhaus
4.14.	Lindow	Mittelstraße	34	ehem. Kantor- und Schulhaus

	Ort	Straße	Nummer	Bezeichnung
4.15.	Lindow	Straße des Friedens	7	Wohnhaus mit Hofgebäuden
4.16.	Lindow	Straße des Friedens	14	Wohnhaus mit Hofgebäuden
4.17.	Lindow	Straße des Friedens	15	Wohn- und Geschäftshaus
4.18.	Lindow	Straße des Friedens	19	Wohnhaus
4.19.	Lindow	Straße des Friedens	34	Wohnhaus
4.20.	Lindow	Straße des Friedens	44	Wohnhaus
4.21.	Lindow	Straße des Friedens	56	Wohnhaus
	Lindow	Straße des Friedens	62	Pfarrhaus
4.22.	Lindow	Straße des Friedens	65	Wohnhaus
	Lindow	Straße des Friedens	74	Wohnhaus
4.23.	Lindow	Straße des Friedens	77	Pfarrkirche
	Linh	Dorfstraße		Dorfkirche
4.24.	Linum	Neuener Straße		Dorfkirche
4.25.	Linum	Neuener Straße		vor der Kirche - Kriegerdenkmal
4.26.	Linumhorst			Stahlfachwerkdücke
	Lügow	Lindenstraße	61	Wohnhaus
4.27.	Lügow	Lindenstraße	63	Wohnhaus
4.28.	Lügow	Schulstraße	4	Dorfkirche
	Lügow	Schulstraße	21	Gutshaus (Schule)
5.	Lohm	Dorfstraße		Dorfkirche
	Lohm	Dorfstraße	2	Gutshaus II (Schule)
5.2.	Lohm	Dorfstraße	4 a-c	Gutshaus I (Wohnhaus)
	Lohm	Dorfstraße	16	Gehöft
5.3.	Lohm	Dorfstraße	26 a	Wohnhaus mit Stallgebäude auf dem Vorwerk - gemauerter Brunnen
	Lüchfeld	Dorfstraße		Dorfkirche
5.4.	Lüchfeld	Dorfstraße		Dorfkirche
6.	Manter	Dorfstraße		Gerätehaus der Freiwilligen Feuerwehr
6.2.	Manter	Dorfstraße	3	Gehöft
6.3.	Manter	Dorfstraße	5	Wohnhaus eines Mittelbauern
6.4.	Manter	Dorfstraße	14	Neubauerngehöft
	Manter	Dorfstraße	41	Gehöft
6.5.	Manter	Dorfstraße	47	Wohnhaus des ehem. Freigutes
	Manter	Dorfstraße	48	Pfarrgehöft
	Manter	Dorfstraße	51	Gehöft
	Manter	Dorfstraße	56	ehem. Schule
	Manter	Dorfstraße	58	Wohnstallhaus eines Vollbauern

Ort	Straße	Nummer	Bezeichnung
Merker	Dorfstraße	80	Bauernhaus
Merker	Dorfstraße	88	Bauernhaus
Merker	Dorfstraße	94	Molkerei mit Wohnhaus
Maulbeerwalde	Dorfstraße	32	ehem. Nachtwächterhaus
Maulbeerwalde	Dorfstraße	32	Glockenstuhl
Maulbeerwalde	Lindenstraße		Dorfkirche/Kapelle
Maulbeerwalde	Lindenstraße		Wirtschaftshof des ehem. Gutes mit verschiedenen baulichen Anlagen
Maulbeerwalde	Lindenstraße	6	Gutshaus mit Gutspark
Maulbeerwalde	Lindenstraße	3/4	ehem. Landarbeiterkate
Mechow	An der B 5		Mellenstein Kilometer 100
Mechow	Dorfstraße		Dorfkirche
Mechow	Hauptstraße	18	Pfarrhof mit Fachwerkstall
Metzelthin	Dorfstraße	22	Dorfkirche
Metzelthin	Dorfstraße	32	Gutshaus mit Park
Metzelthin	Dorfstraße	41	Bockwindmühle
Molchow	Dorfanger		Glockenturm
Molchow	Dorfplatz	2	Wohnhaus
Molchow	Dorfplatz	5	Wohnhaus
Molchow	Dorfplatz	6	Wohnhaus
Molchow	Dorfplatz	9	Gehöft
Molchow	Dorfplatz	15	Fachwerkhaus
Nackel	Parkstraße	1	Dorfkirche
Nackel	Schulstraße	6	Park
Netzband	Dorfstraße		Dorfkirche
Netzband	Dorfstraße		in der Kirche - vier Grabplatten der Familie Rohr
Neuendorf (Nstd)	Dorfstraße		Gutspark
Neugliencke	Dorfstraße	2	Forstkolonie - Wirtschaftsgebäude mit Garten
Neugliencke	Dorfstraße	3	Forstkolonie - Gehöft der Oberförsterei mit Garten
Neugliencke	Dorfstraße	4	Forstkolonie - Förster-Dienstgehöft u. Revierförsterei mit Garten
Neugliencke	Dorfstraße	10	Forstkolonie - Förster-Dienstgehöft u. Revierförsterei mit Garten
Neugliencke	Dorfstraße	12	Forstkolonie - Bürohaus der Oberförsterei mit Garten
Neumühle (NP)	Neumühler Weg	2	Neumühle, bestehend aus verschiedenen baulichen Anlagen und Park
Neuruppin			Stadtbefestigung, bestehend aus Stadtmauer, Kommunikation und Wallanlagen
Neuruppin	Alt Ruppiner Allee		sowj. Ehrenmal
Neuruppin	Alt Ruppiner Allee		Stadtpark
Neuruppin	Am alten Gymnasium	1-3	ehem. Gymnasium
Neuruppin	Am Alten Gymnasium	14	Schule, ehem. Wohnhaus

Ort	Straße	Nummer	Bezeichnung
Neuruppin	Am Weinberg		ehem. Offizierskassino
Neuruppin	August-Bebel-Straße	1	Wohnhaus mit zwei verschiedenen Nebengebäuden
Neuruppin	August-Bebel-Straße	14/15	ehem. Wohnhaus
Neuruppin	August-Bebel-Straße	27	Wohnhaus
Neuruppin	August-Bebel-Straße	38	Wohnhaus
Neuruppin	August-Bebel-Straße	44	Wohnhaus
Neuruppin	August-Bebel-Straße	45	Wohnhaus
Neuruppin	August-Bebel-Straße	47-49	ehem. Köhnische Druckerei
Neuruppin	August-Bebel-Straße	51	Pfarrhaus und Kirche der evang.-method. Gemeinde
Neuruppin	Bahnhofstraße	10 a	Empfangsgebäude und Lokschuppen
Neuruppin	Bernhard-Braach-Straße	1	Wohnhaus mit Balkengebäuden
Neuruppin	Bernhard-Braach-Straße	2	Wohnhaus
Neuruppin	Dorfstraße		Bechliner Kirche
Neuruppin	Dorfstraße	36	Gehöft mit Hopfpflasterung
Neuruppin	Dorfstraße	39	Wohnhaus eines Kleinbauern mit Vorgarten und Hopfpflasterung
Neuruppin	Dorfstraße	50	Gehöft eines Großbauern mit Resten einer Hopfpflasterung
Neuruppin	Dorfstraße	52	Pfarrhaus
Neuruppin	Erich-Dieckhoff-Straße	26	Gutshaus
Neuruppin	Erich-Mühsam-Straße	7	Wohnhaus mit Wirtschaftsgebäuden
Neuruppin	Erich-Mühsam-Straße	18	Wohnhaus
Neuruppin	Erich-Mühsam-Straße	22	Wohnhaus
Neuruppin	Erich-Mühsam-Straße	23	Wohnhaus
Neuruppin	Erich-Mühsam-Straße	25	Wohnhaus
Neuruppin	Fehrbelliner Straße	2	Villa
Neuruppin	Fehrbelliner Straße	3	Villa
Neuruppin	Fehrbelliner Straße	4 a-f	ehemalige Friedrich - Franz - Kaserne
Neuruppin	Fehrbelliner Straße	38	Ensemble Ruppiner Klinikum mit baulichen und Gartenanlagen
Neuruppin	Fehrbelliner Straße	135	ehem. Brauerei
Neuruppin	Fehrbelliner Straße	137	ehem. Paulhanauer Bahnhof
Neuruppin	Fehrbelliner Straße	139	Villa
Neuruppin	Feldmannstraße	1	ehem. Königstorkaserne
Neuruppin	Fischbinkenstraße	8	Predigerwittenhaus
Neuruppin	Fontaneplatz	1	ehem. Knöllner Villa (Sparkssee)
Neuruppin	Franz-Künster-Str. u.a.		Fontane - und Kaserneanlage (Mittelpromenade)
Neuruppin	Franz-Künster-Straße	8	Villa mit Einfriedung, Pavillon, Garage und Garten
Neuruppin	Friedrich-Ebert-Straße	6	Wohnhaus
Neuruppin	Friedrich-Ebert-Straße	8	Wohnhaus mit Hofgebäude

Ort	Straße	Nummer	Bezeichnung
Neuruppin	Friedrich-Ebert-Straße	9	Wohnhaus
Neuruppin	Friedrich-Engels-Straße	2	Wohnhaus
Neuruppin	Friedrich-Engels-Straße	3	Wohnhaus
Neuruppin	Friedrich-Engels-Straße	4	Wohnhaus
Neuruppin	Friedrich-Engels-Straße	5	Wohnhaus
Neuruppin	Friedrich-Engels-Straße	9	Wohnhaus
Neuruppin	Friedrich-Engels-Straße	11	Wohnhaus
Neuruppin	Friedrich-Engels-Straße	14	Wohnhaus
Neuruppin	Friedrich-Engels-Straße	18	Wohnhaus
Neuruppin	Friedrich-Engels-Straße	19	Wohnhaus
Neuruppin	Friedrich-Engels-Straße	22	Wohnhaus
Neuruppin	Friedrich-Engels-Straße	23	Wohnhaus
Neuruppin	Friedrich-Engels-Straße	24	Wohnhaus
Neuruppin	Friedrich-Engels-Straße	25	Wohnhaus
Neuruppin	Friedrich-Engels-Straße	26	Wohnhaus
Neuruppin	Friedrich-Engels-Straße	27	Wohnhaus
Neuruppin	Friedrich-Engels-Straße	35	Verkaufsraum der ehem. Fleischerei Gustav Vietz
Neuruppin	Friedrich-Engels-Straße	40	Wohnhaus
Neuruppin	Friedrich-Engels-Straße	42	Wohnhaus
Neuruppin	Friedrich-Engels-Straße	45	Wohnhaus
Neuruppin	Friedrich-Engels-Straße	46	Wohnhaus
Neuruppin	Friedrich-Engels-Straße	47	Wohnhaus
Neuruppin	Friedrich-Engels-Straße	48	Wohnhaus
Neuruppin	Friedrich-Engels-Straße	49	Wohn- und Geschäftshaus
Neuruppin	Gartenstraße u.a.		Wohnanlage
Neuruppin	Gerhard-Hauptmann-Str.		neuer Friedhof - Gedenkstätte für 20 Zwangsarbeiter
Neuruppin	Heinrich-Heine-Straße	6	Wohn- und Geschäftshaus
Neuruppin	Heinrich-Heine-Straße	9	Villa mit Einfriedung
Neuruppin	Karl-Liebknecht-Straße	33	ehem. Garnisonslazarett
Neuruppin	Karl-Marx-Straße		am Rosengarten - Gedenkstein für Opfer des Faschismus
Neuruppin	Karl-Marx-Straße		Fontäne - Denkmal
Neuruppin	Karl-Marx-Straße		im Rosengarten - Karl-Marx-Büste von Fritz Cremer
Neuruppin	Karl-Marx-Straße		Pfarrkirche St. Marien
Neuruppin	Karl-Marx-Straße	1	Bahnhof Rheineberger Tor
Neuruppin	Karl-Marx-Straße	4	Wohn- und Geschäftshaus
Neuruppin	Karl-Marx-Straße	18a	Amtsgerichtsgebäude
Neuruppin	Karl-Marx-Straße	32	Wohnhaus

Ort	Straße	Nummer	Bezeichnung
Neuruppin	Karl-Marx-Straße	33	Wohn- und Geschäftshaus
Neuruppin	Karl-Marx-Straße	50	Wohn- und Geschäftshaus
Neuruppin	Karl-Marx-Straße	54	Wohnhaus
Neuruppin	Karl-Marx-Straße	55	Wohnhaus
Neuruppin	Karl-Marx-Straße	56	Wohn- und Geschäftshaus
Neuruppin	Karl-Marx-Straße	57	Wohn- und Geschäftshaus
Neuruppin	Karl-Marx-Straße	58	Wohn- und Geschäftshaus
Neuruppin	Karl-Marx-Straße	62	Wohn- und Geschäftshaus
Neuruppin	Karl-Marx-Straße	63	Wohn- und Geschäftshaus
Neuruppin	Karl-Marx-Straße	65	ehem. Druckerei
Neuruppin	Karl-Marx-Straße	66	Wohnhaus
Neuruppin	Karl-Marx-Straße	67	Wohn- und Geschäftshaus
Neuruppin	Karl-Marx-Straße	68	Wohn- und Geschäftshaus
Neuruppin	Karl-Marx-Straße	70	Wohn- und Geschäftshaus
Neuruppin	Karl-Marx-Straße	71	Wohn- und Geschäftshaus
Neuruppin	Karl-Marx-Straße	76	Wohn- und Geschäftshaus
Neuruppin	Karl-Marx-Straße	78	Wohn- und Geschäftshaus
Neuruppin	Karl-Marx-Straße	84	Fontäne Geburtshaus
Neuruppin	Karl-Marx-Straße	85	Wohn- und Geschäftshaus
Neuruppin	Karl-Marx-Straße	89	Wohnhaus
Neuruppin	Kirchplatz		Schinkel - Denkmal
Neuruppin	Klosterstraße	3	Wohnhaus
Neuruppin	Klosterstraße	31	Wohnhaus
Neuruppin	Klosterstraße	32	Wohnhaus
Neuruppin	Klosterstraße	35	Wohnhaus
Neuruppin	Kommissionstraße	14	Wohnhaus mit Hofgebäuden
Neuruppin	Kommissionstraße	16	Wohnhaus
Neuruppin	Leineweberstraße	8	Wohnhaus
Neuruppin	Neuer Markt	1	Wohnhaus
Neuruppin	Nirnöllerplatz		Klosterkirche
Neuruppin	Poststraße	5	Wohnhaus
Neuruppin	Präsidentenstraße	4	Wohnhaus
Neuruppin	Präsidentenstraße	5	Wohnhaus
Neuruppin	Präsidentenstraße	6	Wohn- und Geschäftshaus
Neuruppin	Präsidentenstraße	8	Wohn- und Geschäftshaus
Neuruppin	Präsidentenstraße	11	Wohnhaus
Neuruppin	Präsidentenstraße	12	Wohnhaus

Ort	Straße	Nummer	Bezeichnung
Neuruppin	Präsidentenstraße	14	Wohnhaus
Neuruppin	Präsidentenstraße	16	Wohnhaus
Neuruppin	Präsidentenstraße	20	Wohnhaus
Neuruppin	Präsidentenstraße	26	Wohnhaus
Neuruppin	Präsidentenstraße	31	Wohnhaus
Neuruppin	Präsidentenstraße	36	Wohnhaus
Neuruppin	Präsidentenstraße	40	Wohnhaus
Neuruppin	Präsidentenstraße	41	Wohnhaus
Neuruppin	Präsidentenstraße	44	Wohn- und Geschäftshaus
Neuruppin	Präsidentenstraße	46	Wohnhaus
Neuruppin	Präsidentenstraße	47	Wohnhaus
Neuruppin	Präsidentenstraße	52	Wohnhaus
Neuruppin	Präsidentenstraße	60	Wohnhaus
Neuruppin	Präsidentenstraße	64	Tempelgarten
Neuruppin	Präsidentenstraße	86	kath. Kirche mit Pfarr- und Gemeindehaus
Neuruppin	Puschkinstraße	3	Wohnhaus
Neuruppin	Robert-Koch-Straße	8	Wohnhaus mit Wirtschaftsgebäude
Neuruppin	Rosenstraße	3	Wohnhaus
Neuruppin	Rosenstraße	11	Wohnhaus
Neuruppin	Rudolf-Breitscheid-Str.	5	Wohnhaus
Neuruppin	Rudolf-Breitscheid-Str.	7	Wohnhaus
Neuruppin	Rudolf-Breitscheid-Str.	8	Wohnhaus
Neuruppin	Rudolf-Breitscheid-Str.	9	Wohnhaus
Neuruppin	Rudolf-Breitscheid-Str.	10	Wohnhaus
Neuruppin	Rudolf-Breitscheid-Str.	12	Wohnhaus
Neuruppin	Rudolf-Breitscheid-Str.	13	Wohnhaus
Neuruppin	Rudolf-Breitscheid-Str.	14	Wohnhaus
Neuruppin	Rudolf-Breitscheid-Str.	15	Wohnhaus
Neuruppin	Rudolf-Breitscheid-Str.	16	Wohnhaus
Neuruppin	Rudolf-Breitscheid-Str.	18	Wohnhaus
Neuruppin	Rudolf-Breitscheid-Str.	20	Wohnhaus
Neuruppin	Rudolf-Breitscheid-Str.	21	Wohnhaus
Neuruppin	Rudolf-Breitscheid-Str.	28	Wohnhaus
Neuruppin	Rudolf-Breitscheid-Str.	33	Wohnhaus
Neuruppin	Rudolf-Breitscheid-Str.	35	Wohnhaus
Neuruppin	Rudolf-Breitscheid-Str.	36	Wohnhaus
Neuruppin	Rudolf-Breitscheid-Str.	38	Wohnhaus

Ort	Straße	Nummer	Bezeichnung
Neuruppin	Rudolf-Breitscheid-Str.	39	Wohnhaus
Neuruppin	Rudolf-Breitscheid-Str.	40	Wohnhaus
Neuruppin	Rudolf-Breitscheid-Str.	41	Wohnhaus
Neuruppin	Schifferstraße	2	ehem. Armen- und Waisenhaus
Neuruppin	Schifferstraße	5 b	ehem. Land- Irrenhaus mit Einfriedung
Neuruppin	Schinkelstraße	1	Wohn- und Geschäftshaus
Neuruppin	Schulzenstraße	6	Fachwerkhaus
Neuruppin	Seestraße	8	Wohnhaus
Neuruppin	Seestraße	9	Fachwerkhaus
Neuruppin	Seestraße	23	Wohnhaus
Neuruppin	Siechenstraße	4	Siechenkapelle
Neuruppin	Siechenstraße	4	Up Hus
Neuruppin	Siechenstraße	8	Fachwerkhaus
Neuruppin	Siechenstraße	9	Fachwerkhaus
Neuruppin	Siechenstraße	10	Fachwerkhaus
Neuruppin	Siechenstraße	11	Fachwerkhaus
Neuruppin	Siechenstraße	14	Wohnhaus
Neuruppin	Siechenstraße	17	Wohnhaus mit Hofgebäuden
Neuruppin	Siechenstraße	21	Wohnhaus
Neuruppin	Steinstraße	7	altlutherische Kirche mit Pfarrhaus
Neuruppin	Straße des Friedens		Kapelle St. Georg
Neuruppin	Straße des Friedens	11	Wohnhaus
Neuruppin	Straße des Friedens	19	Wohnhaus mit Einfriedung
Neuruppin	Straße des Friedens	20	Wohnhaus
Neuruppin	Virchowstraße	7	Wohnhaus
Neuruppin	Virchowstraße	11	Wohnhaus
Neuruppin	Virchowstraße	13	Wohnhaus
Neuruppin	Virchowstraße	14/15	Gebäude des Landratsamtes
Neuruppin	Virchowstraße	33 / 34	Mietwohnhaus mit Nebengebäude
Neuruppin	Wallstraße	5	Mietwohnhaus mit Einfriedung
Neuruppin	Wichmannstraße	3 / 4	Wohnhaus mit Wendeltreppe
Neuruppin	Wichmannstraße	17	ehem. Lyzeum
Neuruppin	Wichmannstraße	18	Stadthaus
Neuruppin	Wichmannstraße	20	Wohnhaus
Neuruppin	Wittstocker Allee	1	Gasthaus "Schlossgarten" mit Garten
Neuruppin	Wittstocker Allee	161a und b	Ehrentempel KZ Sachsenhausen
Neuruppin	Amtsfreiheit		Parkanlage

Ort	Straße	Nummer	Bezeichnung
Neustadt	Bahnhofstraße		Bahnhofgebäude
Neustadt	Bahnhofstraße		Lokschuppen mit Drehgestell
Neustadt	Danckelmannstraße		Spiegelberger Mühle
Neustadt	Danckelmannstraße	3	ehem. alte Schule (Wohnhaus)
Neustadt	Havelberger Straße	9	Wohnhaus
Neustadt	Havelberger Straße	20	Brandenburgisches Haupt- und Landgestüt
Neustadt	Havelberger Straße	25	Gaswerk
Neustadt	Kirchplatz		an der Kirche - Grabmal C. Bleichert-Giese
Neustadt	Kirchplatz		Stadtkirche
Neustadt	Kirchplatz		VVN-Ehrenmal
Neustadt	Kirchplatz	2	Wohnhaus
Neustadt	Kirchplatz	4a	Wohnhaus
Neustadt	Kirchplatz	4b	Wohnhaus
Neustadt	Kirchplatz	6	Wohnhaus
Neustadt	Kirchplatz	8	Wohnhaus
Neustadt	Kirchplatz	10	Wohnhaus
Neustadt	Kirchplatz	11	Pfarrhaus
Neustadt	Kirchplatz	12	Wohnhaus
Neustadt	Kirchplatz	13	Wohnhaus
Neustadt	Kirchplatz	14	Wohnhaus
Neustadt	Kirchplatz	15	Wohnhaus
Neustadt	Kirchplatz	17	Wohnhaus
Neustadt	Köritzer Straße		Köritzer Kirche
Neustadt	Prinz-von-Homburg-Str.		katholische Kirche
Neustadt	Prinz-von-Homburg-Str.		Ursulinenkloster
Neustadt	Prinz-von-Homburg-Str.	34	Wohnhaus
Neustadt	Prinz-von-Homburg-Str.	36	Wohnhaus
Neustadt	Robert-Koch-Straße	2	Wohnhaus
Neustadt	Robert-Koch-Straße	3	Wohnhaus
Neustadt	Robert-Koch-Straße	4	Wohnhaus
Neustadt	Robert-Koch-Straße	6	Wohnhaus
Neustadt	Robert-Koch-Straße	13	Wohnhaus
Neustadt	Robert-Koch-Straße	15	Wohnhaus
Neustadt	Robert-Koch-Straße	21	Gemeindehaus
Neustadt	Spiegelberg		Parkanlage
Neustadt	Spiegelberg	41	Gutshaus
Neustadt	Spiegelberg	54	Wohnhaus

Ort	Straße	Nummer	Bezeichnung
Neustadt	Spiegelberg	62	Wohnhaus
Niemerlang	Dorfstraße		Dorfkirche mit Kriegerdenkmal
Niemerlang	Hauptstraße	17	Wohnhaus
Nietwerder	Dorfstraße		Dorfkirche
Pabstthum	Pabstthum	5	ehem. Gutsförsterei
Papenbruch	Dorfstraße		Dorfkirche
Papenbruch	Dorfstraße	19	Pfarrhaus
Pfalzheim	Dorfstraße	26	Wohnhaus mit Wirtschaftsgebäude
Pläntz	Dorfstraße		Dorfkirche
Pläntz	Dorfstraße	19	Schulhaus
Pläntz	Dorfstraße	20	Gehöft, bestehend aus Wohnhaus mit Wirtschaftsgebäude
Pläntz	Hofstraße	5	Gutsanlage mit Park und Brauhaus
Pläntz	Hofstraße	5	Gutshaus
Protzen	Dorfstraße	68	Dorfkirche
Protzen	Dorfstraße	75	Gutshaus
Radensleben	Dorfstraße		an der Kirche - Campo Santo
Radensleben	Dorfstraße		Dorfkirche mit Portal
Radensleben	Dorfstraße		Landschaftspark
Radensleben	Dorfstraße	97	Gutshaus
Rägeln	Dorfstraße		Dorfkirche
Rehfeld	Dorfstraße		Dorfkirche
Rheinsb.-Gläncke	Dorfstraße	3	Gehöft der Oberförsterei mit Vor-, Obst- und Gemüsegarten
Rheinsberg	Am Rheinsberger See		Schloß und Schloßpark
Rheinsberg	Bergstraße	4	Wohnhaus
Rheinsberg	Berliner Straße	39	Wohn- und Geschäftshaus
Rheinsberg	Dr.-Martin-Henning-Str.		soj. Ehrenmal
Rheinsberg	Dr.-Martin-Henning-Str.	1	Villa mit Gartenpavillon
Rheinsberg	Kirchstraße		Kirche
Rheinsberg	Kirchstraße	1	ehem. alte Schule (Wohnhaus)
Rheinsberg	Königstraße	2	Wohnhaus
Rheinsberg	Lange Straße	40	Wohnhaus
Rheinsberg	Lange Straße	54	Wohnhaus mit zwei Wirtschaftsgebäuden
Rheinsberg	Markt	10	Logierhaus
Rheinsberg	Markt	11	Wohnhaus
Rheinsberg	Mühlenstraße	8	Wohngebäude mit Wirtschaftsgebäude und Hofpflasterung
Rheinsberg	Mühlenstraße	14	Wohn- und Geschäftshaus
Rheinsberg	Mühlenstraße	22	Wohnhaus

Ort	Straße	Nummer	Bezeichnung
Rheinsberg	Mühlenstraße	23	Wohnhaus
Rheinsberg	Mühlenstraße	26	Obermühle, bestehend aus verschiedenen baulichen Anlagen
Rheinsberg	Reuterpromenade	7	Seebadeanstalt "Am weißen Strand"
Rheinsberg	Rudolf-Breitscheid-Str.		Friedhof - Gedenktafel KZ Sachsenhausen
Rheinsberg	Schillerstraße	9	Villa
Rheinsberg	Schloßstraße	5	Wohn- und Geschäftshaus
Rheinsberg	Schloßstraße	14	Wohn- und Geschäftshaus
Rheinsberg	Schwanower Straße		Wartturm (ehem. Leuchtturm)
Rheinsberg	Seestraße	4	Wohnhaus
Rheinsberg	Seestraße	9	Wohnhaus
Rheinsberg	Seestraße	19	Hausstiege
Rheinsberg	Triangelplatz		Poststube
Roddahn	Dorfstraße		Dorfkirche
Rohrbeck	Dorfstraße		Dorfkirche
Rosenwinkel	Dorfstraße		Dorfkirche
Rosenwinkel	Kirchstraße	1	ehem. Pfarrhaus
Rossow	Brinkstraße	24	Wohnhaus
Rossow	Dorfstraße		Dorfkirche
Rossow	Friedhof		Grabstätte KZ Sachsenhausen
Rottstiel			Försterei - Gehöft mit Vor- und Nutzgarten
Rüthnick	Dorfstraße		Dorfkirche
Rüthnick	Dorfstraße	2	ehem. Amtshaus
Rüthnick	Dorfstraße	11	Wohnhaus
Rüthnick	Dorfstraße	12	Gasthaus
Rüthnick	Dorfstraße	14	Wohnhaus
Rüthnick	Dorfstraße	15	Wohnhaus
Rüthnick	Dorfstraße	22	Wohnhaus
Rüthnick	Dorfstraße	47	Wohnhaus
Rüthnick	Dorfstraße	49	Wohnhaus
Rüthnick	Dorfstraße	53	Wohnhaus
Rüthnick	Dorfstraße	54	Wohnhaus
Rüthnick	Dorfstraße	57	Pfarrhaus
Rüthnick	Hauptstraße	4	Doppelwohnhaus
Rüthnick	Hauptstraße	24	Vorkaubenhaus
Schönberg (Lnd)	Dorfstraße		Dorfkirche
Schönberg (Lnd)	Dorfstraße		sowj. Ehrenfriedhof
Schönberg (Whe)			Gutspark

Ort	Straße	Nummer	Bezeichnung
Schönberg (Whe)	Dorfstraße		Dorfkirche
Schönermark	Dorfstraße		Dorfkirche
Schönermark	Dorfstraße	26	Wohnhaus
Schönermark	Dorfstraße	28	Wohnhaus
Schönermark	Dorfstraße	36	Wohnhaus
Schwanow	Dorfstraße		Glockenstuhl
Schweinrich	Dorfstraße		Dorfkirche
Seebeck	Dorfstraße		Dorfkirche
Segeletz	An der B 5		Meilenstein Kilometer 80
Segeletz	Lindenstraße		Dorfkirche
Segeletz	Lindenstraße	42	Brennerei
Sewetow	Schulstraße	7	Dorfkirche
Sieversdorf	Dorfstraße		Dorfkirche
Sieversdorf	Dorfstraße	2	Wohnhaus
Sieversdorf	Dorfstraße	3	Wohnhaus
Sieversdorf	Dorfstraße	4	Wohnhaus
Sieversdorf	Dorfstraße	5	Wohnhaus
Sieversdorf	Dorfstraße	7	Wohnhaus
Sieversdorf	Dorfstraße	15	Wohnhaus
Sieversdorf	Dorfstraße	61	Wohnhaus
Sieversdorf	Dorfstraße	63	Wohnhaus
Steinberge	Nr.	11	ehem. Försterei - Gehöft mit Vor- und Nutzgarten
Stendenitz			Waldmuseum
Stöfin	Dorfstraße		Dorfkirche
Stöfin	Dorfstraße	48c	Kulturhaus mit Gaststätte
Storbeck	Dorfstraße		Dorfkirche
Strubensee	Dorfstraße		Dorfkirche
Stüdenitz	Dorfstraße		Dorfkirche
Tarnow	Dorfstraße	43	Gehöft, bestehend aus Mittelfurhaus und zwei Ställen
Tarnow	Köstersteige	61 a,b	Dorfkirche
Teetz	Kirchplatz		Dorfkirche
Tetschendorf	Lindenstraße		ehem. MTS - Verwaltungsgebäude
Tetschendorf	Lindenstraße	2	Gutshaus
Tomow (NP)			ehem. Förster - Gehöft mit Jagdpension, Vor- und Nutzgarten
Tomow (Whe)	Tomower Str.	24	Gutsanlage mit Park
Tomow (Whe)	Tomower Straße		Dorfkirche
Tomowitz	Dorfstraße		Dorfkirche

Ort	Straße	Nummer	Bezeichnung
Vielitz	Dorfstraße		Dorfkirche
Vielitz	Dorfstraße	16-18	ehem. Rittergut mit Gutspark
Vielitz	Dorfstraße		Dorfkirche
Vielitz	Dorfstraße	41	ehem. Schulgehöft (Wohnhaus)
Vielitz	Dorfstraße	57	Wohnhaus mit Vorgarten und Hof
Voigtsbrücke	Straße n. Kömmernitz	4	Gutshaus mit Park
Walchow	Dorfstraße		Dorfkirche
Walchow	Dorfstraße	11	Wohnhaus mit Stallspeicher
Walchow	Dorfstraße	15	Gehöft
Wallitz	Dorfstraße		Dorfkirche
Wallitz	Dorfstraße	43	Schulgehöft, bestehend aus Schulhaus, Stallscheune und Toilettenhäuschen
Walsleben	Dorfstraße		Dorfkirche
Walsleben	Dorfstraße	45	Fachwerkhaus
Werder	Dorfstraße		Dorfkirche
Werder	Dorfstraße	73	Wohnhaus, fränkische Wohnanlage
Wernikow	Dorfstraße		Dorfkirche
Wikberg	Kirchstraße		Dorfkirche
Wikberg	Markt		Gedenkstätte Landerbeterstreik 1922
Wilhelmshöhe	Straße nach Gühlitz	10	Sanatoriumsensemble mit baulichen und Gartenanlagen
Wittstock			Stadtmauer mit Wallanlagen und Kommunikation
Wittstock	Am Kyritzer Tor	5	Wohnhaus mit Wirtschaftsgebäuden
Wittstock	Am Rosenplan		Jüdischer Friedhof
Wittstock	Amthof		ehem. Bischofsburg mit verschiedenen baulichen Anlagen
Wittstock	Auf dem Wall		Jahn-Friesen - Körner-Denkmal
Wittstock	Auf der Freiheit	3	Schulgebäude
Wittstock	Auf der Freiheit	6	Wohnhaus
Wittstock	Auf der Freiheit	8	Wohnhaus
Wittstock	Auf der Freiheit	10	Torbogenhaus
Wittstock	Bahnhof		altes Bahnhofgebäude
Wittstock	Bahnhof		Bahnbetriebswerk (Lokschuppen, Gelenkdrehwinkel, Wagenwerkstatt, Wasserturm, Wasserkran)
Wittstock	Bahnhof		neues Bahnhofsamfangsgebäude mit Güterschuppen
Wittstock	Bahnhofsvorplatz		sowj. Ehrenmal
Wittstock	Baustraße	13	Wohnhaus und Hofgebäude
Wittstock	Baustraße	18	Wohnhaus
Wittstock	Baustraße	20	Wohnhaus
Wittstock	Baustraße	24	Wohnhaus
Wittstock	Baustraße	25	Wohnhaus

Ort	Straße	Nummer	Bezeichnung
Wittstock	Baustraße	34	Wohnhaus
Wittstock	Burgstraße	1	Wohnhaus
Wittstock	Burgstraße	34	Wohnhaus
Wittstock	Burgstraße	36	Wohnhaus
Wittstock	Burgstraße	37	Töpferbrennofen
Wittstock	Burgstraße	38	Wohnhaus
Wittstock	Burgstraße	40	Wohnhaus
Wittstock	Burgstraße	42/44	Wohnhaus
Wittstock	Burgstraße	43	Wohnhaus
Wittstock	Burgstraße	46	Wohnhaus
Wittstock	Domhof	3	Wohnhaus
Wittstock	Domhof	8	Wohnhaus
Wittstock	Domhof	11	Wohnhaus
Wittstock	Friedrich-Ebert-Park		an der Pritzwalker Straße - Denkmal für die Opfer des Faschismus
Wittstock	Friedrich-Ebert-Park		Friedrich-Ebert-Park
Wittstock	Gröper Straße		Gröper Tor
Wittstock	Gröper Straße	3	Wohn- und Geschäftshaus
Wittstock	Gröper Straße	5	Wohn- und Geschäftshaus
Wittstock	Gröper Straße	9	Wohn- und Geschäftshaus
Wittstock	Gröper Straße	14	Wohn- und Geschäftshaus (Gasthof)
Wittstock	Gröper Straße	20	Wohnhaus
Wittstock	Gröper Straße	22	Wohnhaus
Wittstock	Gröper Straße	31	Wohnhaus mit Innenhof
Wittstock	Großer Graben	1	Wohnhaus
Wittstock	Großer Graben	2	Wohnhaus
Wittstock	Großer Graben	3	Wohnhaus
Wittstock	Großer Graben	4	Wohnhaus
Wittstock	Heiligegeiststraße		Heiligegeistkirche
Wittstock	Heiligegeiststraße	2	Pfarrhaus
Wittstock	Heiligegeiststraße	2	Ratswaage
Wittstock	Heiligegeiststraße	20/22	Wohnhaus
Wittstock	Kettenstraße	2	Wohnhaus
Wittstock	Kettenstraße	19	Wohnhaus
Wittstock	Kettenstraße	24/26	Wohnhaus
Wittstock	Kettenstraße	41	Wohnhaus
Wittstock	Kettenstraße	45	Wohnhaus
Wittstock	Kettenstraße	46	Wohn- und Geschäftshaus

Ort	Straße	Nummer	Bezeichnung
Wittstock	Kettenstraße	47	Wohnhaus
Wittstock	Kettenstraße	55	Wohnhaus
Wittstock	Kettenstraße	61	Wohnhaus
Wittstock	Kettenstraße	63	Wohnhaus
Wittstock	Kettenstraße	66	Wohnhaus
Wittstock	Kettenstraße	76	Wohn- und Geschäftshaus
Wittstock	Kirchplatz		Kirche St. Marien
Wittstock	Kirchplatz	1	Wohnhaus
Wittstock	Kirchplatz	2	Wohnhaus
Wittstock	Kirchplatz	3	Wohnhaus
Wittstock	Kirchplatz	4	Wohnhaus
Wittstock	Kirchplatz	5	kirchliches Verwaltungsamt
Wittstock	Kirchplatz	8	Schulgebäude
Wittstock	Kirchplatz	10	Schulgebäude
Wittstock	Kirchplatz	12	Pfarrhaus
Wittstock	Kleiner Graben	1	Wohnhaus
Wittstock	Kleiner Graben	3	Wohnhaus
Wittstock	Kleiner Graben	5	Wohnhaus
Wittstock	Kleiner Graben	7	Wohnhaus
Wittstock	Kleiner Graben	9	Wohnhaus
Wittstock	Kleiner Graben	11	Wohnhaus
Wittstock	Königstraße	1	Wohn- und Geschäftshaus
Wittstock	Königstraße	8	Wohn- und Geschäftshaus mit Speicher
Wittstock	Königstraße	15	Wohn- und Geschäftshaus
Wittstock	Königstraße	17	Wohn- und Geschäftshaus
Wittstock	Königstraße	27	Wohn- und Geschäftshaus
Wittstock	Königstraße	31	Wohnhaus
Wittstock	Königstraße	33	Wohnhaus
Wittstock	Markt	1	Rathaus
Wittstock	Markt	4	Wohn- und Geschäftshaus
Wittstock	Markt	13	Wohn- und Geschäftshaus
Wittstock	Markt	14	Wohn- und Geschäftshaus
Wittstock	Marktstraße	2	Wohn- und Geschäftshaus
Wittstock	Marktstraße	4	Wohn- und Geschäftshaus mit Hofgebäude
Wittstock	Meyenburger Chaussee		ältester Friedhof Wittstocks
Wittstock	Meyenburger Chaussee		sowj. Ehrenmal
Wittstock	Petersilienstraße	8	Wohnhaus

Ort	Straße	Nummer	Bezeichnung
Wittstock	Petersilienstraße	9	Wohnhaus
Wittstock	Petersilienstraße	11	Wohnhaus
Wittstock	Poststraße	14	Innenhof
Wittstock	Ringstraße	2	Kath. Kirche mit Pfarrhaus
Wittstock	Röbeler Straße	25	Villa (Musikschule)
Wittstock	Rosa-Luxemburg-Str.	38-40	Anstaltsfriedhöfe I und II des Pflegeheimes mit sowj. Ehrenfriedhof
Wittstock	Rosa-Luxemburg-Str.	38-40	ehem. Landarmen- und Siedenanstalt
Wittstock	Rosenwinkel	2/4/6	Wohnhaus
Wittstock	Rote-Mühle-Weg		Friedhof - Gedenkstätte für antifaschistische Widerstandskämpfer
Wittstock	Sankt-Marien-Straße	19	Wohnhaus
Wittstock	Sankt-Marien-Straße	21	Wohnhaus
Wittstock	Sankt-Marien-Straße	31	Wohn- und Geschäftshaus
Wittstock	Sankt-Marien-Straße	33	Wohn- und Geschäftshaus
Wittstock	Waldring	25	Keramikwand der Kindertagesstätte
Wittstock	Walter-Schulz-Platz		altes Feuerwehrdepot
Wittstock	Walter-Schulz-Platz	2	Industriegebäude 1905 mit Sheddachhallen
Wittstock	Walter-Schulz-Platz	2	Produktionsgebäude der ehem. Tuchfabrik
Wittstock	Walter-Schulz-Platz	2	Villa mit Einfriedung
Wittstock	Walter-Schulz-Platz	4	ehem. Schleichhof
Wittstock	Walter-Schulz-Platz	4	ehem. Stadtmühle
Wittstock	Werderstraße	22	Wohnhaus
Wittstock	Werderstraße	37	Wohnhaus
Wittstock	Werderstraße	38	Wohnhaus
Wittstock	Werderstraße	39/41	Wohnhaus mit Hofgebäuden
Wittwien	Nr.	3	ehem. Gutsanlage
Wulfersdorf	Dorfstraße		Dorfkirche
Wulkow (NP)	An der B 167		Gedenkstein KZ Sachsenhausen
Wulkow (NP)	Auf dem Anger		Dorfkirche
Wulkow (NP)	Dorfstraße	54	ehem. Gutsförsterei
Wulkow (Whe)	Schönberger Straße	12	Gutshaus mit Park
Wulkow (Whe)	Teetzer Straße		Dorfkirche
Wulkow (Whe)	Teetzer Weg	10	Wohnhaus
Wusthausen			Pfarrkirche St. Peter und Paul
Wusthausen	Am Markt	1	Rathaus
Wusthausen	Am Markt	3	Heimatmuseum
Wusthausen	Am Markt	22	Wohnhaus mit Nebengebäude
Wusthausen	Am Markt	24	Wohnhaus mit Nebengebäude

Ort	Straße	Nummer	Bezeichnung
Wusterhausen	An der B 5		Meilenstein Kilometer 90
Wusterhausen	An der Klemnitz	34	Bahnhof mit Toilettenhäuschen
Wusterhausen	An der Seemühle	1	Fachwerkhaus der Seemühle
Wusterhausen	An der Seemühle	2	Wohnhaus
Wusterhausen	Berliner Straße		Friedhof - Stephanuskapelle
Wusterhausen	Berliner Straße	1	Fachwerkhaus mit zwei massiven Mühlengebäuden
Wusterhausen	Borchertstraße	9	Altenpflegeheim
Wusterhausen	Dombrowskistraße	16	Wohnhaus
Wusterhausen	Domstraße	2	Wohnhaus
Wusterhausen	Domstraße	5	Wohnhaus
Wusterhausen	Domstraße	18	Fachwerkhaus
Wusterhausen	Domstraße	20	Wohnhaus
Wusterhausen	Domstraße	24	Wohnhaus
Wusterhausen	Fischerstraße	7	Wohnhaus
Wusterhausen	Klempowweg	6	Fachwerkhaus
Wusterhausen	Kyritzer Straße	2	Wohnhaus
Wusterhausen	Kyritzer Straße	4	Wohnhaus
Wusterhausen	Kyritzer Straße	6	Wohnhaus
Wusterhausen	Kyritzer Straße	8	Wohnhaus
Wusterhausen	Kyritzer Straße	12	Wohnhaus
Wusterhausen	Kyritzer Straße	17a	Wohnhaus
Wusterhausen	Kyritzer Straße	20	Wohnhaus
Wusterhausen	Kyritzer Straße	21	Wohnhaus
Wusterhausen	Kyritzer Straße	23	Wohnhaus
Wusterhausen	Kyritzer Straße	25	Wohnhaus
Wusterhausen	Kyritzer Straße	27	Wohnhaus
Wusterhausen	Kyritzer Straße	29	Wohnhaus
Wusterhausen	Kyritzer Straße	30	Wohnhaus
Wusterhausen	Kyritzer Straße	31	ehem. Mühle - Wohnhaus mit Hofgebäude
Wusterhausen	Kyritzer Straße	32	Wohnhaus
Wusterhausen	Kyritzer Straße	34	Wohnhaus
Wusterhausen	Kyritzer Straße	42	Wohnhaus mit Hofanlage
Wusterhausen	Neue Poststraße	3	Wohnhaus
Wusterhausen	Neue Poststraße	6	Wohnhaus
Wusterhausen	Promenade	7	Villa (Gesundheitszentrum)
Wusterhausen	Rathausplatz		VVN - Ehrenmal
Wusterhausen	Schiffahrt	15	Wohnhaus

Ort	Straße	Nummer	Bezeichnung
Wusterhausen	Schiffahrt	17	Wohnhaus
Wusterhausen	Schulstraße	1	Schulgebäude und Turnhalle
Wusterhausen	St.-Georg-Straße	2	Fachwerkhaus
Wusterhausen	St.-Petri-Straße	5-7	Torbogen
Wusterhausen	St.-Petri-Straße	7	Pfarrhaus
Wusterhausen	um die Altstadt		Reste der Stadtmauer
Wustrau	Hohes Ende		Eiskeller
Wustrau	Hohes Ende		Landschaftspark
Wustrau	Hohes Ende	1	Pfarrhaus
Wustrau	Hohes Ende	20	Schulgehöft mit Stallspeicher
Wustrau	Straße der Jugend	9-10	Mühlensensemble
Wustrau	Straße der Jugend	18-19	Schloß mit Kavaliershaus
Wustrau	Ziethenstraße		an der Kirche - Epitaph H.-J. von Ziethen
Wustrau	Ziethenstraße		Dorfkirche
Wuthenow	Dorfstraße		Dorfkirche
Wuthenow	Dorfstraße	19	Gehöft, bestehend aus Wohnhaus mit zwei Wirtschaftsgebäuden und Einfriedung
Zaatzke	Dorfstraße		Dorfkirche
Zechlinerhütte	Am Reiherholz	18	Dampfsägewerk
Zechlinerhütte	Rheinsberger Straße		Dorfkirche
Zechlinerhütte	Rheinsberger Straße		Sandsteinfigur im Park
Zechlinerhütte	Rheinsberger Straße	27	Wohnhaus
Zechow	Auf-dem Anger		Dorfkirche
Zempow	Dorfstraße		Dorfkirche
Zernitz	Birkenhorst		Wohngebäude von Hans Scharoun
Zernitz	Bahnhofstraße		Bahnhofsgebäude mit Toilettenhaus und Vorplatz
Zernitz	Dorfstraße		Dorfkirche
Zernitz	Dorfstraße		Gedenkstätte für ermordete jüdische Häftlinge
Zernitz	Dorfstraße	62	Pfarrgehöft
Zernitz	Dorfstraße		Dorfkirche
Zootzen	Dorfstraße		Dorfkirche
Zühlen	Dorfstraße		Dorfkirche
Zühlen	Dorfstraße	27	Pfarrhaus

2.2. Öffentliche Bekanntmachung des Landkreises Ostprignitz-Ruppin

Bekanntmachung nach § 14 Abs. 1 des Gesetzes zur rechtlichen Stabilisierung der Zweckverbände für Wasserversorgung und Abwasserbeseitigung (StabG)

Der Landrat des Landkreises Ostprignitz-Ruppin als untere Kommunalaufsichtsbehörde hat gemäß § 14 Abs. 1 und Abs. 4 des Gesetzes zur rechtlichen Stabilisierung der Zweckverbände für Wasserversorgung und Abwasserbeseitigung und zur Änderung des Gesetzes über kommunale Gemeinschaftsarbeit im Land Brandenburg vom 06. Juli 1998 (GVBl. I S. 162) folgende Feststellung getroffen:

Der Wasser- und Abwasserverband „Dosse“ (WAV „Dosse“) ist nach den Vorschriften des Gesetzes zur rechtlichen Stabilisierung der Zweckverbände für Wasserversorgung und Abwasserbeseitigung (StabG) am 20.02.1993 entstanden.

2. Die Gründungssatzung, die Änderungssatzungen sowie die zurzeit geltende Verbandssatzung in der nach dem Gesetz zur rechtlichen Stabilisierung der Zweckverbände für Wasserversorgung und Abwasserbeseitigung (StabG) geltenden Fassung lauten:

2.1 Gründungssatzung des Wasser- und Abwasserverbandes „Dosse“ (Hinweis- Fettdruck im Text = Änderung aufgrund des StabG)

Satzung für den Wasser- und Abwasserverband Dosse

Inhaltsübersicht

- 1 Name, Sitz, Rechtsgestalt
- 2 Verbandsgebiet
- 3 Mitglieder
- 4 Aufgabe
- 5 Durchführung der Aufgabe, Unternehmen, Plan
- 6 Wirtschaftlichkeit, landschaftliche Belange, Umweltschutz
- 7 Rechte und Pflichten der Mitglieder
- 8 Verbandsorgane
- 9 Zusammensetzung der Verbandsversammlung
- 10 Wahl der Verbandsversammlung
- 11 Amtszeit der Verbandsversammlung
- 12 Aufgaben der Verbandsversammlung
- 13 Sitzungen der Verbandsversammlung
- 14 Beschlußfassung der Verbandsversammlung
- 15 Wahlen
- 16 Zusammensetzung des Vorstandes
- 17 Wahl und Abberufung des Vorstandes
- 18 Amtszeit des Vorstandes
- 19 Geschäfte des Vorstandes
- 20 Sitzung des Vorstandes
- 21 Beschließen im Vorstand
- 22 Vertretung des Verbandes
- 23 Vorsteher
- 24 Geschäftsstelle
- 25 Verschwiegenheitspflicht
- 26 Haushaltsjahr
- 27 Haushaltsplan
- 28 Nicht planmäßige Ausgaben
- 29 Verwendung der Einnahme
- 30 Kredite

- 31 Rücklagen
- 32 Haushalts-, Kassen- und Rechnungsordnung
- 33 Prüfung der Jahresrechnung
- 34 Entlastung
- 35 Gebühren und Kosten
- 36 Genehmigung von Satzungen gemäß § 35
- 37 Veranlagung von Gebühren und Kosten
- 38 Hebung der Gebühren und Kosten
- 39 Nachtragshebeliste
- 40 Säumnis
- 41 Zwangsvollstreckung
- 42 Rechtsbehelfe
- 43 Ordnungsgewalt
- 44 Genehmigung von Geschäften
- 45 Satzungsänderungen
- 46 Abwicklung im Fall der Auflösung des Verbandes
- 47 Bekanntmachungen
- 48 Aufsicht
- 49 Inkrafttreten

Satzung für den Wasser- und Abwasserverband „Dosse“

§ 1 Name, Sitz, Rechtsgestalt

- (1) Der Verband führt die Bezeichnung „Wasser- und Abwasserverband ‘Dosse’“ (nachfolgend Verband genannt).
- (2) Der Sitz des Verbandes ist Neustadt (Dosse)
- (3) Der Verband ist eine Körperschaft des öffentlichen Rechts unter Aufsicht des Landrates des Landkreises Kyritz als untere Aufsichtsbehörde. Er wurde als Zweckverband auf der Grundlage § 61 Kommunalverfassung vom 17. Mai 1990 und dem Zweckverbandsgesetz vom 07. Juni 1939 gegründet.

§ 2 Verbandsgebiet

Das Verbandsgebiet ist das Gebiet seiner Mitglieder.

§ 3 Mitglieder

- (1) Mitglieder des Verbandes sind die Städte und Gemeinden des Landkreises Kyritz entsprechend Mitgliederverzeichnis.
- (2) Über Aufträge zur Aufnahme als Mitglied bzw. Beendigung der Mitgliedschaft entscheidet der Vorstand, nachdem er die Verbandsversammlung dazu gehört hat.
- (3) Der Verband führt ein Mitgliederverzeichnis und hält es auf dem Laufenden. In ihm sind alle Mitglieder mit der Anzahl der in die Verbandsversammlung zu entsendenden Vertreter aufzuführen. Das Mitgliederverzeichnis ist nicht Bestandteil dieser Satzung. Es steht jedem Mitglied zur Einsicht offen.

§ 4 Aufgabe

- (1) Aufgabe des Verbandes ist:
 - a) die Versorgung der Verbandsmitglieder mit Wasser,
 - b) die schadlose Abwasserbeseitigung für die Verbandsmitglieder,
 - c) die Abfallbeseitigung insoweit sie sich aus den Aufgaben nach a) und b) ergibt,
 - d) die Förderung und Überwachung der vorstehenden Aufgaben.
- (2) Der Verband kann wirtschaftliche Unternehmen auf vertraglicher Grundlage an der Lösung der Aufgaben beteiligen.

§ 5 Durchführung der Aufgaben, Unternehmen, Plan

- (1) Als Mittel zur Durchführung der Aufgaben des Verbandes kommen insbesondere in Betracht:
 - a) Maßnahmen zur Unterhaltung der Anlagen für die Wasserversorgung und Abwasserbeseitigung,
 - b) Maßnahmen zur vorbeugenden Instandsetzung der Anlagen für die Wasserversorgung und Abwasserbeseitigung,
 - c) Maßnahmen zur Beseitigung von Havarien an Anlagen für die Wasserversorgung und Abwasserbeseitigung,
 - d) Planung, Bau und Betrieb der Anlagen für die Wasserversorgung und Abwasserbeseitigung,
 - e) Verwertung bzw. Beseitigung des anfallenden Klärschlammes,
 - f) Kontrolle der Trinkwasserschutzgebiete,
 - g) Kontrolle der Abwassereinleitung in das Kanalnetz,
 - h) Kontrolle der Abwassereinleitung in die Vorfluter,

- i) Überprüfung wirtschaftlicher Unternehmen soweit diese gemäß § 4 (2) als beauftragte Dritte für die Aufgabe des Verbandes eingeschaltet werden,
 j) **die Herstellung, Erneuerung, Veränderung, Beseitigung und Unterhaltung von Haus- und Grundstücksanschlüssen der Trinkwasser- und Abwasserentsorgung.**
- (2) Das Unternehmen des Verbandes zu Absatz 1 Buchstabe a bis j ergibt sich aus den jeweils beschlossenen Einzelplänen.
 (3) Der Verband führt ein Lagerbuch, getrennt nach den Anlagen entsprechend der in § 4 Absatz 1 Buchstabe a bis c genannten Aufgaben.
 (4) Änderungen und Ergänzungen des Planes und des Unternehmens bedürfen der Genehmigung der Aufsichtsbehörde.
 (5) Der Verband führt seine Maßnahmen durch, sobald und soweit er dazu in der Lage ist. Die Durchführung richtet sich nach den jeweils vom Vorstand beschlossenen Einzelplänen. Zu den zur Ausführung seiner Aufgabe erforderlichen Plänen bedarf der Verband der Zustimmung der Aufsichtsbehörde.
 (6) Die Pläne des Verbandes sind nicht Bestandteil der Satzung.

§ 6 Wirtschaftlichkeit, landwirtschaftliche Belange, Umweltschutz

Der Verband hat seine Arbeiten so durchzuführen, daß seine Aufgaben mit der erforderlichen Wirksamkeit so wirtschaftlich wie möglich erfüllt werden. Dabei ist unbedingt auf Natur und Landschaft sowie deren Erholungswert und die Belange des Umweltschutzes Rücksicht zu nehmen. Beeinträchtigungen von Natur und Landschaft sind nur zulässig, wenn dies unumgänglich notwendig ist.

§ 7 Rechte und Pflichten der Mitglieder

- (1) Die Verbandsmitglieder haben unbeschadet der aus der Erfüllung der Verbandsaufgaben entstehenden Rechte Anspruch auf Beratung durch den Verband in allen mit der Wasserversorgung und Abwasserbeseitigung zusammenhängenden Fragen.
 (2) Mit dem Beitritt zum Verband gehen die Rechte und die Pflicht zur Erfüllung der Aufgaben, die dem Verband gestellt sind, von den Mitgliedern auf den Verband über.
 (3) Die Verbandsmitglieder sind verpflichtet, ihre Grundstücke zur Erfüllung der Aufgaben des Verbandes entsprechend dem Bauprogramm zur Verfügung zu stellen. Soweit durch die Inanspruchnahme die weitere Nutzung des Grundstückes ganz oder teilweise ausgeschlossen wird, ist ein Ausgleich für entgangene Nutzung des Grundstückes anzurechnen. Die Höhe des Ausgleichs wird durch den Verkehrswert des Grundstückes begrenzt.
 (4) Alle Grundstücke und Anlagen, die die Mitglieder des Verbandes zur Erfüllung der Aufgaben des Zweckverbandes bereits betreiben und unterhalten, sind dem Zweckverband, soweit sie im Eigentum von Mitgliedern des Verbandes stehen, von den Mitgliedern unentgeltlich zu Eigentum zu übertragen mit der Maßgabe, daß eine Rückübertragung zu erfolgen hat, wenn die Zweckbestimmung geändert wird. Soweit mehrere Mitglieder zu den zu übertragenden Anlagen gehören, hat ein Vorteilsausgleich zu erfolgen.
 (5) Die Verpflichtung zur Eigentumsübertragung nach Absatz 4 entfällt, wenn das Grundstück nur zur Durchleitung von Wasser und/oder Abwasser benutzt wird.
 (6) Werden für die Erfüllung der Aufgaben des Verbandes Grundstücke benötigt, die sich nicht in Eigentum der Verbandsmitglieder befinden, sind die Verbandsmitglieder verpflichtet, sich dafür einzusetzen, daß der Verband die betreffenden Grundstücke über Kauf oder Nutzungsregelung zur Verfügung bekommt.
 (7) Die Mitgliedsgemeinden sind verpflichtet, mit den ihnen gesetzlich zur Verfügung stehenden Mitteln die im Gemeindegebiet liegenden und an das Leitungs- bzw. Kanalnetz angeschlossenen Nutzer zu einer Wasserentnahme bzw. Abwassereinleitung entsprechend den anerkannten Regeln der Technik anzuhalten.
 (8) Die Mitglieder sind verpflichtet, dem Verband über alle zur Beurteilung der Beitragspflicht und Beitragshöhe wesentlichen Umstände auf schriftliche Anfrage Auskunft zu erteilen.

§ 8 Verbandsorgane

Organe des Verbandes sind:
 a) die Verbandsversammlung,
 b) der Vorstand.

§ 9 Zusammensetzung der Verbandsversammlung

- (1) Die Verbandsversammlung besteht aus den Vertretern der Verbandsmitglieder. Die Zahl der in die Verbandsversammlung zu entsendenden Vertreter richtet sich nach der Einwohnerzahl der Verbandsmitglieder, und zwar dergestalt, daß von jedem Verbandsmitglied je angefangene 2000 Einwohner ein Vertreter zu entsenden ist. **Maßgeblich ist die vom Landesamt für Datenverarbeitung und Statistik veröffentlichte Einwohnerzahl für die Kommunalwahl.** Die Verbandsversammlung hat somit Mitglieder, davon entfallen auf die
Stadt Kyritz	5
Stadt Neustadt (Dosse)	2
entfällt	-
entfällt	-
Gemeinde Roddahn	1 Mitglied.
- (2) Jedes Mitglied hat einen Stellvertreter. Für die Stellvertreter gelten die Bestimmungen für die Mitglieder der Verbandsversammlung analog.
 (3) Mitgliedschaft und Tätigkeit der Mitglieder der Verbandsversammlung und deren Stellvertreter in der Verbandsversammlung sind ehrenamtlich an die Person gebunden und können nicht übertragen werden.
 (4) Die Mitglieder der Verbandsversammlung erhalten ein Sitzungsgeld, dessen Höhe durch Beschluß der Verbandsversammlung festgelegt wird.

§ 10 Wahl der Verbandsversammlung

- (1) Die Städte und Gemeinden wählen die Mitglieder der Verbandsversammlung aus ihrer Mitte oder aus den Dienstkräften der Stadt oder Gemeinde für die Dauer der Legislaturperiode der Kommunalvertretung. Sind mehrere Mitglieder zu wählen, so gelten dafür die Grundsätze der Verhältniswahl.
 (2) Für jedes Mitglied der Verbandsversammlung ist ein Stellvertreter nach den in Absatz 1 festgelegten Grundsätzen zu bestellen, der das Mitglied der Verbandsversammlung im Falle dessen Verhinderung vertritt. Die Stellvertreter können sich untereinander gegenseitig vertreten.

§ 11 Amtszeit der Verbandsversammlung

- (1) Die Mitglieder der Verbandsversammlung und deren Stellvertreter werden gemäß § 10 Absatz 1 für die Dauer der Legislaturperiode der entsendenden Körperschaft gewählt.
 (2) Mitglieder der Verbandsversammlung und deren Stellvertreter, die aufgrund der Inhaberschaft eines Amtes, einer Funktion, eines Mandates oder einer beruflichen Stellung bei einem Mitglied entsandt oder zur Wahl gestellt wurden, scheiden aus, sobald ihre Tätigkeit in dieser Eigenschaft endet. Sie haben diese Beendigung und deren Zeitpunkt unverzüglich dem Vorsteher mitzuteilen. Bei Einverständnis der Stelle, die sie entsandt oder zur Wahl gestellt hat, sowie unter der Voraussetzung ihrer eigenen Zustimmung bleiben sie bis zur nächsten Neuwahl der Verbandsversammlung im Amt.
 (3) Die wegen Ablauf der Amtszeit (Absatz 1) ausscheidenden Mitglieder der Verbandsversammlung und deren Stellvertreter bleiben bis zur Neubestellung eines Mitgliedes oder Neuwahl der Verbandsversammlung im Amt. Wiederbestellung und Wiederwahl sind zulässig.

§ 12 Aufgaben der Verbandsversammlung

- Die Verbandsversammlung hat die in dieser Satzung zugewiesenen Aufgaben. Sie bestimmt die Grundsätze der Verbandsarbeit und beschließt über folgendes:
- Wahl und Abberufung der Vorstandsmitglieder und ihrer Stellvertreter (§ 17),
 - Wahl und Abberufung des Vorstehers und dessen Stellvertreter (§ 23),
 - Wahlordnung (§ 17),
 - Änderung der Satzung, des Unternehmens, des Plans oder der Aufgaben sowie der Grundsätze der Geschäftspolitik (§ 4, 5, 45),
 - Rechtsform des Betriebes seiner Anlagen und Beteiligung von Wirtschaftsunternehmen zur Erfüllung seiner Aufgaben
 - Umgestaltung oder Auflösung des Verbandes (§ 46).

- g) Festsetzung des Haushaltsplanes und seiner Nachträge (§ 27),
- h) Erlaß einer Haushalts-, Kassen- und Rechnungsordnung (§ § 19, 32),
 - i) Veranlagungsregeln (§§ 19, 35),
 - j) Bestellung der Prüfstelle (§ 33),
- k) Einspruch gegen eine Zwangsfestsetzung des Haushaltsplanes,
- l) Entlastung des Vorstandes (§ 34),
- m) Grundsätze für Dienst- und Anstellungsverhältnisse (§ 23),
- n) Vergütung für die Arbeit in der Verbandsversammlung sowie die Vergütung für die Arbeit des Vorstandes und des Vorstehers (§§ 9, 16),
- o) Einrichtung der Geschäftsstelle (§ 24),
- p) Zustimmung zu Verträgen zwischen dem Verband und Mitgliedern der Verbandsorgane sowie deren Stellvertreter (§ 22),
- q) Bestellung eines Geschäftsstellenleiters,
- r) Bildung von Ausschüssen.

§ 13 Sitzungen der Verbandsversammlung

- (1) Der Vorsteher lädt die Mitglieder der Verbandsversammlung mindestens einmal im Jahr schriftlich unter Übersendung der Tagesordnung und dazugehöriger Unterlagen insbesondere Beschlüßanträgen, zur Sitzung ein. Die Ladungsfrist beträgt zwei Wochen, wobei der Tag der Absendung der Einladung und der Sitzungstag nicht mitgerechnet werden. Der Vorsteher lädt gleichzeitig die Mitglieder des Vorstandes und die Aufsichtsbehörde ein.
- (2) Der Vorsteher muß innerhalb von einer Woche die Einladung zu einer Sitzung der Verbandsversammlung versenden, wenn der Vorstand dies beschließt oder mindestens zehn Mitglieder der Verbandsversammlung dies schriftlich unter Angabe des Beratungsgegenstandes verlangen.
- (3) In dringenden Fällen kann der Vorsteher die Ladungsfrist bis auf eine Woche verkürzen. Die Gründe der Dringlichkeit sind in der Ladung anzugeben und in der Sitzung festzustellen.
- (4) Jedes Mitglied kann bis spätestens 2 Werktage vor der Sitzung der Verbandsversammlung (der Tag der Sitzung nicht eingerechnet) eine Ergänzung der Tagesordnung beantragen. § 14 Absatz 4 wird hierdurch nicht berührt.
- (5) Ist ein Mitglied verhindert an der Sitzung teilzunehmen, so teilt es dies unverzüglich der Geschäftsstelle und seinem Stellvertreter mit, der sodann auch ohne besondere Einladung anstelle des Verhinderten an der Sitzung mit Stimmrecht teilnimmt.
- (6) Der Vorsteher leitet die Sitzung der Verbandsversammlung; er hat als solcher kein Stimmrecht. Bei seiner Verhinderung tritt der stellvertretende Vorsteher, bei dessen Verhinderung das an Jahren älteste Vorstandsmitglied an seine Stelle.
- (7) Die Sitzungen sind nicht öffentlich. Der Vertreter der Aufsichtsbehörde nimmt ohne Stimmrecht an der Sitzung teil. Ihm ist auf Verlangen das Wort zu erteilen. Auf Beschluß der Verbandsversammlung können Sachverständige zu den Sitzungen der Verbandsversammlung und ihrer Ausschüsse zugelassen werden. Sie sind nicht stimmberechtigt.
- (8) Über die Sitzungen der Verbandsversammlung wird eine Niederschrift gefertigt, welche vom Vorsteher und einem von der Verbandsversammlung zu benennenden Mitglied der Verbandsversammlung zu unterzeichnen und in der nächsten Sitzung der Verbandsversammlung zu genehmigen ist.

§ 14 Beschlußfassung der Verbandsversammlung

- (1) Die Verbandsversammlung ist beschlußfähig, wenn alle Mitglieder rechtzeitig geladen sind und mehr als die Hälfte aller Mitglieder bzw. deren Stellvertreter anwesend ist.
- (2) Die Verbandsversammlung ist ohne Rücksicht auf die Zahl der anwesenden Stimmen beschlußfähig, wenn sie infolge Beschlußunfähigkeit wegen der gleichen Verhandlungsgegenstände zum zweiten Mal gemäß § 13 Absatz 1 eingeladen und in der Einladung darauf hingewiesen und mitgeteilt ist, daß ohne Rücksicht auf die Zahl der anwesenden Mitglieder der Verbandsversammlung beschlossen wird.
- (3) Die Verbandsversammlung bildet ihren Willen mit der Mehrheit der Stimmen ihrer anwesenden Mitglieder. Jedes Mitglied der Verbandsversammlung hat eine Stimme. Stimmengleichheit bedeutet Ablehnung. Die Mehrheit von zwei Dritteln der anwesenden Mitglieder ist für Beschlüsse der Sat-

zungsänderung oder der Auflösung des Verbandes erforderlich.

- (4) Über Gegenstände, die nicht auf der mit der Einladung versandten Tagesordnung stehen, kann nur bei einstimmiger Zustimmung aller anwesenden Stimmberechtigten, die mindestens zwei Drittel der Verbandsmitglieder vertreten müssen, beschlossen werden.
- (5) Abstimmungen erfolgen durch Handzeichen.

§ 15 Wahlen

Wahlen erfolgen mittels Stimmzettel. Gewählt ist, wer die meisten Stimmen erhält. Sind mehrere Personen zu wählen, gilt das Verhältniswahlrecht.

§ 16 Zusammensetzung des Vorstandes

- (1) Der Vorstand besteht aus 4 Vorstandsmitgliedern, davon entfallen auf

Stadt Kyritz	2
Stadt Neustadt	1
entfällt	-
Verwaltungsgemeinschaft	-
entfällt	-
entfällt	-
entfällt	-
Gemeinde Roddahn	1

 Vorstandsmitglied.
- (2) Jedes Vorstandsmitglied hat einen Stellvertreter, der der gleichen Mitgliedergruppe wie das von ihm zu vertretende Vorstandsmitglied angehört.
- (3) Die Tätigkeit der Vorstandsmitglieder und des Vorstehers ist ehrenamtlich. Sie erhalten für ihre Tätigkeit im Vorstand eine Entschädigung.

§ 17 Wahl und Abberufung des Vorstandes

- (1) Die Vorstandsmitglieder und ihre Stellvertreter werden in der Verbandsversammlung von der jeweiligen Mitgliedergruppe nach § 16 Absatz 1 vorgeschlagen und von der Verbandsversammlung gewählt. Die Verbandsversammlung wählt sodann aus dem Kreis aller Vorstandsmitglieder den Vorsteher und den stellvertretenden Vorsteher.
- (2) Die Wahl leitet der Vorsteher oder das an Jahren älteste Mitglied der Verbandsversammlung. Gewählt ist, wer die Mehrheit der abgegebenen gültigen Stimmen erhält. Bei Stimmengleichheit entscheidet das vom Wahlleiter zu ziehende Los.
- (3) Über die Wahl ist eine Niederschrift zu fertigen, die der Wahlleiter sowie ein von der Versammlung zu bestimmendes Mitglied unterzeichnen. Der Vorsteher teilt das Wahlergebnis unter Übersendung eines Stücks der Niederschrift unverzüglich den Mitgliedern des Verbandes und der Aufsichtsbehörde mit.
- (4) Der Verband kann Einzelheiten des Wahlverfahrens in einer Wahlordnung bestimmen, die vom Vorstand aufgestellt und von der Verbandsversammlung beschlossen wird.
- (5) Die Verbandsversammlung kann ein Vorstandsmitglied aus wichtigem Grund mit Zweidrittelmehrheit abberufen. Die Abberufung und ihr Grund sind der Aufsichtsbehörde anzuzeigen. Diese kann der Abberufung innerhalb eines Monats nach Eingang der Anzeige widersprechen, wenn der vorgetragene wichtige Grund nicht gegeben ist. Widerspricht die Aufsichtsbehörde, so ist die Abberufung unwirksam.

§ 18 Amtszeit des Vorstandes

- (1) Die Amtszeit der Vorstandsmitglieder und ihrer Stellvertreter beginnt und endet zwei Jahre nach der Wahl der Verbandsversammlung. Bei Gründung des Verbandes wird der Vorstand für die Dauer von zwei Jahren gewählt. Nach Ablauf seiner Wahlperiode führt der Vorstand die Geschäfte weiter, bis ein neuer Vorstand gewählt ist.
- (2) Für Vorstandsmitglieder und ihre Stellvertreter, die vor Ablauf der Amtsperiode ausscheiden, wählt die Verbandsversammlung für den Rest der Amtszeit Ersatz bei ihrem nächsten Zusammentreffen. Entsprechendes gilt für das vorzeitige Ausscheiden des Vorstehers und dessen Stellvertreters. Bis zur Wahl bleiben die Ausscheidenden im Amt.

§ 19 Geschäfte des Vorstandes

- (1) Dem Vorstand obliegen die ihm durch das Gesetz und diese Satzung zugewiesenen Geschäfte. Ihm obliegen ferner alle Geschäfte, zu denen nicht durch Gesetz oder Satzung die

Verbandsversammlung berufen ist. Er bereitet die Beschlüsse der Versammlung vor und ist an deren Beschlüssen gebunden. Der Vorstand beschließt über folgendes:

- a) Aufstellung einer Wahlordnung (§ 17),
 - b) Aufstellung des Haushaltsplanes und seiner Nachträge (§ 27),
 - c) Entwurf einer Haushalts-, Kassen- und Rechnungsordnung (§§ 19, 32),
 - d) Aufstellung der Veranlagungsregelungen (§ 36),
 - f) Vorschläge für die Änderung der Satzung (§ 45),
 - g) Änderung des Unternehmens und des Planes (§ 5),
 - h) Einzelpläne zur Durchführung der Verbandsaufgabe und des Planes (§ 5),
 - i) Aufnahme von Darlehen und anderem Kredit (§ 30),
 - j) Geschäfte mit einem Wert des Gegenstandes von mehr als 50.000,00 DM,
 - k) Aufstellung der Jahresrechnung und Weitergabe an die Prüfstellen (§ 33),
 - l) Widersprüche gegen die Veranlagung (§ 35),
 - m) Grundsätze für die Vergütung und Entschädigung der Angestellten und Arbeiter (§ 23),
 - o) Beitritt zu Vereinen, Verbänden und anderen Organisationen,
 - p) Bildung von Rücklagen (§ 31),
 - q) Festsetzung vorläufiger Beiträge,
 - r) Geschäftsordnung für Vorstand, Vorsteher und Geschäftsstelle (§§ 23, 24).
- (2) Der Vorstand kann zu seiner Beratung Ausschüsse bilden, denen auch Personen angehören können, die weder zu den Mitgliedern noch zu den Verbandsorganen gehören. Diese Ausschüsse haben ausschließlich beratende Funktion.
 - (3) Die Vorstandsmitglieder haben bei der Erfüllung ihrer Aufgaben die erforderliche Sorgfalt anzuwenden. Sie sind dem Verband insbesondere dafür verantwortlich, daß die Bestimmungen der Satzung eingehalten und die Beschlüsse der Versammlung ausgeführt werden. Ein Vorstandsmitglied, das seine Obliegenheiten vorsätzlich oder grob fahrlässig verletzt, ist dem Verband zum Ersatz des daraus entstehenden Schadens verpflichtet. Der Schadensanspruch verjährt in drei Jahren von dem Zeitpunkt an, in welchem der Verband von dem Schaden und der Person des Ersatzpflichtigen Kenntnis erlangt.

§ 20 Sitzungen des Vorstandes

- (1) Der Vorsteher lädt die Vorstandsmitglieder mindestens einmal im Jahr mit mindestens zweiwöchiger Frist unter Übersendung der Tagesordnung gemäß § 47 Absatz 1 zur Sitzung ein. In dringenden Fällen kann die Frist bis auf drei Tage verkürzt werden, was unter Angabe des Grundes in der Einladung mitzuteilen ist. Der Vorsteher lädt gleichzeitig die Aufsichtsbehörde schriftlich ein.
- (2) Ist ein Vorstandsmitglied verhindert, an der Sitzung teilzunehmen, so teilt er dies unverzüglich der Geschäftsstelle und seinem Stellvertreter mit, der sodann auch ohne besondere Einladung anstelle des Verhinderten an der Sitzung mit Stimmrecht teilnimmt.
- (3) Der Vorstand muß einberufen werden, wenn zwei Vorstandsmitglieder - bei deren Verhinderung deren Stellvertreter - dies unter Angabe des Beratungsgegenstandes schriftlich beim Vorsteher beantragen.
- (4) Zu den Sitzungen können auch bei Anwesenheit der Vorstandsmitglieder deren Stellvertreter aus informatorischen Gründen eingeladen werden, haben dann aber kein Stimmrecht. Ebenso können die in § 19 Absatz 2 bezeichneten Personen sowie andere Auskunftspersonen oder Sachverständige zu den Sitzungen eingeladen werden.
- (5) Leitende Angehörige der Geschäftsstelle nehmen ohne Stimmrecht an den Sitzungen teil.

§ 21 Beschließen im Vorstand

- (1) Der Vorstand ist beschlußfähig, wenn alle Vorstandsmitglieder ordnungsgemäß eingeladen und mindestens drei Vorstandsmitglieder oder deren Stellvertreter anwesend sind.
- (2) § 14 Absatz 1 und 2 gelten entsprechend.
- (3) Der Vorstand bildet seinen Willen mit der Mehrheit der abgegebenen gültigen Stimmen. Stimmenthaltungen zählen bei der Feststellung der Mehrheit nicht mit. Bei Stimmgleichheit gilt der Antrag als abgelehnt. Jedes Vorstandsmitglied hat eine Stimme.

- (4) Über jede Vorstandssitzung ist eine Niederschrift zu fertigen, die vom Vorsteher und einem weiteren Vorstandsmitglied zu unterzeichnen ist.
- (5) Ein Vorstandsbeschluß kommt auf schriftlichem Wege zustande, wenn alle Vorstandsmitglieder schriftlich abgestimmt haben und die Mehrheit sich für den Beschluß ausgesprochen hat.

§ 22 Vertretung des Verbandes.

- (1) Der Vorsteher vertritt den Verband gerichtlich und außergerichtlich, auch in Geschäften, über die die Versammlung oder der Vorstand beschließt. Als Ausweis dient ihm eine Bescheinigung der Aufsichtsbehörde.
- (2) Verpflichtende Erklärungen des Verbandes bedürfen der Schriftform und sind vom Vorsteher - bei dessen Verhinderung vom stellvertretenden Vorsteher - und von einem weiteren Vorstandsmitglied zu unterzeichnen. Dies gilt nicht für die laufenden Geschäfte, die der Geschäftsstelle zur laufenden Erledigung übertragen sind.
- (3) Soweit die Satzung nichts anderes bestimmt, bedürfen wesentliche Geschäfte zwischen dem Verband und einem Mitglied der Verbandsorgane oder seinem Stellvertreter sowie Angehörigen der Geschäftsstelle der Zustimmung der Versammlung.

§ 23 Vorsteher

- (1) Der Vorsteher ist an die Beschlüsse der Versammlung und des Vorstandes gebunden. Er führt den Vorsitz bei der Wahl des Vorstandes in der Versammlung. Er ist Dienstvorgesetzter aller Dienstkräfte des Verbandes. In Absprache mit dem Vorstand stellt er ein und entläßt sie. Ihm obliegen mit Ausnahme der Geschäfte der laufenden Verwaltung alle Geschäfte des Verbandes, die nicht nach Gesetz, Satzung oder Geschäftsordnung den Verbandsorganen oder der Geschäftsstelle zugewiesen sind. Er unterrichtet den Vorstand über die Angelegenheiten des Verbandes und hört seinen Rat zu wichtigen Geschäften.
- (2) Im einzelnen obliegen dem Vorsteher die folgenden Geschäfte:
 - a) Vertretung des Verbandes, Mitunterzeichnung von Verpflichtungserklärungen,
 - b) Leitung der Wahl zum Vorstand,
 - c) Einberufung und Leitung der Sitzung von Versammlung und Vorstand,
 - d) Mitunterzeichnung der Niederschriften über die Sitzungen von Versammlung und Vorstand,
 - e) Bestätigung bei vorzeitigen Ausscheiden von Vorstandsmitgliedern,
 - f) Personalangelegenheiten des Verbandes,
 - g) Anzeigen an die Aufsichtsbehörde über die Wahl des Vorstandes,
 - h) Mitteilung von Haushaltsplan und Nachträgen an die Aufsichtsbehörde,
 - i) Bewirken nicht planmäßiger Ausgaben,
 - j) Vorlage der Jahresrechnung und der Bemerkungen der Prüfstelle an die Versammlung,
 - k) Festsetzung und Bekanntgabe der Hebeliste,
 - l) Einziehung der Gebühren, Kosten und Ausgleichsbeträge.
- (3) In dringenden Fällen, die keinen Aufschub dulden, kann der Vorsteher zur Abwendung drohender Gefahren und zur Vermeidung von Schäden zu Lasten des Verbandes auch solche Geschäfte tätigen, die eine Beschlußfassung durch ein Verbandsorgan voraussetzen. Er hat den Vorstand von solchen Maßnahmen unverzüglich zu unterrichten. Das zuständige Verbandsorgan kann die Dringlichkeitsentscheidung des Vorstehers aufheben, sofern nicht schon entstandene Rechte Dritter entgegenstehen.
- (4) Bei Verhinderung des Vorstehers, tritt der stellvertretende Vorsteher an seine Stelle.

§ 24 Geschäftsstelle

- (1) Die Versammlung beschließt über Art, Umfang und Einrichtung der Geschäftsstelle sowie darüber, ob und inwieweit andere Stellen mit der Geschäftsführung beauftragt werden sollen.
- (2) Soweit der Verband eigene Dienstkräfte einstellt, gilt § 14 Absatz 1 Satz 3.
- (3) Die Einzelheiten über die Geschäftsverteilung sowie

Wahrnehmung und den Ablauf der Geschäfte des Verbandes, soweit sich dies nicht aus der Satzung ergibt, wird vom Vorstand durch eine Geschäftsordnung geregelt (§ 19 Absatz 1 Buchstabe r).

§ 25 Verschwiegenheitspflicht

Die Mitglieder der Verbandsversammlung, die Mitglieder des Vorstandes, Geschäftsstellenleiter und leitende Dienstkräfte sowie deren Stellvertreter sind verpflichtet, über alle ihnen bei der Durchführung ihrer Aufgaben bekanntwerdenden Tatsachen und Rechtsverhältnisse Stillschweigen zu bewahren. Die Weitergabe von Informationen aufgrund der Rechenschaftspflicht der Mitglieder der Verbandsversammlung gegenüber den sie entsendenden Gemeindevertretungen darf nicht zu einer Schädigung des Verbandes oder zur wirtschaftlichen Bevorteilung von natürlichen und juristischen Personen führen.

§ 26 Haushaltsjahr

Haushaltsjahr (Rechnungsjahr) ist das Kalenderjahr.

§ 27 Haushaltsplan

- (1) Die Verbandsversammlung setzt für alle zu erwartenden Einnahmen und voraussichtlich zu leistenden Ausgaben alljährlich für jedes Haushaltsjahr den Haushaltsplan (Verwaltungs- und Vermögenshaushalt) sowie nach Bedarf Nachträge dazu fest und beschließt über den Rahmen der Kassenkredite. Dem Haushaltsplan sind der Stellenplan, der Zins- und Tilgungsplan für aufgenommene Darlehen, der Nachweis der Rücklagen und die Vermögensübersicht beizufügen.
- (2) Die Ausgaben, die nicht aus den Einnahmen des Verbandes, insbesondere den Gebühren für Leistungen des Verbandes, sondern aus dem Vermögen, aus Darlehen oder aus nicht regelmäßig wiederkehrenden Mitteln bestritten werden sollen, sind dem Vermögenshaushalt zu entnehmen.
- (3) Der Vorstand stellt den Haushaltsplan so rechtzeitig auf, daß die Verbandsversammlung vor Beginn des Haushaltsjahres über ihn beschließen kann. Der Vorsteher teilt den Haushaltsplan sowie etwaige Nachträge der unteren Aufsichtsbehörde mit und beantragt die aufsichtsbehördliche Genehmigung hinsichtlich des Gesamtbetrages der vorgesehenen Kreditaufnahmen.
- (4) Ist der Haushaltsplan nicht rechtzeitig verabschiedet, so ist bis zu seiner Festsetzung entsprechend dem Haushaltsplan des Vorjahres zu wirtschaften.

§ 28 Nicht planmäßige Ausgaben

Der Vorsteher darf Ausgaben, für deren Deckung im Haushaltsplan keine Mittel vorgesehen sind, nur leisten, wenn der Verband zur Zahlung verpflichtet ist und ein Aufschub erhebliche Nachteile mit sich bringen würde.

Er darf Anordnungen, durch die Verbindlichkeiten des Verbandes entstehen können und für die ausreichende Mittel im Haushaltsplan nicht vorgesehen sind, nur bei unabweisbarer Notwendigkeit treffen. Die Entscheidungen des Vorstehers sind der Verbandsversammlung in ihrer nächsten Sitzung mit einem Deckungsvorschlag zur Genehmigung vorzulegen.

§ 29 Verwendung der Einnahmen

Einnahmen des Verbandes, die nicht aus den ordentlichen Einnahmen des Verbandes stammen, sind wie diese zur Bestreitung der Ausgaben zu verwenden.

§ 30 Kredite

Der Verband darf Kredite nur zur Deckung eines unabweisbaren Bedarfs aufnehmen. Der Haushaltsplan bestimmt, zur Deckung welcher Ausgaben und bis zu welcher Höhe Kredite aufgenommen werden dürfen.

§ 31 Rücklagen

Der Verband soll Rücklagen in für die Erfüllung der Verbandsaufgabe ausreichender Höhe bilden.

§ 32 Haushalts-, Kassen- und Rechnungsordnung

Die Verbandsversammlung kann eine vom Vorstand aufgestellte Haushalts-, Kassen- und Rechnungsordnung beschließen.

§ 33 Prüfung der Jahresrechnung

- (1) Der Vorstand stellt die Rechnung über alle Einnahmen und Ausgaben des Rechnungsjahres gemäß dem Haushaltsplan auf und gibt sie im ersten Viertel des folgenden Jahres mit

allen Unterlagen zum Prüfen an die von der Verbandsversammlung bestellte Prüfstelle (§ 12 Buchst. j).

- (2) Die Prüfung erstreckt sich darauf, ob
 - a) nach der Rechnung der Haushaltsplan befolgt ist,
 - b) die einzelnen Einnahmen und Ausgaben der Rechnung ordnungsgemäß nachgewiesen sind,
 - c) die Rechnungsbeträge mit der Satzung, den Gesetzen und den anderen Vorschriften im Einklang stehen.
- (3) Die Prüfstelle übergibt ihren Prüfbericht dem Vorstand.

§ 34 Entlastung

Der Vorsteher legt der Verbandsversammlung die Jahresrechnung vor, desgleichen den Prüfbericht, indem er ihn der Verbandsversammlung vorträgt. Die Verbandsversammlung beschließt über die Entlastung des Vorstandes.

§ 35 Gebühren und Kosten

- (1) Der Verband finanziert sich und seine Maßnahmen aus den Anschlußgebühren und -kosten, sowie aus den Wasser- und Abwassergebühren. Hierzu stellt er
 1. eine Wasserversorgungssatzung in Verbindung mit einer Anschluß- und Gebührensatzung,
 2. eine Abwassersatzung in Verbindung mit einer Anschluß- und Gebührensatzung und eine Satzung zur Entsorgung von Grundstücksentwässerungsanlagen auf.
- (2) Soweit die Einnahmen des Zweckverbandes zur Deckung des Finanzbedarfs nicht ausreichen, wird von den Verbandsmitgliedern eine Umlage erhoben. Für die Berechnung der Umlage wird die Einwohnerzahl des einzelnen Verbandsmitgliedes zur Zahl der Einwohner aller Verbandsmitglieder ins Verhältnis gesetzt. Maßgeblich ist die vom Landesamt für Datenverarbeitung und Statistik veröffentlichte Einwohnerzahl zum 30. Juni des Vorjahres.

§ 36 Genehmigung

von Satzungen gemäß § 35

- (1) Die in § 35 Abs. 1 Ziffer 1 und 2 genannten Satzungen sind von der Verbandsversammlung zu beschließen und von der unteren Aufsichtsbehörde zu genehmigen.

§ 37 Veranlagung von Gebühren und Kosten

- (1) Der Verbandsvorsteher stellt eine Hebeliste in Verbindung mit den Anschluß- und Gebührensatzungen und der Satzung zur Entwässerung von Grundstücksanlagen auf.
- (2) Die Gebühren und Kosten müssen die Aufwendungen und Verpflichtungen des Verbandes decken. Dies ist in gesonderten Kalkulationen nachzuweisen.
- (3) In der Hebeliste ist auf die grundlegenden Satzungsbestimmungen und Veranlagungsregeln hinzuweisen, nach denen sich die Gebühren regeln. Sie enthalten die Grundlagen für ihre Berechnung.

§ 38 Hebung der Gebühren und Kosten

- (1) Aufgrund der festgesetzten und bekanntgegebenen Hebeliste zieht der Vorsteher die Gebühren und Kosten direkt von den Benutzern ein. Die Gebührenhöhe ist den Mitgliedern und Benutzern gemäß § 47 Absatz 1 bekanntzugeben. Es sind die Zahlstellen und die Zahlungsfristen anzugeben. Der Gebühren- und Kostenbescheid ist mit einer Rechtsbehelfsbelehrung und dem Hinweis zu versehen, daß Rechtsbehelfe die Hebung und damit die Pflicht zur fristgerechten Zahlung der Kosten und Gebühren nicht aufhalten.
- (2) Die Gebühren und Kosten sind solange nach der letzten Hebeliste einzuziehen, bis sie nach der neuen Hebeliste feststehen. Differenzen sind bei der nächsten Einziehung auszugleichen.

§ 39 Nachtragshebeliste

Fallen Gebühren und Kosten bei der Einziehung aus oder verändern sich sonstige Umstände wesentlich, die der Hebeliste zugrunde liegen, so kann dies in einer Nachtragshebeliste oder bei der nächsten Veranlagung berücksichtigt werden.

§ 40 Säumnis

Wer seine Gebühren und Kosten nicht rechtzeitig bezahlt, kann vom Vorsteher zur Zahlung von Verzugszinsen (2 % über dem Diskontsatz) und den zusätzlichen Verwaltungskosten herangezogen werden. Zinsen und Verwaltungskosten sind unverzüglich zu entrichten.

§ 41 Zwangsvollstreckung

- (1) Die auf den Satzungen gemäß § 35 beruhenden Forderungen des Verbandes können im Wege des Zwangsvollstreckungsverfahrens vollstreckt werden.
- (2) Vollstreckungsbehörde ist der Verbandsvorsteher.

§ 42 Rechtsbehelfe

- (1) Die Rechtsbehelfe gegen Gebühren- und Kostenbescheide, Anordnungen, Zwangsmittel und andere Verwaltungsakte des Verbandes richten sich nach der Verwaltungsgerichtsordnung.
- (2) Über den Widerspruch entscheidet der Verband durch ein Schiedsgericht. Das Schiedsgericht besteht aus:
 - a) dem Verbandsvorsteher oder einem von ihm benannten Vertreter mit Befähigung zum Richteramt oder höheren Verwaltungsdienst als Vorsitzenden,
 - b) zwei von der Verbandsversammlung zu wählenden Beisitzern. Die Berufung von Mitgliedern der Verbandsversammlung ist unzulässig. Für jeden Beisitzer ist ein Vertreter zu wählen.
- (3) Die Amtszeit des Schiedsgerichtes beträgt 6 Jahre.
- (4) Auf das Verfahren vor der Schiedskommission finden die Vorschriften des Zehnten Buches der Zivilprozeßordnung entsprechend Anwendung.

§ 43 Ordnungsgewalt

- (1) Der Vorsteher kann auf Gesetz oder Satzung beruhende Anordnungen, insbesondere zum Schutze des Verbandsunternehmens, erlassen.
- (2) Der Vorsteher kann Mitglieder und Benutzer, die gegen Anordnungen nach Absatz 1 verstoßen, mit Ordnungsstrafen bis zu 300,— DM belegen, soweit dies nicht in den Satzungen nach § 35 geregelt ist.

§ 44 Genehmigung von Geschäften

- (1) Der Verband bedarf der Genehmigung durch die Aufsichtsbehörde zu den folgenden Geschäften:
 - a) Unentgeltliche Veräußerung von Vermögensgegenständen,
 - b) Veräußerung von Grundstücken oder grundstücksgleichen Rechten,
 - c) Veräußerung oder wesentliche Veränderung von Sachen, die einen besonderen wissenschaftlichen, geschichtlichen oder künstlerischen Wert haben,
 - d) Eintritt in Gesellschaften und andere Vereinigungen bürgerlichen Rechts,
 - e) Gewährung von Darlehen oder anderem Kredit an Mitglieder der Verbandsorgane und deren Stellvertreter,
 - f) Bestellung von Sicherheiten,
 - g) Übernahme von Bürgschaften und Verpflichtungen aus Gewährverträgen.
- (2) Die Genehmigung ist auch zu Rechtsgeschäften erforderlich, die einem der in Absatz 1 angegebenen Geschäfte wirtschaftlich gleichkommen.
- (3) Zur Aufnahme von Kassenkredit (§ 30) genügt eine mit einem Höchstbetrag zu gebende Ermächtigung der Aufsichtsbehörde. Die Ermächtigung erlischt mit dem Ablauf des Haushaltsjahres.

§ 45 Satzungsänderung

- (1) Die Verbandsversammlung beschließt (§ 12 Buchstabe d) über Satzungsänderungen mit (§ 14 Absatz 3 Satz 4) Zweidrittelmehrheit.
- (2) Die Aufsichtsbehörde kann auf Antrag des Vorstands oder nach seiner Anhörung die Satzung ändern, nachdem sie die Verbandsversammlung gehört und die Zustimmung der oberen Aufsichtsbehörde herbeigeführt hat.
- (3) Die Aufsichtsbehörde verkündet die Änderung der Satzung gemäß § 47 Absatz 3.
- (4) Die Änderung der Satzung tritt, wenn in ihr nichts anderes bestimmt ist, mit dem auf den Tag der Verkündung folgenden Tag in Kraft.

§ 46 Abwicklung im Falle der Auflösung des Verbandes

- (1) Im Falle der Auflösung des Verbandes erfolgt die Verteilung des Vermögens und der Verbindlichkeiten auf die Verbandsmitglieder dergestalt, daß
 - a) das von den Mitgliedern in den Verband nach § 7 Absatz 3 eingebrachte Vermögen den ursprünglichen Eigentümern rücküberignet wird, und
 - b) das verbleibende Vermögen und die Verbindlichkeiten entsprechend der Zahl der Hausanschlüsse für Wasser und Abwasser auf die Mitglieder des Verbandes verteilt wird.
- (2) Etwaige Versorgungslasten, die sich aus der Abwicklung der Dienstverhältnisse und der Versorgungsverhältnisse der Dienstkräfte des Verbandes hierbei ergeben, werden nach Maßgabe des Absatz 1 Buchstabe b auf die Verbandsmitglieder abgewälzt.
- (3) Die Bediensteten des Verbandes sind im Fall seiner Auflösung oder einer Änderung seiner Aufgaben, soweit die Beschäftigungsverhältnisse nicht aufgelöst werden, von den Verbandsmitgliedern anteilig zu übernehmen. Die Regelung, von welchen Verbandsmitgliedern die einzelnen Bediensteten zu übernehmen sind, erfolgt gleichzeitig mit dem Beschluss über die Auflösung oder Aufgabenänderung des Zweckverbandes. Bei der Regelung ist das Verhältnis der Zahl der Einwohner des einzelnen Verbandsmitgliedes zur Zahl der Einwohner aller Verbandsmitglieder zugrunde zu legen, soweit nicht die Verbandsmitglieder einvernehmlich etwas anderes bestimmen. Maßgeblich ist die vom Landesamt für Datenverarbeitung und Statistik veröffentlichte Einwohnerzahl zum 30. Juni des Vorjahres.

§ 47 Bekanntmachungen

- (1) Bekanntmachungen des Verbandes an seine Mitglieder erfolgen durch Zusendung verschlossenen einfachen Briefs, soweit die Satzung nichts anderes bestimmt.
- (2) Bekanntmachungen des Verbandes für die Öffentlichkeit werden durch Abdruck im Amtsblatt des Landkreises Kyritz vorgenommen. In der im Landkreis Kyritz verbreiteten Tagespresse soll ein Hinweis auf die Bekanntmachung erfolgen. Die Verbandsmitglieder haben in der für die Bekanntmachung vorgeschriebenen Form auf die Veröffentlichung hinzuweisen.
- (3) Änderungen der Satzung werden von der Aufsichtsbehörde in dem in Abs. 2 bestimmten Mitteilungsblatt verkündet.
- (4) Sind Pläne, Karten oder Zeichnungen Bestandteil einer Satzung, kann die öffentliche Bekanntmachung dieser Teile nach Abs. 2 dadurch ersetzt werden, dass sie im Verwaltungsgebäude des Verbandes für zwei Wochen ausgelegt werden. Die Ersatzbekanntmachung ist nur zulässig, wenn der Inhalt dieser Teile zugleich in der Satzung in grober Zügen umschrieben wird. Auf die Ersatzbekanntmachung ist unter Angabe des Ortes und der Dauer der Auslegung in der öffentlichen Bekanntmachung nach Abs. 2 hinzuweisen.
- (5) Zeit, Ort und Tagesordnung der Sitzungen der Verbandsversammlung werden mit einer Frist von zwei Wochen gemäß Abs. 2 bekannt gemacht.

§ 48 Aufsicht

- (1) Aufsichtsbehörde des Verbandes ist der Landrat des Landkreises Kyritz als untere staatliche Verwaltungsbehörde.
- (2) Oberste Aufsichtsbehörde ist der Minister für Umwelt, Naturschutz und Raumordnung des Landes Brandenburg.

§ 49 Inkrafttreten

Die Satzung tritt am Tage der Veröffentlichung in Kraft. Die vorstehende Satzung des Wasser- und Abwasserverbandes „Dosse“ wurde am 24.07.1991 von der Verbandsversammlung beschlossen.

Kyritz, den 24.07.1991

gez. Bublitz
Verbandspräsident

2.2 Erste Änderungssatzung vom 17.05.1993

Die erste Änderungssatzung vom 17.05.1993 ist mit folgendem Wortlaut am 02.07.1993 in Kraft getreten:

1. Änderungssatzung zur Änderung der Verbandssatzung des Wasser- und Abwasserverbandes „Dosse“

Aufgrund der §§ 20 Abs. 1 und 2 sowie 29 Abs. 2 des Gesetzes über kommunale Gemeinschaftsarbeit im Land Brandenburg vom 19.12.1991 (GVBl. 1991, S. 685) wird die Verbandssatzung des Wasser- und Abwasserverbandes „Dosse“ vom 24.07.1991, bekanntgemacht am 19.02.1993, geändert und wie folgt gefaßt:

Verbandssatzung

§ 1

Rechtsnatur, Name, Sitz, Aufgabe

- (1) Die in der Anlage 1 bezeichneten Städte und Gemeinden bilden nach den §§ 1 und 4 ff. des Gesetzes über kommunale Gemeinschaftsarbeit im Land Brandenburg (GKG) vom 19.12.1991 (GVBl. BB 91, S. 685) einen Zweckverband.
- (2) Der Name des Zweckverbandes lautet:
Wasser- und Abwasserverband „Dosse“
- (3) Der Zweckverband verwaltet als Körperschaft des öffentlichen Rechts seine Angelegenheiten im Rahmen der Gesetze unter eigener Verantwortung. Er dient dem öffentlichen Wohl und arbeitet ohne Gewinnerzielungsabsicht. Er finanziert sich durch Umlagen, soweit er keine Abgaben für seine Leistungen erhebt.
- (4) Der Zweckverband hat seinen Sitz in Neustadt (Dosse).
- (5) Das Verbandsgebiet ist das Gebiet der Mitgliedsgemeinden des Zweckverbandes.
- (6) Der Zweckverband hat im Gebiet seiner Mitglieder die Aufgabe, die Versorgung der Grundstücke mit Wasser in Trinkwasserqualität sicherzustellen und die Abwasserentsorgung (ohne Niederschlagswasserbeseitigung) durchzuführen. Er hat die Übernahme des seinen Mitgliedern nach dem Einigungsvertrag, dem Kommunalvermögensgesetz und anderen gesetzlichen Vorschriften zu übertragenden Kommunalvermögens der PWA-GmbH (Potsdam) anzustreben. Die Mitglieder werden die erforderlichen Beschlüsse fassen. Zu diesem Zweck plant, betreibt und errichtet er die dazu notwendigen Anlagen, insbesondere Wasserwerke, Verteilungsnetze, Druckerhöhungsstationen, Kläranlagen, Entsorgungsnetze, Pumpwerke und ähnliche Anlagen. **Der Zweckverband stellt Haus- und Grundstücksanschlüsse für die Trinkwasser- und Abwasserentsorgung her, erneuert, verändert, beseitigt und unterhält diese.** Bei der Aufgabenerfüllung sind die gesetzlichen und behördlichen Anforderungen zu erfüllen. Zur Aufgabenerfüllung kann sich der Verband Dritter bedienen und mit Dritten Verträge schließen.
- (7) Der Zweckverband erläßt die zur Durchführung seiner Aufgaben erforderlichen Satzungen und Entgeltregelungen, insbesondere die Satzungen über den Anschluß und die Benutzung seiner öffentlichen Einrichtungen.
- (8) Der Verband führt ein Dienstsiegel, das aus dem Wappen des Landkreises Kyritz und dem Namen des Verbandes in Umschrift besteht. Es hat einen Durchmesser von 3,5 cm.

§ 2

Organe

- Organe des Zweckverbandes sind
- a) die Verbandsversammlung
 - b) der Verbandsvorstand und
 - c) der Verbandsvorsteher.

§ 3

Verbandsversammlung

- (1) Die Verbandsversammlung besteht aus je 1 Vertreter je angefangene 1500 Einwohner der kommunalen Aufgabenträger, die im Verhinderungsfall von ihren Stellvertretern vertreten werden. **Maßgeblich ist die vom Landesamt für Daten-**

verarbeitung und Statistik für die Kommunalwahl veröffentlichte Einwohnerzahl.

- (2) Die Vertreter und ihre Stellvertreter werden durch die Gemeindevertretungen oder Stadtverordnetenversammlungen für deren Wahlzeit aus ihrer Mitte oder aus den Dienstkräften der Städte und Gemeinden nach den Grundsätzen der Verhältniswahl gewählt.
- (3) Sie bleiben bis zum Amtsantritt der neubestellten Vertreter in der neuen Wahlperiode im Amt. Sie verlieren ihr Amt, wenn ihre Mitgliedschaft in der Gemeindevertretung oder Stadtverordnetenversammlung oder die Entsendung vorher enden. In diesem Fall bestellt das Verbandsmitglied für die Verbandsversammlung gemäß Absatz 2 einen anderen Vertreter oder anderen Stellvertreter für die restliche Dauer der Wahlperiode.
- (4) Die Verbandsversammlung wählt aus ihrer Mitte den Vorsitzenden und dessen Stellvertreter.

§ 4

Aufgaben der Verbandsversammlung

Die Verbandsversammlung überwacht die Angelegenheiten des Verbandes und hat insbesondere folgende Angelegenheiten zu beschließen:

1. Wirtschaftsplan und Stellenplan,
2. Festsetzung der Verbandsumlage,
3. Feststellung des Jahresabschlusses (Bilanz, Gewinn- und Verlustrechnung),
4. Bestellung des Abschlußprüfers,
5. Entgegennahme der Jahresrechnung und die Entlastung des Verbandsvorstandes und des Verbandsvorstehers,
6. Erlaß, Änderung und Aufhebung von Satzungen,
7. Veräußerung, Belastung und Erwerb von Grundstücken und sonstigen Vermögensteilen, soweit es sich nicht um ein Geschäft der laufenden Verwaltung handelt oder den Wert von DM 100.000,- überschreitet,
8. Aufnahme und Gewährung von Darlehen über 100.000,- DM,
9. Den Abschluß von Verträgen über 100.000,- DM,
10. Übernahme von Bürgschaften,
11. Geschäftsordnung des Verbandes und seiner Organe,
12. Aufnahme neuer Verbandsmitglieder,
13. Austritt von Verbandsmitgliedern,
14. Auflösung des Verbandes und Aufteilung des Verbandsvermögens,
15. Wahl des Verbandsvorstehers und seines Stellvertreters.

§ 5

Einberufung der Verbandsversammlung

Die Verbandsversammlung tritt mindestens zweimal im Jahr, sonst so oft es die Geschäftslage erfordert, zusammen. Sie muß zusammentreten, wenn mindestens ein Drittel der Mitglieder der Verbandsversammlung oder der Verbandsvorsteher unter Angabe des Beratungsgegenstandes es verlangen.

Die Verbandsversammlung wird von ihrem Vorsitzenden schriftlich unter Mitteilung von Zeit, Ort und Tagesordnung einberufen. Die Ladungsfrist beträgt zwei Wochen. Dabei werden Absendetag und Sitzungstag nicht berücksichtigt. In dringenden Fällen beträgt die Ladungsfrist drei Tage. Die Dringlichkeitsgründe sind in der Ladung anzugeben. Zeit, Ort und Tagesordnung des öffentlichen Teils der Verbandsversammlung werden mit einer Frist von zwei Wochen gemäß § 16 Abs. 2 bekanntgemacht.

§ 6

Beschlußfähigkeit, Öffentlichkeit

- (1) Die Verbandsversammlung ist beschlußfähig, wenn nach ordnungsgemäßer Ladung mehr als die Hälfte ihrer Mitglieder anwesend ist.
- (2) Ist eine Angelegenheit wegen Beschlußfähigkeit der Verbandsversammlung zurückgestellt worden und wird die Verbandsversammlung zur Verhandlung über den gleichen Gegenstand zum zweitenmal einberufen, so ist sie ohne Rücksicht auf die Zahl der anwesenden Mitglieder beschlußfähig, wenn in der Ladung zur zweiten Sitzung ausdrücklich hier hingewiesen worden ist.
- (3) Die Sitzungen der Verbandsversammlung sind öffentlich. Die Öffentlichkeit ist ausgeschlossen, wenn überwiegende Belange des öffentlichen Wohls oder berechnete Interessen Einzelner den Ausschluß der Öffentlichkeit erfordern. Für Personal-, Vergabe- und Grundstücksangelegenheiten ist die Öff-

fentlichkeit ausgeschlossen. Jedes Mitglied der Versammlung und der Vorsteher kann im Einzelfall einen Antrag auf Ausschluß der Öffentlichkeit stellen. Der Antrag ist in einer nichtöffentlichen Sitzung zu beraten und zu entscheiden. Er ist angenommen, wenn ihm die Mehrheit der anwesenden Versammlungsmitglieder zustimmt.

§ 7 Beschlüßfassung

- (1) Beschlüsse werden, soweit durch Gesetz oder diese Satzung nicht anderes bestimmt ist, mit der Mehrheit der auf Ja oder Nein lautenden Stimmen gefaßt. Bei Stimmengleichheit gilt der Antrag als abgelehnt.
- (2) Eine Mehrheit von zwei Dritteln der Mitgliedsvertreter ist bei Beschlüssen nach § 4 Nr. 11, 12 und 13 dieser Satzung und zur Änderung dieser Satzung erforderlich.
- (3) Es wird offen abgestimmt. Auf Antrag mindestens eines Fünftels der Mitgliedsvertreter ist geheim abzustimmen.

§ 8 Wahlen

Gewählt wird durch Handzeichen, sofern jedoch jemand widerspricht, durch Stimmzettel. Bei Personenwahl ist gewählt, wer mehr als die Hälfte der gültigen Stimmen erhalten hat. Erreicht niemand mehr als die Hälfte der gültigen Stimmen, so findet zwischen den Personen mit den beiden höchsten Stimmzahlen eine Stichwahl statt. Gewählt ist, wer in der Stichwahl die meisten Stimmen auf sich vereinigt. Bei Stimmengleichheit entscheidet das Los, das der an Lebensjahren Älteste zieht.

§ 9 Beschlüßprotokoll

Über die Versammlung ist eine Niederschrift anzufertigen, die vom Vorsitzenden der Versammlung und vom Vorsteher zu unterschreiben ist. Die Niederschrift hat den wesentlichen Inhalt der Verhandlungen und insbesondere die Beschlüsse und die Abstimmungsergebnisse festzuhalten sowie Nachweis über die Anwesenheit der Teilnehmer zu führen.

§ 10 Verbandsvorstand

- (1) Die Versammlung bildet einen Vorstand, der aus dem Vorsteher und vier von der Versammlung gewählten Mitgliedern besteht.
- (2) Den Vorsitz im Vorstand führt der Vorsteher, der auch zu den Sitzungen des Vorstandes einlädt. Sofern der Vorsteher verhindert ist, vertritt ihn sein von der Versammlung gewählter Stellvertreter.
- (3) Auf den Vorstand finden die §§ 5, 6 Abs. 1, § 7, Abs. 1, die §§ 8 und 9 dieser Satzung und die für den Hauptausschuß geltenden Vorschriften der Kommunalverfassung entsprechend Anwendung.
- (4) Der Vorstand entscheidet grundsätzlich in nichtöffentlicher Sitzung über alle Angelegenheiten, die wegen ihrer Bedeutung nicht eines Beschlusses der Versammlung bedürfen sowie in allen Angelegenheiten der Versammlung, die in Eilfällen keinen Aufschub dulden. § 27 Abs. 3 der Kommunalverfassung gilt entsprechend. Ebenso beschließt er in Eilfällen über Angelegenheiten, die der Vorsteher zu erfüllen hat, sofern diese außerhalb des Wirtschaftsplanes liegen.
- (5) Die Vorstandsmitglieder haben bei der Erfüllung ihrer Aufgaben die erforderliche Sorgfalt anzuwenden. Sie sind dem Verband insbesondere dafür verantwortlich, daß die Bestimmungen der Satzung eingehalten und die Beschlüsse der Versammlung ausgeführt werden. Ein Vorstandsmitglied, das seine Obliegenheiten vorsätzlich oder grob fahrlässig verletzt, ist dem Verband zum Ersatz des daraus entstehenden Schadens verpflichtet. Der Schadensanspruch verjährt in drei Jahren von dem Zeitpunkt an, in welchem der Verband von dem Schaden und der Person des Ersatzpflichtigen Kenntnis erlangt.

§ 11 Wahl, Stellung und Aufgaben des Vorstehers

- (1) Die Versammlung wählt einen hauptamtlich tätigen Vorsteher sowie einen hauptamtlichen Stellvertreter.
- (2) Die Wahlzeit für den Vorsteher und seinen Stellvertreter richtet sich nach den Bestimmungen über die Wahlzeit

eines Bürgermeisters. Wiederwahl, auch mehrmalige, ist zulässig.

- (3) Der Vorsteher führt die laufenden Geschäfte sowie nach Maßgabe der Satzung, der Verbandssatzung und der Beschlüsse der Versammlung die übrige Verwaltung des Zweckverbandes, bereitet die Beschlüsse der Versammlung vor und vertritt den Zweckverband gerichtlich und außergerichtlich. Er ist Dienstvorgesetzter der Bediensteten des Zweckverbandes. Die Versammlung ist Dienstvorgesetzter des Stellvertreters. Der Vorsteher ist zuständig für die Einstellung, Ein- und Höhergruppierung und Entlassung der Angestellten und Arbeiter, er hat sich mit dem Vorstand abzustimmen.
- (4) Erklärungen, durch die der Zweckverband verpflichtet werden soll, bedürfen der Schriftform. Sie sind von dem Vorsteher und seinem Stellvertreter oder einem von der Versammlung zu bestimmenden Angestellten oder Mitglied zu unterzeichnen. Erklärungen, die nicht den gesetzlichen Formvorschriften entsprechen, binden den Zweckverband nicht. Bei einfachen Geschäften der laufenden Verwaltung genügt die Unterschrift des Vorstehers oder seines Vertreters.
- (5) Hält der Vorsteher Beschlüsse der Versammlung für gesetzeswidrig, so hat er die Versammlung unverzüglich darauf hinzuweisen. Ändert die Versammlung den beanstandeten Beschluß nicht binnen 4 Wochen, gerechnet ab dem Hinweis des Vorstehers, ab, so hat dieser die Aufsichtsbehörde zu informieren. Entsprechendes gilt für Beschlüsse des Vorstandes.
- (6) In Angelegenheiten, die den Vorsteher selbst betreffen, wird der Verband durch den Vorsitzenden der Versammlung vertreten.

§ 12 Verschwiegenheitspflicht

Die Mitglieder der Versammlung, die Mitglieder des Vorstandes, Geschäftsstellenleiter und leitende Dienstkräfte sowie deren Stellvertreter sind verpflichtet, über alle ihnen bei der Durchführung ihrer Aufgaben bekanntwerdenden Tatsachen und Rechtsverhältnisse Stillschweigen zu bewahren. Die Weitergabe von Informationen aufgrund der Rechenschaftspflicht der Mitglieder der Versammlung gegenüber den sie entsendenden Gemeindevertretungen darf nicht zu einer Schädigung des Verbandes oder zur wirtschaftlichen Bevorteilung von natürlichen und juristischen Personen führen.

§ 13 Ehrenamtliche und hauptamtliche Tätigkeit

- (1) Gemäß § 11 Abs. 1 sind der Vorsteher und sein Stellvertreter hauptamtlich tätig. Die Mitglieder der Versammlung und des übrigen Vorstandes sind ehrenamtlich tätig. Sie haben nur Anspruch auf Ersatz ihrer Auslagen und des Verdienstausfalls. Der Verdienstausfall wird nach den für Gemeinden geltenden Vorschriften berechnet.
- (2) Neben Arbeitern kann der Zweckverband im Rahmen des geltenden Rechts Beamte und Angestellte hauptamtlich einstellen.
- (3) Im Falle der Auflösung des Verbandes sind alle Beamten, Angestellten und Arbeiter unter den Mitgliedern des Verbandes unter Wahrung des Besitzstandes einschließlich der Versorgungsansprüche entsprechend der Regelung des § 17 Abs. 2 zu verteilen. Die Vorschriften des Beamtenrechts sowie die tarifrechtlichen Bestimmungen des BAT-O/BMTG sind verbindlich.

§ 14 Wirtschaftsführung

Für die Wirtschaftsführung sowie für das Kassen- und Rechnungswesen des Zweckverbandes gelten die Vorschriften über Eigenbetriebe entsprechend.

§ 15 Verbandsumlagen, Beiträge, Gebühren, privatrechtliche Entgelte

- (1) Der Zweckverband erhebt von seinen Mitgliedern eine Umlage, soweit seine sonstigen Einnahmen zur Deckung des Finanzbedarfs nicht ausreichen.
- (2) Die Umlagen werden nach der abgegebenen Wassermenge in Kubikmetern berechnet.
- (3) Der Zweckverband erhebt Beiträge und Gebühren in entsprechender Anwendung der Vorschriften des Brandenburgischen

Kommunalabgabengesetzes. Er kann privatrechtliche Entgelte vereinbaren und fordern. Die Verbandsversammlung beschließt darüber, ob zur Finanzierung Beiträge, Gebühren und der Ersatz von Hausanschlußkosten als öffentlich-rechtliche Abgaben oder privatrechtliche Entgelte erhoben werden.

§ 16

Bekanntmachungen

- (1) Satzungen des Zweckverbandes werden im Amtsblatt des Landkreises Kyritz, nach dem 1.1.94 des Landkreises Ostprignitz-Ruppin öffentlich bekanntgemacht. Die **Verbandsmitglieder haben in der für ihre Bekanntmachungen vorgeschriebenen Form auf die Veröffentlichung hinzuweisen.**
- (2) Sonstige Mitteilungen und Beschlüsse werden in der Tageszeitung „Märkische Allgemeine Zeitung“, Lokalausgabe für Neustadt (Dosse), bekanntgemacht. Die **Verbandsmitglieder haben in der für ihre Bekanntmachungen vorgeschriebenen Form auf die Veröffentlichung hinzuweisen.**
- (3) Sind Pläne, Karten oder Zeichnungen Bestandteile einer Satzung, kann die öffentliche Bekanntmachung dieser Teile nach Abs. 1 dadurch ersetzt werden, dass sie im Verwaltungsgebäude des Verbandes für zwei Wochen ausgelegt werden. Die Ersatzbekanntmachung ist nur zulässig, wenn der Inhalt dieser Teile zugleich in der Satzung in groben Zügen umschrieben wird. Auf die Ersatzbekanntmachung ist unter Angabe des Ortes und der Dauer der Auslegung in der öffentlichen Bekanntmachung nach Abs. 1 hinzuweisen. Die Dauer der Auslegung beträgt zwei Wochen.

§ 17

Abwicklung bei Auflösung des Zweckverbandes

- (1) Im Falle der Auflösung des Zweckverbandes erfolgt die Verteilung des Vermögens und der Verbindlichkeiten auf die Verbandsmitglieder nach folgendem Schlüssel:
Gemeinsam genutzte Anlagen, wie z. B. Kläranlagen, Pumpwerke und Abwasserdruckrohrleitungen werden entsprechend der von ihnen entsorgten Einwohner und Einwohnergleichwerte, das Ortsnetz, soweit es nur der örtlichen Entsorgung dient, nach dem Belegenheitsprinzip verteilt. Verbindlichkeiten werden in dem Verhältnis der vorstehend verteilten Vermögenswerte zugeordnet. Für Anlagen der Wasserversorgung gilt der vorstehende Verteilungsschlüssel entsprechend.
- (2) Etwaige Versorgungslasten, die sich aus der Abwicklung der Dienstverhältnisse und der Versorgungsverhältnisse der Dienstkräfte des Verbandes hierbei ergeben, werden nach Maßgabe des Absatzes 1 auf die Verbandsmitglieder abgewälzt, soweit nicht eine abweichende Regelung nach § 13 Abs. 3 getroffen worden ist.

§ 18

Inkrafttreten

Diese Satzung tritt am Tage nach ihrer öffentlichen Bekanntmachung sowie der gleichzeitigen öffentlichen Bekanntmachung ihrer Genehmigung in Kraft.

Neustadt /Dosse, den 17.05.1993

Der **Verbandsvorsteher**
gez. **Bublitz**

**Anlage 1
zur 1. Änderungssatzung
zur Änderung
der Verbandssatzung
des Wasser- und Abwasserverbandes
„Dosse“**

Mitgliedsstädte und -gemeinden Stadt/Gemeinde	Anzahl der Einwohner
entfällt	-
Kyritz	10219
entfällt	-
Neustadt	3448
entfällt	-
Roddahn	285
entfällt	-

2.3

**Änderungssatzung
nach dem StabG
zum 26.02.1994**

Gemäß den §§ 4 Abs. 3, 14 Abs. 1 Nr. 2 StabG ergeht zum 26.02.1994 folgende Änderungssatzung zur Verbandssatzung:

Die Anlage 1 zur Verbandssatzung wird wie folgt ergänzt:

Mitgliedsstädte und -gemeinden Stadt/Gemeinde	Anzahl der Einwohner
Bantikow	446
Barsikow	404
Breddin	1348
Bückwitz	377
Dreetz	1358
Giesenhorst	122
Lohm	276
Nackel	506
Plänitz-Leddin	288
Sieversdorf	711

2.4

**Änderungssatzung
nach dem StabG
zum 13.04.1994**

Gemäß den §§ 4 Abs. 3, 14 Abs. 1 Nr. 2 StabG ergeht zum 13.04.1994 folgende Änderungssatzung zur Verbandssatzung:

Die Anlage 1 zur Verbandssatzung wird wie folgt ergänzt:

Mitgliedsstädte und -gemeinden Stadt/Gemeinde	Anzahl der Einwohner
Hohenofen	375
Stüdenitz (nur Aufgabenbereich Abwasser)	580
Wusterhausen	3176

2.5

**Zweite Änderungssatzung
vom 08.10.1994**

Die zweite Änderungssatzung vom 08.10.1994 ist mit folgendem Wortlaut am 04.11.1994 in Kraft getreten:

**2. Änderungssatzung
zur Verbandssatzung**

des Wasser- und Abwasserverbandes „Dosse“

Auf Grund der §§ 20 Abs. 1 und 2 sowie 29 Abs. 2 des Gesetzes über Kommunale Gemeinschaftsarbeit im Land Brandenburg vom 19.12.1990 (GVBl. I S. 685) und § 4 Pkt. 6 sowie § 7 Abs. 2 der Verbandssatzung hat die 8. Verbandsversammlung am 8.10.1994 die Verbandssatzung des Wasser- und Abwasserverbandes „Dosse“ vom 24.07.1991 (veröffentlicht im Amtsblatt des Landratsamtes Kyritz am 01.07.1993) wie folgt geändert:

1. Der § 1 Abs. 8 wird wie folgt neu gefaßt:
Der Verband führt ein Dienstsiegel, das aus dem Wappen des ehemaligen Landkreises Kyritz und dem Namen des Verbandes in Umschrift besteht.
Es hat einen Durchmesser von 3,5 cm.
2. Der § 3 Abs. 2 wird wie folgt neu gefaßt:
Die Vertreter und ihre Stellvertreter werden durch die Gemeindevertretungen oder Stadtverordnetenversammlungen gewählt.
3. Der § 11 Abs. 2 wird wie folgt neu gefaßt:
Die Verbandsversammlung wählt einen hauptamtlich tätigen Verbandsvorsteher sowie einen hauptamtlichen Stellvertreter. Die Stelle des Verbandsvorstehers ist auszuschreiben.
4. Der § 16 Abs. 1 wird wie folgt neu gefaßt:
Satzungen des Zweckverbandes werden im Amtsblatt des Landkreises Ostprignitz-Ruppin öffentlich bekanntgemacht.

Neustadt (Dosse), den 14.10.1994

gez. **Bublitz**
Verbandsvorsteher

Siegel

2.6

**Änderungssatzung
nach dem StabG
zum 07.12.1994**

Gemäß den §§ 4 Abs. 3, 14 Abs. 1 Nr. 2 StabG ergeht zum 07.12.1994 folgende Änderungssatzung zur Verbandssatzung:

**Die Anlage 1 zur Verbandssatzung wird wie folgt ergänzt:
Mitgliedsstädte und -gemeinden**

Stadt/Gemeinde	Anzahl der Einwohner
Drewen	254

2.7

**Dritte Änderungssatzung
vom 23.02.1995**

Die dritte Änderungssatzung vom 23.02.1995 ist am 09.06.1995 mit folgendem Wortlaut in Kraft getreten:

**3. Änderungssatzung zur Verbandssatzung
des Wasser- und Abwasserverbandes „Dosse“**

Auf Grund der §§ 20 Abs. 1 und 2 sowie 29 Abs. 2 des Gesetzes über Kommunale Gemeinschaftsarbeit im Land Brandenburg vom 19.12.1990 (GVBl. S. 685) sowie § 4 Pkt. 6 sowie § 7 Abs. 2 der Verbandssatzung hat die 11. Verbandsversammlung am 23.02.1995 die Verbandssatzung des Wasser- und Abwasserverbandes „Dosse“ vom 24.7.1991, veröffentlicht im Amtsblatt des Landratsamtes Kyritz am 1.7.1994 wie folgt geändert:

Der § 4 Pkt. 8 erhält folgende neue Fassung:
Aufnahme und Gewährung von Darlehen, die nicht Bestandteil des Wirtschaftsplanes sind.

Der § 4 Pkt. 9 erhält folgende neue Fassung:
Abschluß von Verträgen, die nicht Bestandteil des Wirtschaftsplanes sind.

Der § 10 (4) 2. Satz erhält folgende neue Formulierung:
§ 68 der Gemeindeordnung für das Land Brandenburg gilt entsprechend.

Neustadt/Dosse, den 27.02.1995

gez. Stoltz
Verbandsvorsteher

2.8

**Änderungssatzung
nach dem StabG
zum 06.12.1995**

Gemäß den §§ 4 Abs. 3, 14 Abs. 1 Nr. 2 StabG ergeht zum 06.12.1995 folgende Änderungssatzung zur Verbandssatzung:

**Die Anlage 1 zur Verbandssatzung wird wie folgt ergänzt:
Mitgliedsstädte und -gemeinden**

Stadt/Gemeinde	Anzahl der Einwohner
Brunn	289

2.9

**Änderungssatzung
nach dem StabG
zum 28.03.1996**

Gemäß den §§ 4 Abs. 3, 14 Abs. 1 Nr. 2 StabG ergeht zum 28.03.1996 folgende Änderungssatzung zur Verbandssatzung:

Die Anlage 1 zur Verbandssatzung wird um die Gemeinden Blankenberg, Dessow, Ganzer, Kantow, Lögow und Triefitz ergänzt.

2.10

**Vierte Änderungssatzung
vom 19.06.1996**

Die vierte Änderungssatzung vom 19.06.1996 ist am 06.09.1996 mit folgendem Wortlaut in Kraft getreten:

**4. Änderungssatzung zur Verbandssatzung
des Wasser- und Abwasserverbandes
„Dosse“**

Auf Grund des § 20 des Gesetzes über Kommunale Gemeinschaftsarbeit im Land Brandenburg vom 19.12.1991 (GVBl. S. 685) sowie § 4 Pkt. 6 und § 7 Abs. 2 der Verbandssatzung hat die 19. Verbandsversammlung am 19.6.1996 die Verbandssatzung des Wasser- und Abwasserverbandes „Dosse“ in der Fassung der 3. Änderungssatzung vom 27.02.1995, veröffentlicht im Amtsblatt des Landkreises Ostprignitz-Ruppin am 8.6.1995 wie folgt geändert:

Der § 15 Absatz 2 erhält folgende neue Fassung:
Die Umlagen werden nach den Einwohnerzahlen der Mitgliedsstädte und -gemeinden, die der Schlüsselzuweisung gemäß dem Gemeindefinanzierungsgesetz des jeweiligen Jahres zugrunde gelegt wird, berechnet.

Neustadt/Dosse, den 20.6.1996

gez. H. Gast
Vorsitzender der
Verbandsversammlung

gez. Stoltz
Verbandsvorsteher

2.11

**Änderungssatzung
nach dem StabG
zum 11.10.1996**

Gemäß den §§ 4 Abs. 3, 14 Abs. 1 Nr. 2 StabG ergeht zum 11.10.1996 folgende Änderungssatzung zur Verbandssatzung:

Die Anlage 1 zur Verbandssatzung wird um die Gemeinden Gartow, Schönberg und Segeletz ergänzt.

2.12

**Änderungssatzung
nach dem StabG
zum 04.12.1996**

Gemäß den §§ 4 Abs. 3, 14 Abs. 1 Nr. 2 StabG ergeht zum 04.12.1996 folgende Änderungssatzung zur Verbandssatzung:

Die Anlage 1 zur Verbandssatzung wird um die Gemeinde Döllen ergänzt.

2.13

**Änderungssatzung
nach dem StabG
zum 13.12.1996**

Gemäß den §§ 4 Abs. 3, 14 Abs. 1 Nr. 2 StabG ergeht zum 13.12.1996 folgende Änderungssatzung zur Verbandssatzung:

Die Anlage 1 zur Verbandssatzung wird um die Gemeinde Bork-Lellichow ergänzt.

2.14

**Änderungssatzung
nach dem StabG
zum 18.12.1996**

Gemäß den §§ 4 Abs. 3, 14 Abs. 1 Nr. 2 StabG ergeht zum 18.12.1996 folgende Änderungssatzung zur Verbandssatzung:

Die Anlage 1 zur Verbandssatzung wird um die Gemeinder Holzhausen, Rehfeldt-Berlitz und Zernitz ergänzt.

2.15

**Änderungssatzung
nach dem StabG
zum 27.12.1996**

Gemäß den §§ 4 Abs. 3, 14 Abs. 1 Nr. 2 StabG ergeht zum 27.12.1996 folgende Änderungssatzung zur Verbandssatzung:

Die Anlage 1 zur Verbandssatzung wird um die Gemeinde Schönemark ergänzt.

2.16 Fünfte Änderungssatzung vom 19.03.1997

Die fünfte Änderungssatzung vom 19.03.1997 ist am 09.04.1997 mit folgendem Wortlaut in Kraft:

5. Änderungssatzung zur Verbandssatzung des Wasser- und Abwasserverbandes „Dosse“

Auf Grund des § 20 des Gesetzes über Kommunale Gemeinschaftsarbeit im Land Brandenburg vom 19.12.1991 (GVBl. S. 685) sowie § 4 Pkt. 6 und § 7 (2) der Verbandssatzung hat die Verbandsversammlung in ihrer 22. Sitzung am 19.03.1997 die Verbandssatzung des Wasser- und Abwasserverbandes „Dosse“ vom 24.07.1991 in der Fassung der 4. Änderungssatzung vom 20.06.1996 wie folgt geändert:

Artikel I

Der § 3 Absatz 2 erhält folgende neue Fassung:
Die Vertreter und ihre Stellvertreter werden unter Beachtung der Bestimmungen des § 50 (6) der Gemeindeordnung und des § 15 (2) des Gesetzes über Kommunale Gemeinschaftsarbeit im Land Brandenburg von den Gemeindevertretungen oder Stadtverordnetenversammlungen aus ihrer Mitte, aus den Dienstkräften der Städte, Gemeinden und Ämter oder aus dem Kreis sonstiger Dritter bestimmt. Es ist nicht zulässig, sachkundige Einwohner im Sinne des § 50 (7) der Gemeindeordnung zu entsenden.

Artikel II

Im § 6 Absatz 2 ist im 1. Satz das 5. Wort (Beschlussfähigkeit) durch das Wort „Beschlussfähigkeit“ zu ersetzen und das viertletzte Wort (hier) durch das Wort „hierauf“.

Artikel III

Im § 10 Absatz 2 erhält der 2. Satz folgende neue Fassung:
Sofern der Verbandsvorsteher verhindert ist, vertritt ihn sein Stellvertreter.

Artikel IV

Der § 11 Absatz 1 erhält folgende neue Fassung:
Die Verbandsversammlung wählt einen hauptamtlich tätigen Verbandsvorsteher. Die Stelle ist auszuschreiben; bei Wiederwahl kann hiervon abgesehen werden. Für dieses Amt ist die erforderliche Eignung, Befähigung und Sachkunde notwendig. Der Vorstand beauftragt einen Bediensteten des Verbandes mit der allgemeinen Vertretung des Verbandsvorstehers.

Artikel V

Der § 11 Absatz 2 erhält folgende neue Fassung:
1) Die Wahlzeit für den Verbandsvorsteher richtet sich nach den Bestimmungen über die Wahlzeit eines hauptamtlichen Bürgermeisters. Wiederwahl, auch mehrmalige, ist zulässig.

Artikel VI

Im § 13 Absatz 3 sind im ersten Satz die Worte § 14 Abs. 2 durch § 17 Abs. 2 zu ersetzen.

Artikel VII

Diese Änderungssatzung tritt am Tag nach ihrer öffentlichen Bekanntmachung in Kraft.

Neustadt (Dosse), den 19.03.1997

gez. H. Gast
Vorsitzender der
Verbandsversammlung

Siegel

gez. Stoltz
Verbandsvorsteher

2.17 Änderungssatzung nach dem StabG zum 01.05.1997

Gemäß den §§ 4 Abs. 3, 14 Abs. 1 Nr. 2 StabG ergeht zum 01.05.1997 folgende Änderungssatzung zur Verbandssatzung:

In der Anlage 1 zur Verbandssatzung wird die Gemeinde Gartow gestrichen.

2.18

Änderungssatzung nach dem StabG zum 31.12.1997

Gemäß den §§ 4 Abs. 3, 14 Abs. 1 Nr. 2 StabG ergeht zum 31.12.1997 folgende Änderungssatzung zur Verbandssatzung:

In der Anlage 1 zur Verbandssatzung werden die Gemeinden Bantikow, Blankenberg, Brunn, Ganzer, Giesenhorst, Hohenofen, Kantow, Lögow, Lohm, Schönberg, Sieversdorf, Zernitz und Stadt Wusterhausen gestrichen. Die Anlage 1 zur Verbandssatzung wird um die Gemeinden Sieversdorf-Hohenofen, Wusterhausen/Dosse und Zernitz-Lohm ergänzt.

2.19

Änderungssatzung nach dem StabG zum 27.09.1998

Gemäß den §§ 4 Abs. 3, 14 Abs. 1 Nr. 2 StabG ergeht zum 27.09.1998 folgende Änderungssatzung zur Verbandssatzung:

In der Anlage 1 zur Verbandssatzung wird die Gemeinde Segeletz gestrichen.

2.20

Änderungssatzung nach dem StabG zum 01.12.1998

Gemäß den §§ 4 Abs. 3, 14 Abs. 1 Nr. 2 StabG ergeht zum 01.12.1998 folgende Änderungssatzung zur Verbandssatzung:

In der Anlage 1 zur Verbandssatzung wird die Gemeinde Trieplatz gestrichen.

2.21

Änderungssatzung nach dem StabG zum 02.12.1998

Gemäß den §§ 4 Abs. 3, 14 Abs. 1 Nr. 2 StabG ergeht zum 02.12.1998 folgende Änderungssatzung zur Verbandssatzung:

Die Anlage 1 zur Verbandssatzung wird um die Gemeinde Teetzganz (mit einer Stimme) ergänzt.

2.22

Zehnte Änderungssatzung vom 02.12.1998

10. Änderungssatzung zur Verbandssatzung des Wasser- und Abwasserverbandes „Dosse“

Aufgrund der §§ 20 und 21 des Gesetzes über kommunale Gemeinschaftsarbeit im Land Brandenburg vom 19.12.1991 - GKG - (GVBl. S. 685) in der Fassung der Änderung des Gesetzes vom 6. Juli 1998 (GVBl. I S. 167) sowie § 4 Pkt. 6 und § 7 (2) der Verbandssatzung und den Genehmigungen des Ministeriums des Innern zur Eingliederung der Gemeinde Segeletz in die Gemeinde Wusterhausen/Dosse zum 27.09.1998 und zur Eingliederung der Gemeinde Trieplatz in die Gemeinde Wusterhausen/Dosse zum 01.12.1998 hat die Verbandsversammlung in ihrer 26. Sitzung am 02.12.1998 die Verbandssatzung des Wasser- und Abwasserverbandes „Dosse“ vom 24.07.1991 in der Fassung der 9. Änderungssatzung vom 08.09.1998 wie folgt geändert:

Artikel I

Die Anlage 1 zur Verbandssatzung des Wasser- und Abwasserverbandes „Dosse“ erhält für den Zeitraum vom 27.09.1998 bis zum 30.11.1998 folgende Fassung:

Mitgliedsstädte und -gemeinden:

Ort	Stimmenzahl
Barsikow	1
Bork-Lellichow	1
Breddin	1
Bückwitz	1
Dessow	1
Dreetz	1
Drewen	1
Dölln	1
Holzhausen	1
Kyritz	7
Nackel	1
Neustadt (Dosse)	3
Plänitz-Leddin	1
Rehfeld-Berlitt	1
Roddahn	1
Schönermark	1
Sieversdorf-Hohenofen	1
Stüdenitz (nur Aufgabenbereich Abwasser) entfällt	-
Trieplatz	1
Wusterhausen/Dosse	4
Zernitz-Lohm	1
Gesamtstimmenzahl	32

Artikel II

Die Anlage 1 zur Verbandssatzung des Wasser- und Abwasserverbandes „Dosse“ erhält ab **01.12.1998** folgende Fassung:

Mitgliedsstädte und -gemeinden:

Ort	Stimmenzahl
Barsikow	1
Bork-Lellichow	1
Breddin	1
Bückwitz	1
Dessow	1
Dreetz	1
Drewen	1
Dölln	1
Holzhausen	1
Kyritz	7
Nackel	1
Neustadt (Dosse)	3
Plänitz-Leddin	1
Rehfeld-Berlitt	1
Roddahn	1
Schönermark	1
Sieversdorf-Hohenofen	1
Stüdenitz (nur Aufgabenbereich Abwasser)	1
Teetz/Ganz (ab 02.12.98)	1
Wusterhausen/Dosse	4
Zernitz-Lohm	1
Gesamtstimmenzahl	32

Artikel III

Der Artikel I dieser Änderungssatzung tritt rückwirkend zum 27.09.1998 in Kraft und der Artikel II dieser Änderungssatzung tritt rückwirkend zum **01.12.1998** in Kraft.

Die vorstehende 10. Änderungssatzung zur Verbandssatzung des Wasser- und Abwasserverbandes „Dosse“ wird hiermit ausgefertigt und im Amtsblatt des Landkreises Ostprignitz-Ruppin bekanntgemacht.

Neustadt (Dosse), den 15. Dezember 1998

gez. H. Gast
Vorsitzender der
Verbandsversammlung

Siegel

gez. Stoltz
Verbandsvorsteher

2.23

Elfte Änderungssatzung vom 29.11.2000

Die elfte Änderungssatzung vom 29.11.2000 ist am 15.02.2001 mit folgendem Wortlaut in Kraft getreten:

11. Änderungssatzung zur Verbandssatzung des Wasser- und Abwasserverbandes „Dosse“

Die Verbandsversammlung hat die folgenden Änderungen beschlossen:

Artikel I

Die Verbandssatzung des Wasser- und Abwasserverbandes „Dosse“ vom 24. Juli 1991 (veröffentlicht im Amtsblatt des Landratsamtes Kyritz vom 19. Februar 1993) zuletzt geändert durch die 10. Änderungssatzung vom 15. Dezember 1998 (veröffentlicht im Amtsblatt für den Landkreis Ostprignitz-Ruppin am 09. Februar 1999) wird wie folgt geändert:

1. § 1 wird wie folgt geändert:
 - a) In Absatz 6 wird nach Satz 1 folgender Satz 2 eingefügt: „Darüber hinaus stellt er die Hausanschlüsse für die Wasserversorgung sowie die Hausanschlüsse und Revisionschächte für die Abwasserentsorgung her.“
 - b) Die bisherigen Sätze 2 bis 7 werden Sätze 3 bis 8
2. § 3 wird wie folgt geändert:
 - a) In Absatz 1 werden nach Satz 1 folgende Sätze 2 und 3 angefügt: „Mehrere Vertreter eines Mitgliedes dürfen ihre Stimme nur einheitlich abgeben. Die maßgebliche Einwohnerzahl zur Ermittlung der Stimmzahl für jedes Verbandsmitglied richtet sich nach den Angaben des Landesbetriebes für Datenverarbeitung und Statistik Brandenburg zum jeweiligen 30. Juni des Vorjahres.“
 - b) Der Absatz 2 wird wie folgt gefasst: (2) Die Vertreter und ihre Stellvertreter werden unter Beachtung der Bestimmungen des § 15 (4) und (5) des Gesetzes über Kommunale Gemeinschaftsarbeit im Land Brandenburg von den Gemeindevertretungen oder Stadtverordnetenversammlungen bestimmt.
3. § 4 wird wie folgt gefasst:

§ 4

Aufgaben der Verbandsversammlung

Die Verbandsversammlung überwacht die Angelegenheiten des Verbandes und ist insbesondere für folgende Angelegenheiten zuständig:

1. Die Entscheidung über die Errichtung und die wesentliche Erweiterung der den Verbandsaufgaben dienenden Einrichtungen,
 2. die Beschlussfassung über den Erlass, die Änderung oder die Aufhebung von Satzungen und Verordnungen,
 3. die Festsetzung allgemeiner privatrechtlicher Entgelte und öffentlich-rechtlicher Abgaben,
 4. die Beschlussfassung über den Wirtschaftsplan,
 5. die Beschlussfassung über den Finanzplan,
 6. die Feststellung des Jahresabschlusses und die Entlastung,
 7. die Wahl und Abwahl des Verbandsvorstehers und seines Vertreters,
 8. die Beschlussfassung über den Erlass, die Änderung und die Aufhebung der Geschäftsordnung des Verbandes und seiner Organe,
 9. die Beschlussfassung über die Auflösung des Zweckverbandes und die Bestellung von Abwicklern,
 10. die Beschlussfassung über die Auseinandersetzungsvereinbarung im Fall des Ausscheidens von Verbandsmitgliedern oder der Auflösung des Zweckverbandes sowie
 11. die ihr gesetzlich ausdrücklich zugewiesenen Aufgaben.
4. § 5 wird wie folgt geändert: In Satz 2 wird das Wort „Drittel“ durch das Wort „Fünftel“ ersetzt.
 5. § 6 wird wie folgt geändert: In Absatz 2 werden nach dem Wort „Gegenstand“ die Worte „innerhalb von vier Wochen“ eingefügt.

6. § 7 wird wie folgt geändert:

Absatz 2 wird wie folgt gefasst:

- (2) Eine Mehrheit von zwei Dritteln der Mitgliedsvertreter ist erforderlich für Beschlüsse zur Änderung der Verbandsaufgabe, zum Beitritt und zum Ausscheiden von Verbandsmitgliedern, zur Auflösung des Verbandes sowie zur Änderung des Maßstabes, nach dem die Verbandsmitglieder nach § 15 (1) zur Deckung des Finanzbedarfes beizutragen haben. Für die Änderung der Verbandsaufgabe ist zusätzlich eine einstimmige Beschlussfassung erforderlich.

7. § 8 wird wie folgt geändert:

a) Satz 1 wird wie folgt gefasst:

„Gewählt wird geheim.“

b) Es wird folgender Satz 2 eingefügt:

„Abweichungen können vor der jeweiligen Wahl einstimmig beschlossen werden.“

c) Die bisherigen Sätze 2 bis 5 werden Sätze 3 bis 6

8. § 10 wird wie folgt geändert:

a) In Absatz 2, Satz 2 werden folgende Worte angefügt:

„, der an den Vorstandssitzungen teilnehmen soll“

b) In Absatz 3 wird die Formulierung „und die für den Hauptausschuss geltenden Vorschriften der Kommunalverfassung“ gestrichen.

c) In Absatz 4 wird Satz 1 durch folgende Sätze 1 bis 3 ersetzt:

„Der Vorstand entscheidet grundsätzlich in nicht-öffentlicher Sitzung über alle Angelegenheiten, die ihm durch diese Satzung zugewiesen sind.“

Dazu gehören:

- a) Vorschlag zur Bestellung eines Wirtschaftsprüfers,
- b) Stundung von Zahlungsverbindlichkeiten für Einzelerforderung über DM 8.000,00 bis DM 20.000,00, wenn nicht länger als 2 Jahre gestundet wird,
- c) Niederschlagung von Forderungen über DM 5.000,00 bis DM 20.000,00,
- d) Erlass von Forderungen über DM 1.000,00 bis DM 5.000,00,
- e) Vergabe von Aufträgen nach VOB und VOL sowie für Ingenieurleistungen von mehr als DM 10.000,00 brutto. Außerdem entscheidet der Vorstand über alle Angelegenheiten, die wegen ihrer Bedeutung nicht eines Beschlusses der Versammlung bedürfen sowie in allen Angelegenheiten der Versammlung, die in Eilfällen keinen Aufschub dulden. Die bisherigen Sätze 2 und 3 werden Sätze 4 und 5.

9. § 11 wird wie folgt geändert:

a) In Absatz 1 wird Satz 4 gestrichen.

b) Absatz 2 wird aufgehoben.

c) Die bisherigen Absätze 3 und 4 werden Absätze 2 und 3.

d) Der bisherige Absatz 5 wird Absatz 4 und wird wie folgt geändert:

aa) In Satz 1 wird das Wort „gesetzwidrig“ durch das Wort „rechtswidrig“ ersetzt.

bb) In Satz 2 wird das Wort „binnen“ durch das Wort „innerhalb“ ersetzt und die Formulierung „, gerechnet ab dem Hinweis des Vorstehers, ab, so hat dieser“ durch die Formulierung „nach der Sitzung in der der beanstandete Beschluss gefasst worden ist, so hat der Vorstand“ ersetzt.

e) Der bisherige Absatz 6 wird Absatz 5.

10. § 13 wird wie folgt geändert:

a) In Absatz 1 wird Satz 1 wie folgt gefasst:

„Der Vorsteher ist hauptamtlich tätig.“

b) In Absatz 3 Satz 1 wird das Wort „Beamten,“ und in Satz 2 die Worte „Vorschriften des Beamtenrechts sowie die“ gestrichen.

11. § 15 wird wie folgt geändert:

a) Absatz 2 wird wie folgt geändert:

aa) Die Formulierung „, die der Schlüsselzuweisung gemäß dem Gemeindefinanzierungsgesetz des jeweiligen Jahres zugrundegelegt werden,“ wird gestrichen,

bb) Es wird folgender neuer Satz 2 angefügt:

„§ 3 (1) Satz 3 gilt entsprechend für das Jahr, für welches die Umlage erhoben wird.“ D30

12. § 16 wird wie folgt geändert:

a) In Absatz 1 wird die Formulierung

„im Amtsblatt des Landkreises Ostprignitz-Ruppin“ durch

die Formulierung „im Amtsblatt für den Landkreis Ostprignitz-Ruppin“ ersetzt.

b) In Absatz 2 wird die Formulierung

„ortsüblich in den Tageszeitungen des Verbandsgebietes bekannt gemacht“ durch die Formulierung „in der Märkischen Allgemeinen Zeitung, Ausgabe Kyritz, (Kyritzer Tageblatt) bekannt gemacht.“ ersetzt.

Artikel 2

Diese Änderungssatzung tritt am Tag nach ihrer öffentlichen Bekanntmachung in Kraft.

Die vorstehende Änderungssatzung des Wasser- und Abwasserverbandes „Dosse“ wird hiermit nach Erteilung der Genehmigung durch die Kommunalaufsicht des Landkreises Ostprignitz-Ruppin vom 04.01.2001, Az.: ohne, ausgefertigt.

Neustadt (Dosse), den 15.01.2001

gez. H. Gast
Vorsitzender der
Verbandsversammlung

Siegel

gez. Stoltz
Verbandsvorsteher

2.24

**Änderungssatzung
nach dem StabG
zum 01.07.2001**

Gemäß den §§ 4 Abs. 3, 14 Abs. 1 Nr. 2 StabG ergeht zum 01.07.2001 folgende Änderungssatzung zur Verbandsatzung:

In der Anlage 1 zur Verbandsatzung werden die Gemeinden Barsikow, Bückwitz, Dessow und Nackel gestrichen.

2.25

**Zwölfte Änderungssatzung
vom 06.06.2001**

Die zwölfte Änderungssatzung vom 06.06.2001 ist am 01.07.2001 mit folgendem Wortlaut in Kraft getreten:

**12. Änderungssatzung
zur Verbandsatzung
des Wasser- und Abwasserverbandes
„Dosse“**

Die Verbandsversammlung hat die folgenden Änderungen beschlossen:

Artikel 1

Die Verbandsatzung des Wasser- und Abwasserverbandes „Dosse“ vom 24. Juli 1991 (veröffentlicht im Amtsblatt des Landratsamtes Kyritz vom 19. Februar 1993), zuletzt geändert durch die 11. Änderungssatzung vom 15.01.2001 (veröffentlicht im Amtsblatt für den Landkreis Ostprignitz-Ruppin am 14. Februar 2001), wird wie folgt geändert:

Die Anlage 1 wird geändert und wie folgt neu gefasst:

Anlage 1 zur Verbandsatzung des Wasser- und Abwasserverbandes „Dosse“

Mitgliedsstädte und -gemeinden:

Ort	Stimmzahl
Bork-Lellichow	1
Breddin	1
Dreetz	1
Drewen	1
Döllen	1
Holzhausen	1
Kyritz	7
Neustadt (Dosse)	3
Plänitz-Leddin	1
Rehfeld-Berlitt	1
Roddahn	1
Schönermark	1
Sieversdorf-Hohenofen	1
Stüdenitz (nur Aufgabenbereich Abwasser)	1
Teetz/Ganz	1
Wusterhausen/Dosse	5
Zernitz-Lohm	1

Gesamtstimmzahl

29

Artikel 2

Diese Änderungssatzung tritt am 01. Juli 2001, dem Tag des Wirksamwerdens der Eingliederung der Gemeinden Barsikow, Bückwitz, Dessow und Nackel in die Gemeinde Wusterhausen/Dosse in Kraft.

Neustadt (Dosse), den 11.07. 2001

gez. H. Gast
Vorsitzender
der Verbandsversammlung

gez. Stoltz
Verbandsvorsteher

Siegel

2.26

**Änderungssatzung
nach dem StabG
zum 31.12.2001**

Gemäß den §§ 4 Abs. 3, 14 Abs. 1 Nr. 2 StabG ergeht zum 31.12.2001 folgende Änderungssatzung zur Verbandssatzung:

In der Anlage 1 zur Verbandssatzung werden die Gemeinden Plänitz-Leddin, Roddahn, Schönermark und Stüdenitz (nur Aufgabenbereich Abwasser) gestrichen.

Die Anlage 1 zur Verbandssatzung wird um die Gemeinde Stüdenitz-Schönermark (Ortsteil Stüdenitz nur Aufgabenbereich Abwasser) ergänzt.

2.27

**Dreizehnte Änderungssatzung
vom 06.03.2002**

**13. Änderungssatzung
zur Verbandssatzung
des Wasser- und Abwasserverbandes
„Dosse“**

Die Verbandsversammlung des Wasser- und Abwasserverbandes „Dosse“ hat die Verbandssatzung vom 24. Juli 1991 (veröffentlicht im Amtsblatt des Landratsamtes Kyritz vom 19. Februar 1993), zuletzt geändert durch die 12. Änderungssatzung vom 11.07.2001 (veröffentlicht im Amtsblatt für den Landkreis Ostprignitz-Ruppin am 01.08.2001), wie folgt geändert:

I.

1. In § 1 Absatz 7 wird folgender 2. Satz angefügt:
Für einen Übergangszeitraum vom 02.12.1998 bis zum 31.12.2002 räumt der Verband der Gemeinde Teetz-Ganz das Recht ein, Beiträge für die bis zum Beitritt zum Verband am 02.12.1998 errichteten Wasserversorgungsanlagen in der Gemeinde zu erheben und Satzungen dazu zu erlassen.
2. In § 10 Absatz 4 Buchstabe b wird die Angabe „DM 8.000,00 bis DM 20.000,00“ durch die Angabe „Euro 4.000 bis Euro 10.000“ ersetzt.
3. In § 10 Absatz 4 Buchstabe c wird die Angabe „DM 5.000,00 bis DM 20.000,00“ durch die Angabe „Euro 2.500 bis Euro 10.000“ ersetzt.
4. In § 10 Absatz 4 Buchstabe d wird die Angabe „DM 1.000,00 bis DM 5.000,00“ durch die Angabe „Euro 500 bis Euro 2.500“ ersetzt.
5. In § 10 Absatz 4 Buchstabe e wird die Angabe „DM 10.000,00 brutto“ durch die Angabe „Euro 10.000 brutto“ ersetzt.
6. Die Anlage 1 wird geändert und wie folgt neu gefasst:
Anlage 1 zur Verbandssatzung des Wasser- und Abwasserverbandes „Dosse“

Ort	Stimmzahl
Bork-Lellichow	1
Breddin	1
Dreetz	1
Drewen	1
Döllen	1
Holzhausen	1
Kyritz	7
Neustadt (Dosse)	3
Rehfeld-Berlitt	1

Ort	Stimmzahl
Sieversdorf-Hohenofen	1
Stüdenitz-Schönermark (Ortsteil Stüdenitz nur Aufgabenbereich Abwasser)	1
Teetz-Ganz	1
Wusterhausen / Dosse	5
Zernitz-Lohm	1

26

II.

Die Punkte 1 bis 5 dieser Änderungssatzung treten nach der öffentlichen Bekanntmachung in Kraft. Der Punkt 6 dieser Änderungssatzung tritt rückwirkend zum 31.12.2001 in Kraft.

Neustadt (Dosse), den 26.03.2002

gez. H. Gast
Vorsitzender der
Verbandsversammlung

Siegel

gez. Stoltz
Verbandsvorsteher

2.28

**Änderungssatzung
nach dem StabG
zum 30.06.2002**

Gemäß den §§ 4 Abs. 3, 14 Abs. 1 Nr. 2 StabG ergeht zum 30.06.2002 folgende Änderungssatzung zur Verbandssatzung:

In der Anlage 1 zur Verbandssatzung wird die Gemeinde Döllen gestrichen.

Die Anlage 1 zur Verbandssatzung wird um die Gemeinde Gumtow (für den Ortsteil Döllen) ergänzt.

2.29

**Aktuelle Fassung
der Verbandssatzung**

Die aktuelle Fassung der Verbandssatzung des WAV „Dosse“ lautet:

**Verbandssatzung
des
Wasser- und Abwasserverbandes „Dosse“**

§ 1

Rechtsnatur, Name, Sitz, Aufgabe

- (1) Die in der Anlage 1 bezeichneten Städte und Gemeinden bilden nach den §§ 1 und 4 ff. des Gesetzes über kommunale Gemeinschaftsarbeit im Land Brandenburg (GKG) vom 19.12.1991 (GVBl. BB 91, S. 685) einen Zweckverband.

- (2) Der Name des Zweckverbandes lautet:
Wasser- und Abwasserverband „Dosse“
- (3) Der Zweckverband verwaltet als Körperschaft des öffentlichen Rechts seine Angelegenheiten im Rahmen der Gesetze unter eigener Verantwortung. Er dient dem öffentlichen Wohl und arbeitet ohne Gewinnerzielungsabsicht. Er finanziert sich durch Umlagen, soweit er keine Abgaben für seine Leistungen erhebt.
- (4) Der Zweckverband hat seinen Sitz in Neustadt (Dosse).
- (5) Das Verbandsgebiet ist das Gebiet der Mitgliedsgemeinden des Zweckverbandes.
- (6) Der Zweckverband hat im Gebiet seiner Mitglieder die Aufgabe, die Versorgung der Grundstücke mit Wasser in Trinkwasserqualität sicherzustellen und die Abwasserentsorgung (ohne Niederschlagswasserbeseitigung) durchzuführen. Darüber hinaus stellt er die Hausanschlüsse und Revisionssehächte für die Abwasserentsorgung her. Er hat die Übernahme des seinen Mitgliedern nach dem Einigungsvertrag, dem Kommunalvermögensgesetz und anderen gesetzlichen Vorschriften zu übertragenden Kommunalvermögens der PWA-GmbH (Potsdam) anzustreben. Die Mitglieder werden die erforderlichen Beschlüsse fassen. Zu diesem Zweck plant, betreibt und errichtet er die dazu notwendigen Anlagen, insbesondere Wasserwerke, Verteilungsnetze, Druckerhöhungsstationen, Kläranlagen, Entsorgungsnetze, Pumpwerke und ähnliche Anlagen. Der Zweckverband stellt Haus- und Grund-

stücksanschlüsse für die Trinkwasserver- und Abwasserentsorgung her, erneuert, verändert, beseitigt und unterhält diese. Bei der Aufgabenerfüllung sind die gesetzlichen und behördlichen Anforderungen zu erfüllen. Zur Aufgabenerfüllung kann sich der Verband Dritter bedienen und mit Dritten Verträge schließen.

- (7) Der Zweckverband erlässt die zur Durchführung seiner Aufgaben erforderlichen Satzungen und Entgeltregelungen, insbesondere die Satzungen über den Anschluss und die Benutzung seiner öffentlichen Einrichtungen. Für einen Übergangszeitraum vom 02.12.1998 bis zum 31.12.2002 räumt der Verband der Gemeinde Teetz-Ganz das Recht ein, Beiträge für die bis zum Beitritt zum Verband am 02.12.1998 errichteten Wasserversorgungsanlagen in der Gemeinde zu erheben und Satzungen dazu zu erlassen.
- (8) Der Verband führt ein Dienstsiegel, das aus dem Wappen des ehemaligen Landkreises Kyritz und dem Namen des Verbandes in Umschrift besteht. Es hat einen Durchmesser von 3,5 cm.

§ 2 Organe

- Organe des Zweckverbandes sind
- a) die Verbandsversammlung
 - b) der Vorstand
 - c) der Vorstandsvorsteher.

§ 3 Verbandsversammlung

- (1) Die Verbandsversammlung besteht aus je 1 Vertreter je angefangene 1500 Einwohner der kommunalen Aufgabenträger, die im Verhinderungsfall von ihren Stellvertretern vertreten werden. Mehrere Vertreter eines Mitgliedes dürfen ihre Stimmen nur einheitlich abgeben. Die maßgebliche Einwohnerzahl zur Ermittlung der Stimmzahl für jedes Verbandsmitglied richtet sich nach den Angaben des Landesbetriebes für Datenverarbeitung und Statistik Brandenburg zum jeweiligen 30. Juni des Vorjahres.
- (2) Die Vertreter und ihre Stellvertreter werden unter Beachtung der Bestimmungen des § 15 (4) und (5) des Gesetzes über Kommunale Gemeinschaftsarbeit im Land Brandenburg von den Gemeindevertretungen oder Stadtverordnetenversammlungen bestimmt.
- (3) Sie bleiben bis zum Amtsantritt der neubestellten Vertreter in der neuen Wahlperiode im Amt. Sie verlieren ihr Amt, wenn ihre Mitgliedschaft in der Gemeindevertretung oder Stadtverordnetenversammlung oder die Entscheidung vorher enden. In diesem Fall bestellt das Verbandsmitglied für die Verbandsversammlung gemäß Absatz 2 einen anderen Vertreter oder anderen Stellvertreter für die restliche Dauer der Wahlperiode.
- (4) Die Verbandsversammlung wählt aus ihrer Mitte den Vorsitzenden und dessen Stellvertreter.

§ 4 Aufgaben der Verbandsversammlung

Die Verbandsversammlung überwacht die Angelegenheiten des Verbandes und ist insbesondere für folgende Angelegenheiten zuständig:

1. Die Entscheidung über die Errichtung und die wesentliche Erweiterung der den Verbandsaufgaben dienenden Einrichtungen,
2. die Beschlussfassung über den Erlass, die Änderung oder die Aufhebung von Satzungen und Verordnungen,
3. die Festsetzung allgemeiner privatrechtlicher Entgelte und öffentlich-rechtlicher Abgaben,
4. die Beschlussfassung über den Wirtschaftsplan,
5. die Beschlussfassung über den Finanzplan,
6. die Feststellung des Jahresabschlusses und die Entlastung,
7. die Wahl und Abwahl des Vorstandsvorstehers und seines Vertreters,
8. die Beschlussfassung über den Erlass, die Änderung und die Aufhebung der Geschäftsordnung des Verbandes und seiner Organe,
9. die Beschlussfassung über die Auflösung des Zweckverbandes und die Bestellung von Abwicklern,
10. die Beschlussfassung über die Auseinandersetzungsvereinbarung im Fall des Ausscheidens von Verbandsmitgliedern oder der Auflösung des Zweckverbandes sowie
11. die ihr gesetzlich ausdrücklich zugewiesenen Aufgaben.

§ 5

Einberufung der Verbandsversammlung

Die Verbandsversammlung tritt mindestens zweimal im Jahr, sonst so oft es die Geschäftslage erfordert, zusammen. Sie muss zusammentreten, wenn mindestens ein Fünftel der Mitglieder der Verbandsversammlung oder der Vorstandsvorsteher unter Angabe des Beratungsgegenstandes es verlangen. Die Verbandsversammlung wird von ihrem Vorsitzenden schriftlich unter Mitteilung von Zeit, Ort und Tagesordnung einberufen. Die Ladungsfrist beträgt zwei Wochen. Dabei werden Absendetag und Sitzungstag nicht berücksichtigt. In dringenden Fällen beträgt die Ladungsfrist drei Tage. Die Dringlichkeitsgründe sind in der Ladung anzugeben. Zeit, Ort und Tagesordnung des öffentlichen Teils der Verbandsversammlung werden mit einer Frist von zwei Wochen gemäß § 16 Abs. 2 bekannt gemacht.

§ 6

Beschlussfähigkeit, Öffentlichkeit

- (1) Die Verbandsversammlung ist beschlussfähig, wenn nach ordnungsgemäßer Ladung mehr als die Hälfte ihrer Mitglieder anwesend ist.
- (2) Ist eine Angelegenheit wegen Beschlussunfähigkeit der Verbandsversammlung zurückgestellt worden und wird die Verbandsversammlung zur Verhandlung über den gleichen Gegenstand innerhalb von vier Wochen zum zweitenmal einberufen, so ist sie ohne Rücksicht auf die Zahl der anwesenden Mitglieder beschlussfähig, wenn in der Ladung zur zweiten Sitzung ausdrücklich hierauf hingewiesen worden ist.
- (3) Die Sitzungen der Verbandsversammlung sind öffentlich. Die Öffentlichkeit ist ausgeschlossen, wenn überwiegende Belange des öffentlichen Wohls oder berechnete Interessen Einzelner den Ausschluss der Öffentlichkeit erfordern. Für Personal-, Vergabe- und Grundstücksangelegenheiten ist die Öffentlichkeit ausgeschlossen. Jedes Mitglied der Verbandsversammlung und der Vorstandsvorsteher kann im Einzelfall einen Antrag auf Ausschluss der Öffentlichkeit stellen. Der Antrag ist in einer nichtöffentlichen Sitzung zu beraten und zu entscheiden. Er ist angenommen, wenn ihm die Mehrheit der anwesenden Verbandsversammlungsmitglieder zustimmt.

§ 7

Beschlussfassung

- (1) Beschlüsse werden, soweit durch Gesetz oder diese Satzung nicht anderes bestimmt ist, mit der Mehrheit der auf Ja oder Nein lautenden Stimmen gefasst. Bei Stimmgleichheit gilt der Antrag als abgelehnt.
- (2) Eine Mehrheit von zwei Dritteln der Mitgliedsvertreter ist erforderlich für Beschlüsse zur Änderung der Verbandsaufgabe, zum Beitritt und zum Ausscheiden von Verbandsmitgliedern, zur Auflösung des Verbandes sowie zur Änderung des Maßstabes, nach dem die Verbandsmitglieder nach § 15 (1) zur Deckung des Finanzbedarfs beizutragen haben. Für die Änderung der Verbandsaufgabe ist zusätzlich eine einstimmige Beschlussfassung erforderlich.
- (3) Es wird offen abgestimmt. Auf Antrag mindestens eines Fünftels der Mitgliedsvertreter ist geheim abzustimmen.

§ 8

Wahlen

Gewählt wird geheim. Abweichungen können vor der jeweiligen Wahl einstimmig beschlossen werden. Bei Personenwahl ist gewählt, wer mehr als die Hälfte der gültigen Stimmen erhalten hat. Erreicht niemand mehr als die Hälfte der gültigen Stimmen, so findet zwischen den Personen mit den beiden höchsten Stimmzahlen eine Stichwahl statt. Gewählt ist, wer in der Stichwahl die meisten Stimmen auf sich vereinigt. Bei Stimmgleichheit entscheidet das Los, das der an Lebensjahren Älteste zieht.

§ 9

Beschlussprotokoll

Über die Verbandsversammlung ist eine Niederschrift anzufertigen, die vom Vorsitzenden der Verbandsversammlung und vom Vorstandsvorsteher zu unterschreiben ist. Die Niederschrift hat den wesentlichen Inhalt der Verhandlungen und insbesondere die Beschlüsse und die Abstimmungsergebnisse festzuhalten sowie Nachweis über die Anwesenheit der Teilnehmer zu führen.

§ 10

Verbandsvorstand

- (1) Die Versammlung bildet einen Vorstand, der aus dem Vorsitzenden und vier von der Versammlung gewählten Mitgliedern besteht.
- (2) Den Vorsitz im Vorstand führt der Vorsitzende, der auch zu den Sitzungen des Vorstandes einlädt. Sofern der Vorsitzende verhindert ist, vertritt ihn sein Stellvertreter, der an den Vorstandssitzungen teilnehmen soll.
- (3) Auf den Vorstand finden die §§ 5, 6 Abs. 1, § 7, Abs. 1, die §§ 8 und 9 dieser Satzung entsprechend Anwendung.
- (4) Der Vorstand entscheidet grundsätzlich in nichtöffentlicher Sitzung über alle Angelegenheiten, die ihm durch diese Satzung zugewiesen sind.

Dazu gehören:

- a) Vorschlag zur Bestellung eines Wirtschaftsprüfers,
- b) Stundung von Zahlungsverbindlichkeiten für Einforderung über Euro 4.000 bis Euro 10.000, wenn nicht länger als 2 Jahre gestundet wird,
- c) Niederschlagung von Forderungen über Euro 2.500 bis Euro 10.000,
- d) Erlass von Forderungen über Euro 500 bis Euro 2.500,
- e) Vergabe von Aufträgen nach VOB und VOL sowie für Ingenieurleistungen von mehr als Euro 10.000 brutto. Außerdem entscheidet der Vorstand über alle Angelegenheiten, die wegen ihrer Bedeutung nicht eines Beschlusses der Versammlung bedürfen sowie in allen Angelegenheiten der Versammlung, die in Eilfällen keinen Aufschub dulden. § 68 der Gemeindeordnung gilt entsprechend. Ebenso beschließt er in Eilfällen über Angelegenheiten, die der Vorsitzende zu erfüllen hat, sofern diese außerhalb des Wirtschaftsplanes liegen.
- (5) Die Vorstandsmitglieder haben bei der Erfüllung ihrer Aufgaben die erforderliche Sorgfalt anzuwenden. Sie sind dem Verband insbesondere dafür verantwortlich, dass die Bestimmungen der Satzung eingehalten und die Beschlüsse der Versammlung ausgeführt werden. Ein Vorstandsmitglied, das seine Pflichten vorsätzlich oder grob fahrlässig verletzt, ist dem Verband zum Ersatz des daraus entstehenden Schadens verpflichtet. Der Schadensanspruch verjährt in drei Jahren von dem Zeitpunkt an, in welchem der Verband von dem Schaden und der Person des Ersatzpflichtigen Kenntnis erlangt.

§ 11

Wahl, Stellung und Aufgaben des Vorsitzenden

- (1) Die Versammlung wählt einen hauptamtlich tätigen Vorsitzenden. Die Stelle ist auszuscheiden; bei Wiederwahl kann hiervon abgesehen werden. Für dieses Amt ist die erforderliche Eignung, Befähigung und Sachkunde notwendig.
- (2) Der Vorsitzende führt die laufenden Geschäfte sowie nach Maßgabe der Satzung, der Verbandssatzung und der Beschlüsse der Versammlung die übrige Verwaltung des Zweckverbandes, bereitet die Beschlüsse der Versammlung vor und vertritt den Zweckverband gerichtlich und außergerichtlich. Er ist Dienstvorgesetzter der Bediensteten des Zweckverbandes. Die Versammlung ist Dienstvorgesetzter des Vorsitzenden. Der Vorsitzende ist zuständig für die Einstellung, Ein- und Höhergruppierung und Entlassung der Angestellten und Arbeiter, er hat sich mit dem Vorstand abzustimmen.
- (3) Erklärungen, durch die der Zweckverband verpflichtet werden soll, bedürfen der Schriftform. Sie sind von dem Vorsitzenden und seinem Stellvertreter oder einem von der Versammlung zu bestimmenden Angestellten oder Mitglied zu unterzeichnen. Erklärungen, die nicht den gesetzlichen Formvorschriften entsprechen, binden den Zweckverband nicht. Bei einfachen Geschäften der laufenden Verwaltung genügt die Unterschrift des Vorsitzenden oder seines Vertreters.
- (4) Hält der Vorsitzende Beschlüsse der Versammlung für rechtswidrig, so hat er die Versammlung unverzüglich darauf hinzuweisen. Ändert die Versammlung den beanstandeten Beschluss nicht innerhalb 4 Wochen, nach der Sitzung in der der beanstandete Be-

schluss gefasst worden ist, so hat der Vorsitzende die Aufsichtsbehörde zu informieren. Entsprechendes gilt für Beschlüsse des Vorstandes.

- (5) In Angelegenheiten, die den Vorsitzenden selbst betreffen, wird der Verband durch den Vorsitzenden der Versammlung vertreten.

§ 12

Verschwiegenheitspflicht

Die Mitglieder der Versammlung, die Mitglieder des Vorstandes, Geschäftsstellenleiter und leitende Dienstkräfte sowie deren Stellvertreter sind verpflichtet, über alle ihnen bei der Durchführung ihrer Aufgaben bekanntwerdenden Tatsachen und Rechtsverhältnisse Stillschweigen zu bewahren. Die Weitergabe von Informationen aufgrund der Rechenschaftspflicht der Mitglieder der Versammlung gegenüber den sie entsendenden Gemeindevertretungen darf nicht zu einer Schädigung des Verbandes oder zur wirtschaftlichen Bevorteilung von natürlichen und juristischen Personen führen.

§ 13

Ehrenamtliche und hauptamtliche Tätigkeit

- (1) Der Vorsitzende ist hauptamtlich tätig. Die Mitglieder der Versammlung und des übrigen Vorstandes sind ehrenamtlich tätig. Sie haben nur Anspruch auf Ersatz ihrer Auslagen und des Verdienstausfalls. Der Verdienstausfall wird nach den für Gemeinden geltenden Vorschriften berechnet.
- (2) Neben Arbeitern kann der Zweckverband im Rahmen des geltenden Rechts Beamte und Angestellte hauptamtlich einstellen.
- (3) Im Falle der Auflösung des Verbandes sind alle Angestellten und Arbeiter unter den Mitgliedern des Verbandes unter Wahrung des Besitzstandes einschließlich der Versorgungsansprüche entsprechend der Regelung des § 17 Abs. 2 zu verteilen. Die tarifrechtlichen Bestimmungen des BAT-O/BMTG sind verbindlich.

§ 14

Wirtschaftsführung

Für die Wirtschaftsführung sowie für das Kassen- und Rechnungswesen des Zweckverbandes gelten die Vorschriften über Eigenbetriebe entsprechend.

§ 15

Verbandsumlagen, Beiträge, Gebühren, privatrechtliche Entgelte

- (1) Der Zweckverband erhebt von seinen Mitgliedern eine Umlage, soweit seine sonstigen Einnahmen zur Deckung des Finanzbedarfs nicht ausreichen.
- (2) Die Umlagen werden nach den Einwohnerzahlen der Mitgliedsstädte und -gemeinden berechnet. § 3 (1) Satz 3 gilt entsprechend für das Jahr, für welches die Umlage erhoben wird.
- (3) Der Zweckverband erhebt Beiträge und Gebühren in entsprechender Anwendung der Vorschriften des Brandenburgischen Kommunalabgabengesetzes. Er kann privatrechtliche Entgelte vereinbaren und fordern. Die Versammlung beschließt darüber, ob zur Finanzierung Beiträge, Gebühren und der Ersatz von Hausanschlusskosten als öffentlich-rechtliche Abgaben oder privatrechtliche Entgelte erhoben werden.

§ 16

Bekanntmachungen

- (1) Satzungen des Zweckverbandes werden im Amtsblatt für den Landkreis Ostprignitz-Ruppin öffentlich bekannt gemacht.
- (2) Sonstige Mitteilungen und Beschlüsse werden in der Märkischen Allgemeinen Zeitung, Ausgabe Kyritz (Kyritzer Tagesblatt), bekannt gemacht. Die Vorstandsmitglieder haben in der für ihre Bekanntmachungen vorgeschriebenen Form auf die Veröffentlichung hinzuweisen.
- (3) Sind Pläne, Karten oder Zeichnungen Bestandteile einer Satzung, kann die öffentliche Bekanntmachung dieser Teile nach Abs. 1 dadurch ersetzt werden, dass sie im Verwaltungsgebäude des Verbandes für zwei Wochen ausgelegt werden. Die Ersatzbekanntmachung ist nur zulässig, wenn der Inhalt dieser Teile zugleich in der Satzung in groben Zügen umschrieben wird. Auf die Ersatzbekanntmachung ist unter Angabe des Ortes und der Dauer der Auslegung in der öffentlichen Bekanntmachung nach Abs. 1 hinzuweisen. Die Dauer der Auslegung beträgt zwei Wochen.

§ 17

Abwicklung bei Auflösung des Zweckverbandes

- (1) Im Falle der Auflösung des Zweckverbandes erfolgt die Verteilung des Vermögens und der Verbindlichkeiten auf die Verbandsmitglieder nach folgendem Schlüssel:
Gemeinsam genutzte Anlagen, wie z. B. Kläranlagen, Pumpwerke und Abwasserdruckrohrleitungen werden entsprechend der von ihnen versorgten Einwohner und Einwohnergleichwerte, das Ortsnetz, soweit es nur der örtlichen Versorgung dient, nach dem Belegenheitsprinzip verteilt. Verbindlichkeiten werden in dem Verhältnis der vorstehend verteilten Vermögenswerte zugeordnet. Für Anlagen der Wasserversorgung gilt der vorstehende Verteilungsschlüssel entsprechend.
- (2) Etwaige Versorgungslasten, die sich aus der Abwicklung der Dienstverhältnisse und der Versorgungsverhältnisse der Dienstkräfte des Verbandes hierbei ergeben, werden nach Maßgabe des Absatzes 1 auf die Verbandsmitglieder abgewälzt, soweit nicht eine abweichende Regelung nach § 13 Abs. 3 getroffen worden ist.

§ 18

Inkrafttreten

Diese Satzung tritt am Tage nach ihrer öffentlichen Bekanntmachung sowie der gleichzeitigen öffentlichen Bekanntmachung ihrer Genehmigung in Kraft.

Anlage 1 zur Verbandssatzung des Wasser- und Abwasserverbandes „Dosse“

Mitgliedsstädte und -gemeinden:

Ort	Stimmzahl
Bork-Lellichow	1
Breddin	1
Dreetz	1
Drewen	1
Gumtow (für den Ortsteil Döllen)	1
Holzhausen	1
Kyritz	7
Neustadt (Dosse)	3
Rehfeld-Berlitt	1
Sieversdorf-Hohenofen	1
Stüdenitz-Schönermark (Ortsteil Stüdenitz nur für Aufgabenbereich Abwasser)	1
Teetz/Ganz	1
Wusterhausen/Dosse	5
Zernitz-Lohm	1
Gesamtstimmzahl	26

Neuruppin, den 21. Januar 2003

Ch. Gilde

Der Landrat des Landkreises Ostprignitz-Ruppin

2.3. Öffentliche Bekanntmachung des Landkreises Ostprignitz-Ruppin

Bekanntmachung nach § 14 Abs. 1 des Gesetzes

zur rechtlichen Stabilisierung der Zweckverbände für Wasserversorgung und Abwasserbeseitigung (StabG)

Der Landrat des Landkreises Ostprignitz-Ruppin als untere Kommunalaufsichtsbehörde hat gemäß § 14 Abs. 1 und Abs. 4 des Gesetzes zur rechtlichen Stabilisierung der Zweckverbände für Wasserversorgung und Abwasserbeseitigung und zur Änderung des Gesetzes über kommunale Gemeinschaftsarbeit im Land Brandenburg vom 06. Juli 1998 (GVBl. I S. 162) folgende Feststellung getroffen:

1. Der Wasser- und Abwasserverband Wittstock (WAV Wittstock) ist nach den Vorschriften des Gesetzes zur rechtlichen Stabilisierung der Zweckverbände für

Wasserversorgung und Abwasserbeseitigung (StabG) am 07.12.1991 entstanden.

2. Die Gründungssatzung, die Änderungssatzungen sowie die zurzeit geltende Verbandssatzung in der nach dem Gesetz zur rechtlichen Stabilisierung der Zweckverbände für Wasserversorgung und Abwasserbeseitigung (StabG) geltenden Fassung lauten:

- 2.1 Gründungssatzung des Wasser- und Abwasserverbandes Wittstock (Hinweis: Fettdruck im Text = Änderung aufgrund des StabG)

Verbandssatzung des Wasser- und Abwasserzweckverbandes Wittstock

Auf Grund der § 6 und § 61 des Gesetzes über die Selbstverwaltung der Gemeinden (Kommunalverfassung) haben die Gemeindevertretungen der Gemeinden

Babitz	Berlinchen
Biesen	Blandikow
entfällt	Christdorf
Dossow	Dranse
Fretzdorf	Gadow
Goldbeck	entfällt
Heiligengrabe	Herzsprung
entfällt	Königsberg
Liebenthal	entfällt
entfällt	Papenbruch
Rossow	Schweinrich
Sewekow	entfällt
Wulfersdorf	Zaatzke
Zempow	Zootzen

und die Stadtverordnetenversammlung der Städte **entfällt** Wittstock

beschlossen, gemäß dieser Verbandssatzung einen Zweckverband für die Wasserversorgung und für die Abwasserentsorgung auf ihren Gebieten zu bilden.

Der Zweckverband ist eine selbständige Körperschaft des öffentlichen Rechts, durch die eine ausreichende, kostengünstige Aufgabenwahrnehmung zu Gunsten aller Bürger und soweit möglich der Wirtschaftsunternehmen im gesamten Verbandsgebiet gesichert werden soll.

§ 1

Verbandsmitglieder

Verbandsmitglieder sind die Gemeinden:

Babitz, Berlinchen, Biesen, Blandikow, **entfällt**, Christdorf, Dossow, Dranse, Fretzdorf, Gadow, Goldbeck, **entfällt**, Heiligengrabe, Herzsprung, **entfällt**, Königsberg, Liebenthal, **entfällt**, **entfällt**, Papenbruch, Rossow, Schweinrich, Sewekow, **entfällt**, Wulfersdorf, Zaatzke, Zempow, Zootzen und die Städte **entfällt** Wittstock.

§ 2

Pflichten der Verbandsmitglieder

Die Mitglieder haben den Verband bei der Erfüllung seiner Aufgaben zu unterstützen, sie haben insbesondere ihre Grundstücke zum Ausbau und zur Benutzung von Wasserversorgungs- und Abwasserentsorgungsanlagen zur Verfügung zu stellen, sofern die Zweckbestimmung der Grundstücke nicht wesentlich beeinträchtigt wird. Die Nutzung wird in einem besonderen Konzessionsvertrag geregelt.

§ 3

Name und Sitz

1. Der Zweckverband führt den Namen Wasser- und Abwasserverband Wittstock.
2. Er hat seinen Sitz in Wittstock.
3. Der Zweckverband führt ein Dienstsiegel.

§ 4

Aufgaben

1. Der Zweckverband hat die Aufgaben
 - a) die Einwohner der Mitgliedsgemeinden mit dem notwendigen Trink- und Brauchwasser zu versorgen,
 - b) Wasser für öffentliche und soweit die verfügbaren Wasservorräte ausreichen, für gewerbliche und sonstige Zwecke abzugeben,

- c) das in den Mitgliedsgemeinden anfallende häusliche und gewerbliche Abwasser abzuleiten und zu reinigen,
 - d) Abwasser aus Industriebetrieben, die nicht einer Sonderbehandlung unterzogen werden müssen, soweit die Kanal- und Kläranlagen-Kapazität in Menge und Verfahrensweise ausreichen, zu übernehmen und zu reinigen,
 - e) Wasserversorgungs- und Abwasserentsorgungsanlagen zu planen, zu errichten, zu betreiben und zu erneuern.
- Zu den Aufgaben des Verbandes gehört außerdem die Herstellung, Erneuerung, Veränderung, Beseitigung und Unterhaltung von Haus- und Grundstücksanschlüssen der Wasserver- und Abwasserentsorgung.**

- 2. Der Zweckverband ist zur Wasserver- und Abwasserentsorgung aller Grundstücke verpflichtet, die innerhalb (§ 34 BauGB) zusammenhängend bebauter Ortsteile sowie innerhalb des Geltungsbereiches von Bebauungsplänen liegen.
- 3. Der Zweckverband betreibt einen Eigenbetrieb gemäß §§ 57 und 58 Kommunalverfassung und nach den einschlägigen Vorschriften, insbesondere der Betriebsatzung.
- 4. Der Zweckverband kann andere Versorgungsunternehmen für Trink- und Brauchwasser beliefern, Abwasser von anderen Versorgungsunternehmen übernehmen und Abwasser an andere Versorgungsunternehmen abgeben, sich an Ver- und Entsorgungsunternehmen beteiligen, die Betriebsführung von Ver- und Entsorgungseinrichtungen Dritter übernehmen.

§ 5

Verbandsorgane

Organe des Zweckverbandes sind:

- 1. Die Verbandsversammlung
- 2. Der Verbandsvorsteher

§ 6

Verbandsversammlung

- 1. Die Verbandsversammlung besteht aus Vertretern der in § 1 aufgeführten Mitglieder, jedes Mitglied bestellt und entsendet einen Vertreter. Die Stimmenanteile der Mitglieder sind in § 8 -Stimmenverhältnis- angegeben. Für jeden Vertreter ist für den Fall der Verhinderung ein Stellvertreter zu bestellen.
- 2. Die Amtszeit der Vertreter und Stellvertreter deckt sich mit der Amtszeit der Vertretungskörperschaft der Mitglieder. Vertreter und Stellvertreter üben ihr Amt nach Ablauf der Zeit, für die sie bestellt sind, bis zum Zusammentritt der neu bestellten Vertreter aus.

§ 7

Aufgaben der Verbandsversammlung

Der Verbandsversammlung obliegt es, über die Grundsätze und Richtlinien zur Verwaltung des Zweckverbandes und des Eigenbetriebes zu beschließen, soweit in Gesetzen und in dieser Satzung keine anderweitige Zuständigkeit begründet ist. Sie erfüllt die Aufgaben der Gemeindevertretung und der Stadtverordnetenversammlungen. Hiernach hat die Verbandsversammlung insbesondere zu beschließen über:

- 1. Änderungen und Ergänzungen der Verbandssatzung,
- 2. Wahl des Vorsitzenden der Verbandsversammlung und seines Stellvertreters,
- 3. Wahl des Verbandsvorstehers und seines Stellvertreters,
- 4. Deckung des Finanzbedarfes,
- 5. Erlaß von Betriebs-, Benutzungs-, Beitrags- und Gebührensatzungen,
- 6. Feststellung und Änderung des Wirtschaftsplanes einschließlich Finanz- und Stellenplan,
- 7. Feststellung des Jahresabschlusses und die Verwendung des Jahresgewinnes oder die Deckung eines Verlustes und Entlastung des Verbandsvorstehers,
- 8. Übernahme von Bürgschaften, Erhöhung und Veräußerung von Beteiligungen,
- 9. Übernahme von Betriebsführungen von Wasserver- und Entsorgungsanlagen,
- 10. Übernahme von Wasserver- und Entsorgungsanlagen Dritter,
- 11. Aufnahme neuer Mitglieder,
- 12. Austritt von Mitgliedern,
- 13. Auflösung des Verbandes und Aufteilung des Verbandsvermögens,
- 14. Einstellung und Entlassung des Werkleiters,
- 15. Ankauf und Verkauf von Grundstücken, soweit diese im Wirtschaftsplan nicht erfaßt sind.

§ 8

Stimmenverhältnisse

Die Stimmenanteile der Mitglieder richten sich nach den Einwohnerzahlen. Auf 500 Einwohner entfällt eine Stimme. Für den verbleibenden Rest größer Null und kleiner 500 wird eine zusätzliche Stimme vergeben. Die Gemeinden unter 500 Einwohner erhalten eine Stimme. Maßgebend sind die vom Landesbetrieb für Datenverarbeitung und Statistik veröffentlichten Einwohnerzahlen am Jahresende vor der Kommunalwahl. Die berechnete Stimmenverhältnis gilt für die gesamte Wahlperiode. Der Stimmenschlüssel bis zur nächsten Wahlperiode ist als Anlage dieser Satzung beigefügt.

Jedes Mitglied hat einen Anspruch auf eine Änderung des Stimmenschlüssels, wenn sich die eigene Einwohnerzahl nach den veröffentlichten Angaben des Landesbetriebes für Datenverarbeitung und Statistik und damit die Stimmenzahl verändert sowie auch dann, wenn sich die Einwohnerzahl der anderen Mitglieder verändert. Damit korrespondiert die Verpflichtung, die Stimmenzahl bei sinkender Einwohnerzahl anzupassen, worauf die übrigen Mitglieder jeweils einen Anspruch haben.

§ 9

Sitzungen der Verbandsversammlung

- 1. Die Einberufung der Verbandsversammlung erfolgt durch den Vorsitzenden der Verbandsversammlung im Einvernehmen mit dem Verbandsvorsteher in schriftlicher Form.
- 2. Die Verbandsversammlung tritt nach Bedarf, mindestens jedoch zweimal im Wirtschaftsjahr zusammen, und zwar für die Verabschiedung des Wirtschaftsplanes, für die Feststellung des Jahresabschlusses sowie für die Entlastung des Verbandsvorstehers. Sie ist auf Antrag der Stimmenmehrheit der Mitgliedsgemeinden unverzüglich einzuberufen.
- 3. Die Mitglieder sind mindestens eine Woche vor der Sitzung schriftlich unter Beifügung der Tagesordnung zu laden. In dringenden Fällen kann die Einladungsfrist bis auf drei Tage gekürzt werden.
- 4. Die Sitzung leitet der Vorsitzende der Verbandsversammlung. Sind er und sein Stellvertreter verhindert, führt das anwesende lebensälteste Mitglied der Verbandsversammlung den Vorsitz.
- 5. Die Verbandsversammlung ist beschlußfähig, wenn die anwesenden Vertreter der Mitglieder mehr als die Hälfte der Stimmenzahl vertreten. Wird die Verbandsversammlung wegen Beschlußunfähigkeit zum zweiten Mal zur Verhandlung über denselben Gegenstand einberufen, so ist sie ohne Rücksicht auf die Zahl der Erschienenen beschlußfähig. Bei der zweiten Ladung muß darauf hingewiesen werden.
- 6. Beschlüsse werden nach Stimmenmehrheit gefaßt. Die Stimmenanteile richten sich nach dem in § 8 angegebenen Schlüssel.
- 7. Beschlüsse gemäß § 7 Ziff. 1, 5 und 11, 12 und 14 bedürfen einer Mehrheit von zwei Dritteln der satzungsmäßigen Stimmen.
- 8. Über die Beschlüsse der Verbandsversammlung ist eine Niederschrift anzufertigen. Sie ist vom Vorsitzenden der Verbandsversammlung, vom Verbandsvorsteher und einem Mitglied zu unterzeichnen.
- 9. An der Sitzung der Verbandsversammlung nehmen der Verbandsvorsteher und die Werkleitung beratend teil.

§ 10

Vorsitzender der Verbandsversammlung

Die Verbandsversammlung wählt aus ihrer Mitte den Vorsitzenden. Dieser führt den Vorsitz in den Sitzungen der Verbandsversammlung. In gleicher Weise wählt die Verbandsversammlung aus ihrer Mitte einen Stellvertreter. Auf die Wahl des Vorsitzenden und des Stellvertreters finden die Vorschriften der Kommunalverfassung über die Wahl des Bürgermeisters sinngemäß Anwendung.

Die Amtszeit des Vorsitzenden und seines Stellvertreters endet mit der Amtszeit der Verbandsversammlung.

§ 11

Verbandsvorsteher, Aufgaben und Befugnisse

- 1. Die Verbandsversammlung wählt aus dem Kreis der Bürgermeister der Mitgliedsgemeinden den Verbandsvorsteher für die Dauer der Wahlzeit der Räte der Mitgliedsgemeinden.
- 2. Der Verbandsvorsteher führt die laufenden Geschäfte sowie nach Maßgabe der Gesetze dieser Verbandssatzung und der

Beschlüsse der Verbandsversammlung die übrige Verwaltung des Zweckverbandes. Er vertritt den Zweckverband gerichtlich und außergerichtlich. Dienstvorgesetzter des Verbandsvorstehers ist die Verbandsversammlung.

3. Der Verbandsvorsteher ist Dienstvorgesetzter der Dienstkräfte des Zweckverbandes.
4. Der Verbandsvorsteher kann durch Dienstanweisung Aufgaben aus seinem Zuständigkeitsbereich der Werkleitung zur ständigen Erledigung übertragen.

§ 12

Dienstkräfte des Verbandes

Der Zweckverband kann Stellen der Werkleitung und Verwaltung mit hauptamtlichen Beamten und Angestellten besetzen und nach Bedarf Angestellte und Arbeiter einstellen.

§ 13

Satzungsrecht

Die Verbandsversammlung erläßt über den Betrieb und die Benutzung der öffentlichen Einrichtungen des Zweckverbandes eine Satzung.

§ 14

Erhebung von Gebühren und Beiträgen

Zur Deckung der Kosten erhebt der Zweckverband für den Anschluß und die Benutzung der Wasserversorgungs- und Abwasseranlagen Gebühren und Beiträge. Er erläßt zu diesem Zweck Satzungen.

§ 15

Finanzielle Garantie der Verbandsmitglieder

Ergibt der Jahresabschluß einen Verlust, so ist dieser aus dem Gewinn der nächsten drei Jahre abzudecken. Wird in dieser Zeit kein Gewinn erwirtschaftet, kann der Verlust aus dem Rücklagekapital abgedeckt werden. Kann der Verlust nicht aus dem Rücklagekapital abgedeckt werden, so haben ihn die Verbandsmitglieder zu tragen.

Soweit die Einnahmen des Zweckverbandes zur Deckung des Finanzbedarfs nicht ausreichen, wird von den Verbandsmitgliedern eine Umlage erhoben. Für die Berechnung der Umlage wird die Einwohnerzahl des einzelnen Verbandsmitglieds zur Zahl der Einwohner aller Verbandsmitglieder ins Verhältnis gesetzt. Maßgeblich ist die vom Landesbetrieb für Datenverarbeitung und Statistik veröffentlichte Einwohnerzahl zum 30. Juni des Vorjahres.

§ 16

Kapital

Das Kapital des Zweckverbandes wird nach Übernahme des PWA-Vermögens und Aufstellung der Eröffnungsbilanz, aufgliedert in die Anteile der Mitgliedsgemeinden, festgesetzt.

§ 17

Wirtschaftsführung

Die Vorschriften über die Wirtschaftsführung und das Rechnungswesen für Eigenbetriebe sind anzuwenden.

§ 18

Buchführung

Der Zweckverband führt seine Rechnung nach den Regeln der kaufmännischen doppelten Buchführung.

§ 19

Wirtschaftsjahr

Wirtschaftsjahr ist das Kalenderjahr.

§ 20

Auflösung des Zweckverbandes

1. Der Zweckverband kann nur mit einer Stimmenmehrheit von 75 % der satzungsmäßigen Stimmen aufgelöst werden.
2. Die Bediensteten des Zweckverbandes sind im Fall seiner Auflösung oder einer Änderung seiner Aufgaben, soweit die Beschäftigungsverhältnisse nicht aufgelöst werden, von den Verbandsmitgliedern anteilig zu übernehmen. Die Regelung, von welchen Verbandsmitgliedern die einzelnen Bediensteten zu übernehmen sind, erfolgt gleichzeitig mit dem Beschluss über die Auflösung oder Aufgabenänderung des Zweckverbandes. Bei der Regelung ist das Verhältnis der Zahl der Einwohner des einzelnen Verbands-

mitgliedes zur Zahl der Einwohner aller Verbandsmitglieder zu Grunde zulegen, soweit nicht die Verbandsmitglieder einvernehmlich etwas Anderes bestimmen. Maßgeblich ist die vom Landesbetrieb für Datenverarbeitung und Statistik veröffentlichte Einwohnerzahl zum 30. Juni des Vorjahres.

3. Eine Auflösung des Zweckverbandes kann nur erfolgen, wenn Einigkeit über die Verteilung der Anlagen besteht, die mehreren Versorgungsgebieten dienen, wie z. B. Brunnen, Behälter, Transportrohrleitungen, Verwaltungsgebäude, Geräte etc.. Die Aufteilung der Sachanlagen wie die Ortsnetze, die Hausanschlüsse und die sonstigen Sachanlagegegenstände, die ausschließlich der Ver- und Entsorgung in den betreffenden Gebieten dienen, erfolgt zu Buchwerten. Nach Auflösung muß eine Abwicklung stattfinden, Aktiva und Passiva, die nicht durch Realteilung einem Beteiligten zufallen, müssen verwertet werden. Die Forderungen sind einzuziehen und die Schulden zu begleichen. Ein danach verbleibender Überschuß wird nach dem Maßstab des § 16 verteilt. Ein Fehlbetrag ist analog § 16 aufzubringen.

§ 21

Bekanntmachungen

1. Öffentliche Bekanntmachungen erfolgen durch den Verbandsvorsteher.
2. Die öffentliche Bekanntmachung der Verbandssatzung erfolgt im Amtsblatt für den Kreis Wittstock / Dosse. Die übrigen öffentlichen Bekanntmachungen des Verbandes werden in der Zeitung „Märkische Allgemeine, Dosse-Kurier“, Lokalausgabe für Wittstock, öffentlich bekannt gemacht. Die Verbandsmitglieder haben in der für ihre Bekanntmachungen vorgeschriebenen Form auf die Veröffentlichungen hinzuweisen.
3. Sind Pläne, Karten oder Zeichnungen Bestandteile einer Satzung, kann die öffentliche Bekanntmachung dieser Teile nach Abs. 2 dadurch ersetzt werden, dass sie im Verwaltungsgebäude des Verbandes für zwei Wochen ausgelegt werden. Die Ersatzbekanntmachung ist nur zulässig, wenn der Inhalt dieser Teile zugleich in der Satzung in groben Zügen umschrieben wird. Auf die Ersatzbekanntmachung ist unter Angabe des Ortes und der Dauer der Auslegung in der öffentlichen Bekanntmachung nach Abs. 2 hinzuweisen.
4. Zeit, Ort und Tagesordnung der Sitzung der Verbandsversammlung werden mit einer Frist von mindestens einer Woche gemäß Abs. 2 Satz 2 bekanntgemacht.

§ 22

Der Zweckverband übernimmt gemäß § 4 dieser Satzung die Aufgaben der Betriebsstelle Wittstock und der Gemeindewerke zum 01. 01.1993.

Er übernimmt die Bediensteten. Unbillige Härten werden durch einen mit dem Personalrat abgestimmten Sozialplan ausgeglichen. Er übernimmt das Vermögen nebst allen Aktiva und Passiva unter Fortführung der Buchwerte zum 01.01. 1993.

§ 23

Der Zweckverband entsteht am Tage nach der öffentlichen Bekanntmachung der Verbandssatzung und der Genehmigung im Veröffentlichungsblatt des Landkreises Wittstock.

§ 24

Übergangsvorschriften

In der Zeit von der Entstehung des Verbandes bis zur Vermögensübertragung am 01.01.1993 werden die Anlagen von der PWA bzw. von der Gemeinde Wulfersdorf betrieben. Bis zur Übergabe gelten die Vertragsbestimmungen für die Wasserversorgung und Abwasserentsorgung, die Tarifordnung für Wasser und Abwasser der PWA sowie der Gemeinde Wulfersdorf. Bis zum 01.01.1993 sind vom Zweckverband Benutzungssatzungen und Beitrags- und Gebührensatzungen für die Wasserversorgung und Abwasserentsorgung aufzustellen.

**Anlage zur Verbandssatzung
des Wasser- und Abwasserverbandes Wittstock**

Stimmenschlüssel

Gemeinde	Einwohner 30.06.1990	Stimmenanteile
Babitz	136	1
Berlinchen	268	1
Biesen	452	1
Blandikow	315	1
entfällt	-	-
Christdorf	215	1
Dossow	468	1
Dranse	368	1
Fretzdorf	345	1
entfällt	-	-
Gadow	279	1
Goldbeck	142	1
entfällt	-	-
Heiligengrabe	1 030	3
Herzprung	327	1
entfällt	-	-
Königsberg	292	1
Liebenthal	224	1
entfällt	-	-
entfällt	-	-
Papenbruch	299	1
Rosow	199	1
Schweinrich	209	1
Sewekow	160	1
entfällt	-	-
Wittstock	14 179	29
Wulfersdorf	515	2
Zaatzke	602	2
Zempow	120	1
Zootzen	133	1
Gesamt	21277	55

**2.2 Erste Änderungssatzung
vom 04.03.1993**

Die erste Änderungssatzung vom 04.03.1993 ist mit folgendem Wortlaut am 15.05.1993 in Kraft getreten:

**Beschluß Nr. 1/93
der Verbandsversammlung
des Wasser- und Abwasserverbandes Wittstock**

**1. Änderungssatzung
der Verbandssatzung
des Wasser- und Abwasserverbandes Wittstock
vom 6.12.1991**

Auf Grund des Gesetzes über die Selbstverwaltung der Gemeinden und Landkreise in der DDR vom 17.05.1990 und des Artikelgesetzes über kommunalrechtliche Vorschriften im Land Brandenburg vom 19.12.91, Artikel II „Gesetz über kommunale Gemeinschaftsarbeit im Land Brandenburg“ haben die Mitglieder der Verbandsversammlung des Wasser- und Abwasserverbandes am 4.3.1993 folgende Satzung beschlossen:

Artikel I

Die Präambel und die §§ 5, 7, 11 und 15 werden wie folgt geändert, die §§ 11 a und 11 b werden neu aufgenommen:

Präambel

Grundlage der Verbandssatzung des Wasser- und Abwasserverbandes Wittstock sind das Gesetz über die Selbstverwaltung der Gemeinden und Landkreise in der DDR vom 17.5.1990 - Kommunalverfassung - und das Gesetz über kommunale Gemeinschaftsarbeit im Land Brandenburg vom 19.12.1991. Der Zweckverband ist eine selbständige Körperschaft des öffentlichen Rechts, durch die eine ausreichende kostengünstige Aufgabenwahrnehmung (Wasserversorgung und Abwasserentsorgung) zu Gunsten aller Bürger und soweit wie möglich der Wirtschaftsunternehmen im gesamten Verbandsgebiet gesichert werden soll.

**§ 5
Verbandsorgane**

Organe des Zweckverbandes sind:

1. Die Verbandsversammlung
2. Der Verbandsvorsteher
3. Der Verbandsvorstand

§ 7

Aufgaben der Verbandsversammlung

erhält in Ziffer 7 folgende Ergänzung:

7. Feststellung des Jahresabschlusses und die Verwendung des Jahresgewinnes oder die Deckung eines Verlustes und Entlastung des Verbandsvorstehers sowie des Verbandsvorstandes.

§ 11

Verbandsvorsteher, Aufgaben und Befugnisse

erhält in Ziffer 1 folgende Änderung bzw. Ergänzung:

1. Die Verbandsversammlung wählt den Verbandsvorsteher und seinen Stellvertreter für die Dauer der Wahlzeit der Räte der Mitgliedsgemeinden.

§ 11 a

Verbandsvorstand

1. Die Verbandsversammlung wählt aus ihrer Mitte einen Verbandsvorstand. Er besteht aus dem Verbandsvorsteher und vier Mitgliedern der Verbandsversammlung.
2. Den Vorsitz im Verbandsvorstand führt der Verbandsvorsteher.
3. Der Verbandsvorsteher lädt zu den Sitzungen des Verbandsvorstandes ein.
4. An den Beratungen des Vorstandes nimmt die Geschäftsführung teil.

§ 11 b

Aufgaben des Verbandsvorstandes

1. Der Verbandsvorstand bereitet die Beschlüsse der Verbandsversammlung vor, insbesondere den Wirtschaftsplan und den Jahresabschluß.
2. Der Verbandsvorstand nimmt Stellung zu den Weisungen des Verbandsvorstehers an die Geschäftsführung, für deren Ausführung die Geschäftsführung die Verantwortung nicht übernehmen zu können glaubt.
3. Der Verbandsvorstand entscheidet in folgenden Angelegenheiten:
 - a) Benennung eines Wirtschaftsprüfers,
 - b) Stundung von Zahlungsverbindlichkeiten, wenn die Einzelforderung 10.000,00 DM übersteigt,
 - c) Zustimmung zu erfolgsgefährdenden Mehraufwendungen, sofern sie 10 % der Planung im Wirtschaftsplan überschreiten,
 - d) Zustimmung zu Mehrausgaben, sofern sie 10 % der Planung überschreiten,
 - e) Abschluß von Wasserlieferungsverträgen über 50.000 cbm/Jahr,
 - f) Abschluß von Miet- und Pachtverträgen über einen Betrag von 10.000,00 DM pro Jahr hinaus,
 - g) Verfügung über Betriebsvermögen, soweit es sich nicht um Geschäfte der laufenden Betriebsführung handelt,
 - h) die Aufnahme von Darlehen im Rahmen des von der Verbandsversammlung beschlossenen Wirtschaftsplanes.
4. Der Verbandsvorstand entscheidet in Angelegenheiten der Verbandsversammlung gem. § 7 bei Dringlichkeit, mit Ausnahme § 7, Ziffer 1, 5, 11, 12, 13 und 14.

§ 15

Finanzielle Garantie der Verbandsmitglieder

erhält folgende Ergänzung:

Im Jahr 1993 finanziert sich der Verband durch eine Umlage an seine Mitglieder entsprechen den Einwohnerzahlen der Anlage zur Verbandssatzung vom 6.12.1991.

**Artikel II
Inkrafttreten**

Diese Satzung tritt am Tage nach ihrer öffentlichen Bekanntmachung in Kraft.

2.3

**Änderungssatzung
nach dem StabG zum 05.12.1993**

Gemäß den § 21 Abs. 4 GKG i. V. m. § 4 Abs. 3 StabG ergeht zum 05.12.1993 folgende Änderungssatzung zur Verbandssatzung:

Im § 1 sowie in der Anlage 1 entfallen die Gemeinden Babitz und Biesen.

2.4 Zweite Änderungssatzung vom 23.02.1994

Die zweite Änderungssatzung vom 23.02.1994 ist am 05.03.1994 mit folgendem Wortlaut in Kraft getreten:

Beschluß 1/94 der Verbandsversammlung des Wasser- und Abwasserverbandes Wittstock vom 23.2.1994

2. Änderungssatzung zur Verbandssatzung des Wasser- und Abwasserverbandes Wittstock vom 6.12.1991

Auf Grund der Kommunalverfassung für das Land Brandenburg vom 15.10.1993 und des Artikelgesetzes über kommunalrechtliche Vorschriften im Land Brandenburg vom 19.12.1991, Artikel II „Gesetz über kommunale Gemeinschaftsarbeit im Land Brandenburg“ haben die Mitglieder der Verbandsversammlung des Wasser- und Abwasserverbandes am 23.2.1994 folgende Satzung beschlossen.

**Artikel I
Präambel**

Grundlage der Verbandssatzung des Wasser- und Abwasserverbandes Wittstock ist die Kommunalverfassung für das Land Brandenburg vom 15.10.1993 und das Gesetz über kommunale Gemeinschaftsarbeit vom 19.12.1991.

Der Zweckverband ist eine selbständige Körperschaft des öffentlichen Rechts, durch die eine ausreichende kostengünstige Aufgabenwahrnehmung (Wasserversorgung und Abwasserentsorgung) zu Gunsten aller Bürger und soweit wie möglich der Wirtschaftsunternehmen im gesamten Verbandsgebiet gesichert werden soll.

**§ 1
Verbandsmitglieder**

entfällt

**§ 4
Aufgaben**

Anderung im Punkt 3.:
Der Zweckverband betreibt einen Eigenbetrieb gemäß § 103 der Kommunalverfassung vom 15.10.1993.

**§ 9
Sitzungen der Verbandsversammlung**

7. Beschlüsse gemäß § 7 Ziffer 1, 5, 11, 12 und 14 bedürfen einer Mehrheit von zwei Dritteln der satzungsmäßigen Stimmen.

Beschlüsse gemäß § 7 Ziffer 6 bedürfen einer Mehrheit von zwei Dritteln der anwesenden Stimmen.

**§ 15
Finanzielle Garantie der Verbandsmitglieder**

Ergänzung entfällt:
Im Jahr 1993 finanziert sich der Verband durch eine Umlage bei seinen Mitgliedern entsprechend der Einwohnerzahlen der Anlage zur Verbandssatzung vom 6.12.1991.

§ 22
Der Zweckverband übernimmt gemäß § 4 dieser Satzung die Aufgaben, das Vermögen, das Personal, alle Aktiva und Passiva der PWA GmbH i. L., Versorgungsbereich Pritzwalk, Produktionsbereich Wittstock, entsprechend des Nutzungsüberlassungsvertrages und des Übertragungsvertrages zwischen dem Verband und der PWA GmbH i. L.

**§ 24
Übergangsvorschriften**
In der Zeit von der Entstehung des Verbandes bis zur Übertragung der PWA GmbH i. L.-Anlagen entsprechend des Nutzungsüberlassungsvertrages auf den Verband werden die Anlagen von der PWA GmbH i. L. bzw. von der Gemeinde Wulfersdorf betrieben. Bis zur Übergabe gelten die Vertragsbestimmungen für die Wasserversorgung und Abwasserentsorgung, die Tarifordnung für Wasser und Abwasser der PWA GmbH i. L. sowie der Gemeinde Wulfersdorf.

**Artikel II
Inkrafttreten**

Diese Satzung tritt am Tage nach ihrer öffentlichen Bekanntmachung in Kraft.

Anlage zur Verbandssatzung des Wasser- und Abwasserverbandes Wittstock ab 6.12.1993 Stimmenschlüssel

Gemeinde	Einwohner 31.12.1992	Stimmenanteile
Berlinchen	273	1
Blandikow	301	1
entfällt	-	-
Christdorf	205	1
Dossow	468	1
Dranse	577	2
Fretzdorf	346	1
entfällt	-	-
Gadow	264	1
Goldbeck	148	1
entfällt	-	-
Heiligengrabe	958	2
Herzprung	310	1
entfällt	-	-
Königsberg	289	1
Liebenthal	206	1
entfällt	-	-
entfällt	-	-
Papenbruch	308	1
Rossow	183	1
Schweinrich	196	1
Sewekow	214	1
entfällt	-	-
Wittstock	14 145	29
Wulfersdorf	499	1
Zaatzke	586	2
Zempow	116	1
Zootzen	138	1
Gesamt	20730	52

2.5 Änderungssatzung nach dem StabG zum 25.05.1994

Gemäß den §§ 4 Abs. 3, 14 Abs. 1 Nr. 2 StabG ergeht zum 25.05.1994 folgende Änderungssatzung zur Verbandssatzung:

§ 1 und die Anlage 1 werden jeweils um die Gemeinden Jabel und Rosenwinkel mit jeweils einer Stimme ergänzt.

2.6 Dritte Änderungssatzung vom 25.05.1994

Die dritte Änderungssatzung vom 25.05.1994 ist mit folgendem Wortlaut am 05.06.1994 in Kraft getreten:

Beschluß 10/94 der Verbandsversammlung des Wasser- und Abwasserverbandes Wittstock vom 25.5.1994

3. Änderungssatzung zur Verbandssatzung des Wasser- und Abwasserverbandes Wittstock vom 6.12.1991

Auf Grundlage der Kommunalverfassung für das Land Brandenburg vom 15.10.1993 und des Artikelgesetzes über kommunalrechtliche Vorschriften im Land Brandenburg vom 19.12.1991, Artikel II „Gesetz über kommunale Gemeinschaftsarbeit im Land Brandenburg“, haben die Mitglieder der Verbandsversammlung des Wasser- und Abwasserverbandes Wittstock am 25.5.1994 folgende Satzung beschlossen.

Artikel I

**§ 1
Mitglieder**

entfällt

Artikel II

Anlage zur Verbandssatzung bzgl. § 8 - Stimmenverhältnisse - siehe Anlage 1 zur 3. Änderungssatzung

**Artikel III
Inkrafttreten**

Diese Satzung tritt gemäß § 20 Absatz 4 des Gesetzes über kommunale Gemeinschaftsarbeit des Landes Brandenburg vom 19.12.1991 in Kraft.

Anlage 1 zur 3. Änderungssatzung der Verbandssatzung
Stimmenschlüssel

Gemeinde	Einwohner am 31.12.1992	Stimmenanteile
Berlinchen	273	1
Blandikow	301	1
entfällt	-	-
Christdorf	205	1
Dossow	468	1
Dranse	577	2
Fretzdorf	346	1
entfällt	-	-
Gadow	264	1
Goldbeck	148	1
entfällt	-	-
Heiligengrabe	958	2
Herzsprung	310	1
Jabel	203	1
Königsberg	289	1
Liebenthal	206	1
entfällt	-	-
entfällt	-	-
Papenbruch	308	1
Rosow	183	1
Schweinrich	196	1
Sewekow	214	1
entfällt	-	-
Wittstock	14 145	29
Wulfersdorf	499	1
Zaatzke	586	2
Zempow	116	1
Zootzen	138	1
<u>Ergänzung:</u>		
entfällt	-	-
entfällt	-	-
Rosenwinkel	131	1
Gesamt	21064	54

**2.7 Änderungssatzung
nach dem StabG zum 09.03.1995**

Gemäß den §§ 4 Abs. 3, 14 Abs. 1 Nr. 2 StabG ergeht zum 09.03.1995 folgende Änderungssatzung zur Verbandssatzung:

§ 1 und die Anlage 1 der Verbandssatzung werden um die Gemeinde Blumenthal mit zwei Stimmen sowie um die Stadt Freyenstein mit drei Stimmen ergänzt.

**2.8 Vierte Änderungssatzung
vom 23.01.1996**

Die vierte Änderungssatzung vom 23.01.1996 ist mit folgendem Wortlaut am 01.02.1996 in Kraft getreten:

**Beschluß 1/96
der Verbandsversammlung
des Wasser- und Abwasserverbandes Wittstock
vom 23.01.1996**

**4. Änderungssatzung
zur Verbandssatzung
des Wasser- und Abwasserverbandes Wittstock
vom 06.12.1991**

Auf der Grundlage der Kommunalverfassung für das Land Brandenburg vom 15.10.1993, Artikel I - Gemeindeordnung - und des Artikelgesetzes über kommunalrechtliche Vorschriften im Land Brandenburg vom 19.12.1991, Artikel 1 - Gesetz über

kommunale Gemeinschaftsarbeit im Land Brandenburg- haben die Mitglieder der Verbandsversammlung des Wasser- und Abwasserverbandes Wittstock am 23.01.1996 folgende Satzung beschlossen:

Artikel 1

§ 1

Mitglieder

Es entfallen: Heiligengrabe, entfällt

§ 6

Verbandsversammlung

Im Abs. 2 wird folgender Satz 3 angeführt:
Sie verlieren ihr Amt, wenn ihre Mitgliedschaft in der Gemeindevertretung oder das Dienstverhältnis vorher enden. In diesem Fall bestellt das Verbandsmitglied für die Verbandsversammlung bis zum Ende der Wahlperiode einen anderen Vertreter oder anderen Stellvertreter.

§ 9

Sitzungen der Verbandsversammlung

Abs. 2, Satz 2 wird wie folgt geändert:
Sie ist einzuberufen, wenn mindestens ein Drittel der Mitgliedervertreter der Verbandsversammlung dies unter Angabe des Beratungsgegenstandes verlangen.

§ 11 a

Verbandsvorstand

1. Die Verbandsversammlung wählt aus ihrer Mitte einen Verbandsvorstand. Er besteht aus dem Verbandsvorsteher und 5 Mitgliedern der Verbandsversammlung.
2. bis 4. bleibt unverändert.

§ 15

Finanzielle Garantie der Verbandsmitglieder

Ergibt der Jahresabschluß einen Verlust, so kann dieser nach § 11 EigV Land Brandenburg auf neue Rechnung vorgetragen werden und nach 5 Jahren mit der Allgemeinen Rücklage verrechnet werden, soweit in diesem Zeitraum der Verlust nicht durch Gewinne ausgeglichen wird. Anderenfalls ist der Verlust aus Haushaltsmitteln der Mitgliedsgemeinden auszugleichen. Der Anteil der einzelnen Verbandsmitglieder richtet sich nach deren Anteil an den Einwohnerzahlen im vergangenen Rechnungsjahr.
Soweit die Einnahmen des Zweckverbandes zur Deckung des Finanzbedarfs nicht ausreichen, wird von den Verbandsmitgliedern eine Umlage erhoben. Für die Berechnung der Umlage wird die Einwohnerzahl des einzelnen Verbandsmitgliedes zur Zahl der Einwohner aller Verbandsmitglieder ins Verhältnis gesetzt. Maßgeblich ist die vom Landesbetrieb für Datenverarbeitung und Statistik veröffentlichte Einwohnerzahl zum 30. Juni des Vorjahres.

§ 21

Bekanntmachungen

1. Öffentliche Bekanntmachungen erfolgen durch den Verbandsvorsteher.
2. Die Verbandssatzung des Wasser- und Abwasserverbandes wird im Amtsblatt für den Landkreis Ostprignitz-Ruppin öffentlich bekannt gemacht. Die sonstigen öffentlichen Bekanntmachungen des Verbandes werden in der „Märkischen Allgemeinen Zeitung, Dosse-Kurier“, Ausgabe Wittstock, öffentlich bekannt gemacht.
Die Verbandsmitglieder haben in der für ihre Bekanntmachungen vorgeschriebenen Form auf die Veröffentlichung hinzuweisen.
3. Sind Pläne, Karten oder Zeichnungen Bestandteile einer Satzung, kann die öffentliche Bekanntmachung dieser Teile nach Abs. 2 dadurch ersetzt werden, dass sie im Verwaltungsgebäude des Verbandes für zwei Wochen ausgelegt werden. Die Ersatzbekanntmachung ist nur zulässig, wenn der Inhalt dieser Teile zugleich in der Satzung in groben Zügen umschrieben wird. Auf die Ersatzbekanntmachung ist unter Angabe des Ortes und der Dauer der Auslegung in der öffentlichen Bekanntmachung nach Abs. 2 hinzuweisen.
4. Zeit, Ort und Tagesordnung der Sitzung der Verbandsversammlung werden mit einer Frist von mindestens einer Woche gemäß Abs. 2 Satz 2 bekanntgemacht.

**§ 24
Übergangsvorschriften**

Entfällt

Artikel II

Anlage zur Verbandssatzung bzgl. § 8 - Stimmenverhältnisse - siehe Anlage 1 zur 4. Änderungssatzung.

Anlage 1 zur 4. Änderungssatzung der Verbandssatzung des Wasser- und Abwasserverbandes Wittstock

Stimmenschlüssel gemäß 8 der Verbandssatzung

Gemeinde	Einwohner am 31.12.1992	Stimmenanteile
Berlinchen	273	1
Blandikow	301	1
entfällt	-	-
Blumenthal	954	2
Christdorf	205	1
Dossow	468	1
Dranse	577	2
Fretzdorf	346	1
Freyenstein	1 358	3
Gadow	264	1
Goldbeck	148	1
entfällt	-	-
entfällt	-	-
Herzprung	310	1
Jabel	203	1
Königsberg	289	1
Liebenthal	206	1
entfällt	-	-
Papenbruch	308	1
Rosenwinkel	131	1
Rossow	183	1
Schweinrich	196	1
Sewekow	214	1
entfällt	-	-
Wittstock	14 145	29
Wulfersdorf	499	1
Zaatzke	586	2
Zempow	116	1
Zootzen	138	1
Gesamt	22418	57

Artikel III

entfällt

**2.9 Änderungssatzung
nach dem StabG vom 25.11.1998**

Gemäß den §§ 4 Abs. 3, 14 Abs. 1 Nr. 2 StabG ergeht zum 25.11.1998 folgende Änderungssatzung zur Verbandssatzung:

§ 1 und die Anlage 1 der Verbandssatzung werden um die Gemeinde Grabow mit einer Stimme, die Gemeinde Niemerlang mit einer Stimme sowie um die Gemeinde Wernikow mit einer Stimme ergänzt.

**2.10 Änderungssatzung
nach dem StabG zum 24.11.1999**

Gemäß den §§ 4 Abs. 3, 14 Abs. 1 Nr. 2 StabG ergeht zum 24.11.1999 folgende Änderungssatzung zur Verbandssatzung:

§ 1 und die Anlage 1 der Verbandssatzung werden um die Gemeinde Blesendorf mit einer Stimme sowie um die Gemeinde Groß Haßlow mit einer Stimme ergänzt.

**2.11 Fünfte Änderungssatzung
vom 24.11.1999**

Die fünfte Änderungssatzung vom 24.11.1999 ist mit folgendem Wortlaut am 28.04.2000 in Kraft getreten:
Neufassung der Verbandssatzung des Wasser- und Abwasserverbandes Wittstock

**5. Änderungssatzung zur Verbandssatzung
des Wasser- und Abwasserverbandes Wittstock
vom 06.12.1991
in der Fassung vom 23.01.1996**

Präambel

Auf der Grundlage des Gesetzes über kommunale Gemeinschaftsarbeit im Land Brandenburg (GKG) vom 19.12.1991 (GVBl. I 1991, S. 685) in der Fassung vom 07. April 1999 (GVBl. I 1999, S. 90), veröffentlicht als Leseabschrift am 22. Juni 1999 (GVBl. I, S. 193) hat die Verbandsversammlung in ihrer Sitzung vom 24.11.1999 diese 5. Änderungssatzung beschlossen:

I

Die Verbandssatzung des Wasser- und Abwasserverbandes Wittstock vom 06.12.1991 in der Fassung vom 23.01.1996 wird geändert und insgesamt wie folgt neu gefasst:

**Verbandssatzung
des Wasser- und Abwasserverbandes
Wittstock**

§ 1

Rechtsform, Name, Sitz

- Die in § 2 dieser Satzung aufgeführten Städte und Gemeinden bilden einen Zweckverband nach dem Gesetz über kommunale Gemeinschaftsarbeit im Land Brandenburg (GKG) vom 19.12.1991 (GVBl. I 1991, S. 685) in der Fassung der am 22.06.1999 veröffentlichten Leseabschrift (GVBl. I, S. 193).
- Der Name des Verbandes lautet: **Wasser- und Abwasserverband Wittstock**.
- Sitz des Zweckverbandes ist Wittstock / Dosse.
- Das Verbandsgebiet ist das Gebiet der Mitgliedsgemeinden des Zweckverbandes.
- Der Zweckverband führt ein Dienstsiegel, das wie folgt verwendet wird:
Der Name des Verbandes in Umschrift.
In einem Kreis von 25 mm befindet sich ein stilisiertes Wasserrohr.
Das Siegel hat einen Durchmesser von 35 mm.
- Der Zweckverband verwaltet als Körperschaft des öffentlichen Rechts seine Angelegenheiten in eigener Verantwortung. Er dient dem öffentlichen Wohl und strebt nicht an, Gewinne zu erzielen.

§ 2

Verbandsmitglieder

Mitglieder des Zweckverbandes sind: die Städte Wittstock und Freyenstein sowie die Gemeinden Berlinchen, Blandikow, Blesendorf, Blumenthal, Christdorf, Dossow, Dranse, Fretzdorf, Gadow, Goldbeck, Grabow, Groß Haßlow, Herzprung, Jabel, Königsberg, Liebenthal, Niemerlang, Papenbruch, Rosenwinkel, Rossow, Schweinrich, Sewekow, Wernikow, Wulfersdorf, Zaatzke, Zempow und Zootzen.

§ 3

Aufgaben

- Der Zweckverband hat die Aufgaben, die Trinkwasserversorgung und die Schmutzwasserentsorgung, jedoch nicht die Niederschlagswasserentsorgung, im Gebiet seiner Mitgliedsgemeinden durchzuführen. Er plant, errichtet, betreibt und unterhält die hierzu erforderlichen öffentlichen Anlagen. Zu den Aufgaben des Zweckverbandes gehören weiterhin die Herstellung, Erneuerung, Änderung, Beseitigung und Unterhaltung von Grundstücks- und Hausanschlüssen.
- Der Zweckverband kann sich zur Erfüllung seiner Aufgaben Dritter bedienen.
- Der Zweckverband kann
 - andere Versorgungsunternehmen mit Trinkwasser beliefern,
 - Schmutzwasser von anderen Entsorgungsunternehmen übernehmen und Schmutzwasser an andere Entsorgungsunternehmen abgeben,
 - sich an Ver- und Entsorgungsunternehmen beteiligen,
 - Ver- und Entsorgungseinrichtungen Dritter sowie die Betriebsführung von Ver- und Entsorgungseinrichtungen Dritter übernehmen.
- Beschlüsse zur Änderung der Verbandsaufgaben bedürfen einer Mehrheit von 2/3 der satzungsmäßigen Stimmenzahl der Verbandsversammlung sowie einer einstimmigen Be-

5. Der Zweckverband erlässt die zur Durchführung seiner Aufgaben erforderlichen Satzungen.

§ 4

Verbandsorgane

Organe des Zweckverbandes sind:

1. Die Verbandsversammlung
2. Der Vorstand
3. Der Vorstandsvorsteher

§ 5

Verbandsversammlung

1. Die Verbandsversammlung besteht aus den Vertretern der in § 2 aufgeführten Mitglieder. Jedes Verbandsmitglied entsendet einen Vertreter in die Verbandsversammlung, dessen Stimmanteile in § 7 angegeben sind. Für jeden Vertreter in der Verbandsversammlung ist ein Stellvertreter für den Fall der Verhinderung zu bestellen.
2. Die Amtszeit der Vertreter und Stellvertreter bestimmt sich nach der Amtszeit der Vertretungskörperschaften der Mitglieder. Vertreter und Stellvertreter üben ihr Amt nach Ablauf der Zeit, für die sie bestellt sind, bis zum Amtsantritt der neu bestellten Vertreter weiter aus. Sie verlieren ihr Amt, wenn ihre Mitgliedschaft in der Gemeindevertretung bzw. Stadtverordnetenversammlung oder das Dienstverhältnis vorher enden oder von der Gemeindeverwaltung bzw. der Stadtverordnetenversammlung abberufen werden. In diesem Fall bestellt das Verbandsmitglied für die Verbandsversammlung bis zum Ende der Amtszeit einen anderen Vertreter bzw. Stellvertreter.

§ 6

Aufgaben der Verbandsversammlung

Die Verbandsversammlung entscheidet über alle Aufgaben des Verbandes, soweit gesetzlich oder durch diese Verbandsatzung nicht anderes bestimmt ist, und überwacht die Durchführung der Entscheidungen.

Ihr obliegen:

1. die Entscheidung über die Errichtung und die wesentliche Erweiterung der den Verbandsaufgaben dienenden Einrichtungen,
2. die Beschlussfassung über den Erlass, die Änderung oder Aufhebung von Satzungen und Verordnungen,
3. die Festsetzung allgemeiner privatrechtlicher Entgelte und öffentlich-rechtlicher Abgaben,
4. die Beschlussfassung über den Wirtschaftsplan,
5. Die Feststellung des Jahresabschlusses und die Entlastung des Vorstandes und des Vorstandsvorstehers,
6. die Wahl und Abwahl des Vorstandsvorstehers und seines Stellvertreters,
7. die Beschlussfassung über den Erlass, die Änderung und die Aufhebung der Geschäftsordnung für die Verbandsversammlung,
8. die Beschlussfassung über die Auflösung des Zweckverbandes und die Bestellung von Abwicklern,
9. die Beschlussfassung über die Auseinandersetzungsvereinbarung im Fall des Ausscheidens von Verbandsmitgliedern oder der Auflösung des Zweckverbandes,
10. die Beschlussfassung über die ihr gesetzlich ausdrücklich zugewiesenen Aufgaben,
11. Einstellung und Entlassung der Geschäftsführer.

§ 7

Beschlussfassung

Der Vertreter jedes Mitgliedes kann dessen Stimmen nur einheitlich abgeben. Je angefangene 500 Einwohner gewährt eine Stimme, jedoch nur, soweit die Stimmzahl in dieser Verbandsatzung festgeschrieben ist. Ändert sich die Stimmzahl des Mitgliedes, so wird die Veränderung erst mit Änderung der Satzung wirksam. Jedes Mitglied hat einen Anspruch auf die entsprechende Satzungsänderung, wenn sich die eigenen Einwohner - und damit die Stimmzahl nach den veröffentlichten Angaben des Landesamtes für Datenverarbeitung und Statistik verändern, jedoch auch die Einwohner der anderen Mitglieder verändern. Damit korrespondiert die Verpflichtung, die Stimmzahl bei sinkenden Einwohnerzahlen anzupassen, worauf die übrigen Verbandsmitglieder einen Anspruch haben.

Die Stimmen verteilen sich wie folgt:

Gemeinde/Stadt	Einwohner	Stimmzahl
Berlinchen	277	1
Blandikow	280	1
Blesendorf	273	1
Blumenthal	903	2
Christdorf	213	1
Dossow	530	2
Dranse	1.059	3
Fretzdorf	392	1
Freyenstein	1.263	3
Gadow	261	1
Goldbeck	170	1
Grabow	278	1
Groß Haßlow	289	1
Herzprung	307	1
Jabel	195	1
Königsberg	295	1
Liebenthal	244	1
Niemerlang	258	1
Papenbruch	335	1
Rosenwinkel	140	1
Rossow	182	1
Schweinrich	202	1
Sewekow	232	1
Wernikow	261	1
Wittstock	13.371	27
Wulfersdorf	453	1
Zaatzke	625	2
Zempow	138	1
Zootzen	174	1
Gesamt	23.600	62

Kein Verbandsmitglied darf mehr als 50 % der Stimmen auf sich vereinen. Hat ein Verbandsmitglied gemäß den vorstehenden Regelungen Anspruch darauf, mehr als 50 % der Gesamtstimmen zu erhalten, erhöhen sich seine Stimmanteile nur bis auf höchstens 50 % der Gesamtstimmen.

Beispiel:

- A hat 40 Stimmen
 Nach Korrektur stünden A 60 Stimmen zu.
 A erhält nur 50 Stimmen.

§ 8

Sitzungen der Verbandsversammlung

1. Der Vorsitzende der Verbandsversammlung beruft diese mindestens zweimal im Jahr schriftlich ein. Sie muss außerdem einberufen werden, wenn ein Fünftel der satzungsmäßigen Stimmzahl der Verbandsversammlung dies unter Angabe der Beratungsgegenstände beantragt.
2. Die Mitglieder sind mindestens zwei Wochen vor der Sitzung schriftlich unter Beifügung der Tagesordnung zu laden, wobei der Tag der Absendung der Einladung und der Sitzung nicht mitzurechnen sind. In dringenden Fällen kann die Ladungsfrist auf drei Tage verkürzt werden.
3. Der Vorsitzende leitet die Verbandsversammlung. Er wird im Verhinderungsfalle durch seinen Stellvertreter vertreten. Sind sowohl der Vorsitzende der Verbandsversammlung als auch sein Stellvertreter verhindert, führt das anwesende lebensälteste Mitglied der Verbandsversammlung den Vorsitz.
4. Die Verbandsversammlung ist nur beschlussfähig, wenn die anwesenden Vertreter mehr als die Hälfte der satzungsmäßigen Stimmzahl der Verbandsversammlung erreichen. Wird die Verbandsversammlung wegen Beschlussunfähigkeit innerhalb von vier Wochen zum zweiten Mal ordnungsgemäß zur Verhandlung über den selben Gegenstand einberufen, ist sie ohne Rücksicht auf die in der Sitzung vertretene Stimmzahl beschlussfähig, auf diese Folge ist in der zweiten Einladung ausdrücklich hinzuweisen.
5. Beschlüsse werden, soweit das Gesetz über kommunale Gemeinschaftsarbeit oder diese Verbandsatzung nichts anderes bestimmen, mit der Mehrheit der abgegebenen Stimmen gefasst. Schreiben das Gesetz über kommunale Gemeinschaftsarbeit oder diese Verbandsatzung Einstimmigkeit bei der Beschlussfassung vor, zählen Stimmenthaltungen und ungültige Stimmen bei der Berechnung nicht mit.
6. Beschlüsse gem. § 6 Abs. 2, 8, 9 und 11 dieser Satzung bedürfen einer Mehrheit von 2/3 der satzungsmäßigen Stimmen.

7. Über die Verbandsversammlung ist eine Niederschrift anzufertigen, die von dem Vorsitzenden der Verbandsversammlung und einem weiteren von der Verbandsversammlung zu bestimmenden Mitglied der Verbandsversammlung zu unterzeichnen ist.
8. An der Sitzung der Verbandsversammlung nehmen der Verbandsvorsteher und die Geschäftsführer beratend teil. Sofern der Vorsitzende der Verbandsversammlung und der Verbandsvorsteher personenidentisch sind, hat dieser als Mitglied der Verbandsversammlung Stimmrecht.

§ 9

Vorsitzender der Verbandsversammlung

Die Verbandsversammlung wählt aus ihrer Mitte den Vorsitzenden. Dieser führt den Vorsitz in den Sitzungen der Verbandsversammlung. In gleicher Weise wählt die Verbandsversammlung aus ihrer Mitte einen Stellvertreter.

Auf die Wahl des Vorsitzenden und des Stellvertreters finden die entsprechenden Vorschriften der Gemeindeordnung des Landes Brandenburg sinngemäß Anwendung.

Die Amtszeit des Vorsitzenden und seines Stellvertreters endet mit der Amtszeit der Verbandsversammlung. Sie bleiben jedoch bis zur Wahl ihrer Nachfolger im Amt.

§ 10

Verbandsvorstand

1. Die Verbandsversammlung wählt einen Verbandsvorstand, der aus dem Verbandsvorsteher und fünf gewählten Vertretern als ordentliche Vorstandsmitglieder besteht, die jeweils eine Stimme haben.
2. Den Vorsitz im Verbandsvorstand führt der Verbandsvorsteher. Sofern der Verbandsvorsteher verhindert ist, vertritt ihn sein Stellvertreter.
3. Der Verbandsvorsteher lädt zu den Sitzungen des Verbandsvorstandes schriftlich ein, die Ladungsfrist dafür beträgt eine Woche, wobei der Tag der Absendung der Einladung und der Sitzungstag mitzählen.
4. An den Beratungen des Vorstandes nehmen die Geschäftsführer als Vorstandsmitglieder mit beratender Stimme ohne eigenes Stimmrecht teil.
5. Beschlüsse werden mit einfacher Mehrheit gefasst.
6. Der Vorstand ist mit 4 Stimmen seiner ordentlichen Mitglieder beschlussfähig.

§ 11

Aufgaben des Verbandsvorstandes

1. Der Verbandsvorstand bereitet die Beschlüsse der Verbandsversammlung, insbesondere über den Wirtschaftsplan und den Jahresabschluss vor.
2. Der Verbandsvorstand nimmt Stellung zu Weisungen des Verbandsvorstehers an die Geschäftsführer, für deren Ausführung die Geschäftsführer die Verantwortung nicht übernehmen zu können glauben.
3. Der Verbandsvorstand entscheidet in folgenden Angelegenheiten:
 - a) Vorschlag zur Bestellung eines Wirtschaftsprüfers,
 - b) Stundung von Zahlungsverbindlichkeiten, wenn die Einzelforderung 25.000,00 DM übersteigt,
 - c) Erlass und Niederschlagung von Forderungen, wenn die Einzelforderung 10.000,00 DM übersteigt,
 - d) Zustimmung zu erfolgsgefährdeten Mehraufwendungen, sofern sie 20 % der Planung im Wirtschaftsplan überschreiten,
 - e) Zustimmung zu Mehrausgaben, sofern sie 20 % der Planung des Vermögensplanes überschreiten,
 - f) Abschluss von Wasserlieferungsverträgen über 50.000 cbm/Jahr,
 - g) Verfügung über Betriebsvermögen, soweit es sich nicht um Geschäfte der laufenden Betriebsführung handelt,
 - h) die Aufnahme von Darlehen im Rahmen des von der Verbandsversammlung beschlossenen Wirtschaftsplanes über DM 500.000,00, sonst entscheidet darüber der Verbandsvorsteher,
 - i) Durchführung von Tarifverhandlungen.

§ 12

Verbandsvorsteher, Aufgaben und Befugnisse

1. Die Verbandsversammlung wählt den ehrenamtlichen Verbandsvorsteher und seinen Stellvertreter.

2. Der Verbandsvorsteher führt die laufenden Geschäfte sowie nach Maßgabe der Gesetze, der Verbandssatzung und der Beschlüsse der Verbandsversammlung die übrige Verwaltung des Zweckverbandes.
Er vertritt den Zweckverband gerichtlich und außergerichtlich. Dienstvorgesetzter des Verbandsvorstehers ist die Verbandsversammlung.
3. Der Verbandsvorsteher ist Dienstvorgesetzter der Dienstkräfte des Zweckverbandes.
4. Der Verbandsvorsteher kann durch Dienstanweisung Aufgaben aus seinem Zuständigkeitsbereich den Geschäftsführern zur ständigen Erledigung übertragen, sofern es nicht bereits durch die Satzung erfolgt ist.
5. Erklärungen, durch die der Zweckverband verpflichtet werden soll, sind wie folgt zu unterzeichnen:
 - a) vom Verbandsvorsteher und einem Geschäftsführer oder
 - b) vom stellvertretenden Verbandsvorsteher und einem Geschäftsführer.

§ 13

Geschäftsführer

1. Zur Erledigung der Geschäfte der laufenden Verwaltung sowie nach Maßgabe der Gesetze, dieser Verbandssatzung und der Beschlüsse der Verbandsversammlung auch der übrigen Verwaltung des Zweckverbandes unterstützen den Verbandsvorsteher ein technischer und ein kaufmännischer Geschäftsführer.
2. Die Geschäftsführer sind unmittelbar dem Verbandsvorsteher unterstellt, der ihnen Weisungen erteilen kann. Im übrigen haben sie die von der Verbandsversammlung beschlossene Geschäftsordnung für die Geschäftsführung zu beachten.
3. Die Geschäftsführer sind verpflichtet, den Verbandsvorsteher über alle Angelegenheiten, die ihnen zur Durchführung übertragen sind, rechtzeitig zu unterrichten und ihm auf Verlangen Auskunft zu erteilen.
4. Der Verbandsvorsteher bereitet im Benehmen mit den Geschäftsführern die Vorstandssitzungen vor.
5. Sind die Geschäftsführer der Meinung, nach pflichtgemäßem Ermessen die Verantwortung für die Durchführung einer Weisung des Verbandsvorstehers nicht übernehmen zu können, und führt ein Hinweis auf entgegenstehende Bedenken der Geschäftsführer nicht zu einer Änderung der Weisung, haben sie die Weisung grundsätzlich auszuführen, sich jedoch an den Verbandsvorstand zu wenden, es sei denn, die Weisung wäre rechtswidrig.
6. Gegenüber den beim Verband tätigen Angestellten und Arbeitern haben die Geschäftsführer ein Weisungsrecht, das Weisungsrecht des Verbandsvorstehers geht jedoch vor.
7. Die Geschäftsführer vertreten sich gegenseitig.

§ 14

Deckung des Finanzbedarfes

1. Zur Deckung seiner Kosten erhebt der Verband Beiträge, Gebühren und Kostenerstattungen für Grundstücks- und Hausanschlüsse gemäß den Vorschriften des brandenburgischen Kommunalabgabengesetzes. Zu diesem Zweck erlässt er die entsprechenden Satzungen.
2. Der Zweckverband erhebt von seinen Mitgliedern eine Umlage, soweit seine sonstigen Einnahmen zur Deckung des Finanzbedarfes nicht ausreichen. Der Anteil der einzelnen Verbandsmitglieder an der Umlage richtet sich nach deren Anteil an den Einwohnerzahlen zum 31.12. des Jahres, das dem Jahr, für das die Umlage erhoben wird, vorliegt. Maßgeblich für die Einwohnerzahl sind die öffentlichen Zahlen des Landesamtes für Datenverarbeitung und Statistik.

§ 15

Wirtschaftsführung

Auf die Wirtschaftsführung und das Rechnungswesen des Zweckverbandes selbst finden die Vorschriften über die Wirtschaftsführung und das Rechnungswesen der Eigenbetriebe sinngemäß Anwendung.

Der Verband hat einen Wirtschaftsplan und einen Jahresabschluss. Für die Prüfung des Zweckverbandes gelten die Vorschriften über die Prüfung von Eigenbetrieben entsprechend.

§ 16

Wirtschaftsjahr

Wirtschaftsjahr ist das Kalenderjahr.

§ 17

Stammkapital

Das Stammkapital des Zweckverbandes wird auf DM 5.500.000,00 festgesetzt, wobei der Aufgabe der Wasserversorgung ein Stammkapital von DM 2.500.000,00 und der Schmutzwasserentsorgung ein solches von DM 3.000.000,00 zugeordnet wird.

§ 18

Auflösung des Zweckverbandes

1. Der Zweckverband kann nur mit einer Stimmenmehrheit von mindestens 75 % der satzungsmäßigen Stimmen aufgelöst werden.
2. Wird der Verband aufgelöst, haben die Verbandsmitglieder eine Einigung über die Abwicklung der Dienst- und Versorgungsverhältnisse der Dienstkräfte herbeizuführen. Kommt eine Einigung nicht zustande, so sind die Dienstkräfte und die zur Abwicklung der Dienst- und Versorgungsverhältnisse notwendigen Aufwendungen von den Verbandsmitgliedern zu übernehmen, und zwar nach dem Anteil der Einwohnerzahl zum 31.12. des Jahres vor dem Auflösungszeitpunkt. Hinsichtlich der Kündigung der Angestellten und Arbeiter des Verbandes ist nach tarifrechtlichen Bestimmungen zu verfahren.
3. Eine Auflösung des Zweckverbandes kann nur erfolgen, wenn Einigkeit über die Zuordnung der Anlagen besteht, die mehreren Ver- und Entsorgungsgebieten dienen, wie z. B. Brunnen, Behälter, Transportleitungen, Verwaltungsgebäude, Geräte, etc.

Die Aufteilung der Sachanlagen wie Ortsnetze, Hausanschlüsse, Wassermesser und die sonstigen Sachanlagegegenstände, die ausschließlich der Ver- und Entsorgung in den betreffenden Gebieten dienen, erfolgen zu Restbuchwerten.

Nach Auflösung muss eine Abwicklung stattfinden. Aktiva und Passiva, die nicht durch Realteilung einem Beteiligten zufallen, müssen verwertet werden. Die Forderungen sind einzuziehen und die Schulden zu begleichen.

Ein danach verbleibender Überschuss wird nach dem Anteil der Einwohnerzahl zum Vorjahr des Auflösungszeitpunktes verteilt; ein Fehlbetrag ist analog aufzubringen.

§ 19

Bekanntmachungen

1. Die **Verbandsatzung** wird im Amtsblatt für den Landkreis Ostprignitz-Rüppin öffentlich bekannt gemacht.
2. Satzungen und sonstige Vorschriften des Zweckverbandes werden in der „Märkischen Allgemeinen Zeitung, Dosse-Kurier“, Ausgabe Wittstock, öffentlich bekannt gemacht.
3. Sonstige Bekanntmachungen des Zweckverbandes erfolgen durch Veröffentlichung in der „Märkischen Allgemeinen Zeitung, Dosse-Kurier“, Ausgabe Wittstock.
4. Sind Pläne, Karten oder Zeichnungen Bestandteile einer Satzung, kann die öffentliche Bekanntmachung dieser Teile nach den Abs. 1 und 2 dadurch ersetzt werden, dass sie im Verwaltungsgebäude des Verbandes für mindestens zwei Wochen ausgelegt werden. Die Ersatzbekanntmachung ist nur zulässig, wenn der Inhalt dieser Teile zugleich in der Satzung in groben Zügen umschrieben wird. Auf die Ersatzbekanntmachung ist unter Angabe des Ortes und der Dauer der Auslegung in der öffentlichen Bekanntmachung nach Abs. 3 hinzuweisen.
5. Zeit, Ort und Tagesordnung der Sitzungen der **Verbandsversammlung** werden mit einer Frist von mindestens zwei Wochen gemäß Abs. 3 bekanntgemacht.

II.

Inkrafttreten

Die vorstehende Änderungssatzung tritt am Tage nach ihrer öffentlichen Bekanntmachung in Kraft. Gleichzeitig tritt die Betriebssatzung des WAV Wittstock vom 04.03.1994 in der Fassung vom 23.01.1996 außer Kraft.

Die vorstehende Satzung wird hiermit ausgefertigt und im Amtsblatt für den Landkreis Ostprignitz-Rüppin öffentlich bekannt gemacht.

Wittstock, den 24.11.1999

gez. Schäfer
Vorsitzender der
Verbandsversammlung

Siegel

gez. Scheidemann
Verbandsvorsteher

2.12

**Sechste Änderungssatzung
vom 29.11.2000**

Die sechste Änderungssatzung vom 29.11.2000 ist am 15.02.2001 mit folgendem Wortlaut in Kraft getreten:

**6. Änderungssatzung
zur Verbandsatzung**

**des Wasser- und Abwasserverbandes Wittstock
vom 06.12.1991 in der Fassung vom 24.11.1999**

Präambel

Auf der Grundlage des Gesetzes über kommunale Gemeinschaftsarbeit im Land Brandenburg (GKG) vom 19.12.1991 (GVBl. I. 1991, S. 685) in der Fassung vom 07. April 1999 (GVBl. I 1999, S. 90) veröffentlicht als Leseabschrift am 22. Juni 1999 (GVBl. I. 1999 S. 193) hat die Verbandsversammlung des Wasser- und Abwasserverbandes Wittstock in ihrer Sitzung vom 29.11.2000 diese 6. Änderungssatzung beschlossen:

Artikel I

§ 7 Beschlussfassungen

Die Tabelle für die Stimmenverteilung lautet nunmehr wie folgt: Die Stimmen verteilen sich wie folgt:

Gemeinde/Stadt	Einwohner	Stimmenzahl
Berlinchen	276	1
Blandikow	274	1
Blesendorf	281	1
Blumenthal	870	2
Christdorf	228	1
Dossow	530	2
Dranse	573	2
Fretzdorf	406	1
Freyenstein	1.249	3
Gadow	251	1
Goldbeck	175	1
Grabow	273	1
Groß Haßlow	304	1
Herzprung	306	1
Jabel	221	1
Königsberg	290	1
Liebenthal	257	1
Niemerlang	261	1
Papenbruch	328	1
Rosenwinkel	145	1
Rossow	177	1
Schweinrich	204	1
Sewekow	244	1
Wernikow	262	1
Wittstock	12.933	26
Wulfersdorf	454	1
Zaatzke	642	2
Zempow	138	1
Zootzen	181	1
Gesamt	22.733	60

§ 8

Sitzungen der Verbandsversammlung

An § 8 Abs. 2 werden folgende Worte angefügt: Zeit, Ort und Tagesordnung der Verbandsversammlung sind mindestens eine Woche vor der Sitzung gemäß § 19 Abs. 3 dieser Satzung zu veröffentlichen.

§ 19

Bekanntmachungen

In § 19 Abs. 2 und Abs. 3 werden die Worte „Märkische Allgemeine Zeitung, Dossekurier, Ausgabe Wittstock“ durch die Worte „Märkische Allgemeine, Dossekurier“ ersetzt.

Artikel II

Inkrafttreten

Diese Satzung tritt am Tage nach ihrer öffentlichen Bekanntmachung in Kraft.

Die vorstehende Satzung wird hiermit ausgefertigt und im Amtsblatt für den Landkreis Ostprignitz-Rüppin öffentlich bekannt gemacht.

Wittstock, den 30.11.2000

gez. Schäfer
Vorsitzender der
Verbandsversammlung

Siegel

gez. Scheidemann
Verbandsvorsteher

2.13 Siebente Änderungssatzung vom 11.07.2001

Die siebente Änderungssatzung vom 11.07.2001 ist am 01.11.2001 mit folgendem Wortlaut in Kraft getreten:

7. Änderungssatzung zur Verbandssatzung des Wasser- und Abwasserverbandes Wittstock vom 06.12.1991 in der Fassung vom 30.11.2000

Präambel

Auf der Grundlage des Gesetzes über kommunale Gemeinschaftsarbeit im Land Brandenburg (GKG) vom 19.12.1991 (GVBl. I 1991 S. 685) in der Fassung vom 07. April 1999 (GVBl. I 1999 S. 90), veröffentlicht als Leseabschrift am 22. Juni 1999 (GVBl. I 1999 S. 193) hat die Verbandsversammlung des Wasser- und Abwasserverbandes Wittstock in ihrer Sitzung vom 11.07.2001 diese 7. Änderungssatzung zur Verbandssatzung beschlossen:

Artikel I

§ 6

Aufgaben der Versammlung

§ 6, Punkt 11, lautet nunmehr wie folgt:

a) Einstellung und Entlassung des Geschäftsführers.

§ 8

Sitzungen der Versammlung

In § 8, Punkt 8, werden im Satz 1 die Worte „die Geschäftsführer“ durch die Worte „der Geschäftsführer“ ersetzt.

§ 10

Verbandsvorstand

In § 10, Punkt 4, werden die Worte „die Geschäftsführer“ durch die Worte „der Geschäftsführer“ ersetzt.

§ 11

Aufgaben des Vorstandes

§ 11, Punkt 2, lautet nunmehr wie folgt:

Der Vorstand nimmt Stellung zu Weisungen des Vorstandes an den Geschäftsführer, für deren Ausführung der Geschäftsführer die Verantwortung nicht übernehmen zu können glaubt.

§ 11, Punkt 3, Buchstabe b, lautet nunmehr wie folgt:

Stundung von Zahlungsverbindlichkeiten, wenn die Einzelforderung 13.000,00 EUR übersteigt,

§ 11, Punkt 3, Buchstabe c, lautet nunmehr wie folgt:

Vollstreckung und Niederschlagung von Forderungen, wenn die Einzelforderung 5.500,00 EUR übersteigt,

§ 11, Punkt 3, Buchstabe h, lautet nunmehr wie folgt:

die Aufnahme von Darlehen im Rahmen des von der Verbandsversammlung beschlossenen Wirtschaftsplanes über 260.000,00 EUR, sonst entscheidet darüber der Vorstand,

§ 12

Verbandsvorsteher, Aufgaben und Befugnisse

In § 12, Punkt 4, 1. Halbsatz, werden die Worte „den Geschäftsführern“ durch die Worte „dem Geschäftsführer“ ersetzt.

In § 12, Punkt 5, werden jeweils in a. und b. die Worte „einem Geschäftsführer“ durch die Worte „dem Geschäftsführer“ ersetzt.

§ 13

Geschäftsführer

§ 13 wird wie folgt neu gefasst:

- Zur Erledigung der Geschäfte der laufenden Verwaltung sowie nach Maßgabe der Gesetze, dieser Verbandssatzung und der Beschlüsse der Versammlung auch der übrigen Verwaltung des Zweckverbandes unterstützt den Vorstand ein Geschäftsführer.
- Der Geschäftsführer ist unmittelbar dem Vorstand unterstellt, der ihm Weisungen erteilen kann.
- Der Geschäftsführer ist verpflichtet, den Vorstand über alle Angelegenheiten, die ihm zur Durchführung übertragen sind, rechtzeitig zu unterrichten und ihm auf Verlangen Auskunft zu erteilen.
- Der Vorstand bereitet im Benehmen mit dem Geschäftsführer die Vorstandssitzungen vor.

- Ist der Geschäftsführer der Meinung, nach pflichtgemäßem Ermessen die Verantwortung für die Durchführung einer Weisung des Vorstandes nicht übernehmen zu können, und führt ein Hinweis auf entgegenstehende Bedenken des Geschäftsführers nicht zu einer Änderung der Weisung, hat er die Weisung grundsätzlich auszuführen, sich jedoch an den Vorstand zu wenden, es sei denn, die Weisung wäre rechtswidrig.
- Gegenüber den beim Verband tätigen Angestellten und Arbeitern hat der Geschäftsführer ein Weisungsrecht, das Weisungsrecht des Vorstandes geht jedoch vor.

§ 17

Stammkapital

§ 17 lautet nunmehr wie folgt:

Das Stammkapital des Zweckverbandes wird auf 2.800.000,00 EUR festgesetzt, wobei der Aufgabe der Wasserversorgung ein Stammkapital von 1.300.000,00 EUR und der Schmutzwasserentsorgung ein solches von 1.500.000,00 EUR zugeordnet wird.

Artikel II

Inkrafttreten

Diese Satzung tritt am Tage nach ihrer öffentlichen Bekanntmachung in Kraft. Die vorstehende Satzung wird hiermit ausgefertigt und im Amtsblatt für den Landkreis Ostprignitz-Ruppin öffentlich bekannt gemacht.

Wittstock, den 12.07.2001

Schäfer

Vorsitzender der
Verbandsversammlung

Siegel

Scheidemann
Verbandsvorsteher

2.14

Aktuelle Fassung der Verbandssatzung

Die aktuelle Verbandssatzung des WAV Wittstock lautet::

Verbandssatzung des Wasser- und Abwasserverbandes Wittstock

§ 1

Rechtsform, Name, Sitz

- Die in § 2 dieser Satzung aufgeführten Städte und Gemeinden bilden einen Zweckverband nach dem Gesetz über kommunale Gemeinschaftsarbeit im Land Brandenburg (GKG) vom 19.12.1991 (GVBl. I 1991, S. 685) in der Fassung der am 22.06.1999 veröffentlichten Leseabschrift (GVBl. I, S. 193).
- Der Name des Verbandes lautet: **Wasser- und Abwasser-Verband Wittstock**.
- Sitz des Zweckverbandes ist Wittstock / Dosse.
- Das Verbandsgebiet ist das Gebiet der Mitgliedsgemeinden des Zweckverbandes.
- Der Zweckverband führt ein Dienstsiegel, das wie folgt verwendet wird:
Der Name des Verbandes in Umschrift.
In einem Kreis von 25 mm befindet sich ein stilisiertes Wasserrohr.
Das Siegel hat einen Durchmesser von 35 mm.
- Der Zweckverband verwaltet als Körperschaft des öffentlichen Rechts seine Angelegenheiten in eigener Verantwortung. Er dient dem öffentlichen Wohl und strebt nicht an, Gewinne zu erzielen.

§ 2

Verbandsmitglieder

Mitglieder des Zweckverbandes sind: die Städte Wittstock und Freyenstein sowie die Gemeinden Berlinchen, Blandikow, Blesendorf, Blumenthal, Christdorf, Dossow, Dranse, Fretzdorf, Gadow, Goldbeck, Grabow, Groß Haßlow, Herzsprung, Jabel, Königsberg, Liebenthal, Niemerlang, Papenbruch, Rosenwinkel, Rossow, Schweinrich, Sewekow, Wernikow, Wulfersdorf, Zaatze, Zempow und Zootzen.

§ 3

Aufgaben

- Der Zweckverband hat die Aufgaben, die Trinkwasserversorgung und die Schmutzwasserentsorgung, jedoch nicht die Niederschlagswasserentsorgung, im Gebiet seiner Mitglieds-

gemeinden durchzuführen. Er plant, errichtet, betreibt und unterhält die hierzu erforderlichen öffentlichen Anlagen. Zu den Aufgaben des Zweckverbandes gehören weiterhin die Herstellung, Erneuerung, Änderung, Beseitigung und Unterhaltung von Grundstücks- und Hausanschlüssen.

2. Der Zweckverband kann sich zur Erfüllung seiner Aufgaben Dritter bedienen.
3. Der Zweckverband kann
 - a. andere Versorgungsunternehmen mit Trinkwasser beliefern,
 - b. Schmutzwasser von anderen Entsorgungsunternehmen übernehmen und Schmutzwasser an andere Entsorgungsunternehmen abgeben,
 - c. sich an Ver- und Entsorgungsunternehmen beteiligen,
 - d. Ver- und Entsorgungseinrichtungen Dritter sowie die Betriebsführung von Ver- und Entsorgungseinrichtungen Dritter übernehmen.
4. Beschlüsse zur Änderung der Verbandsaufgaben bedürfen einer Mehrheit von 2/3 der satzungsmäßigen Stimmzahl der Versammlung sowie einer einstimmigen Beschlussfassung.
5. Der Zweckverband erlässt die zur Durchführung seiner Aufgaben erforderlichen Satzungen.

§ 4

Verbandsorgane

Organe des Zweckverbandes sind:

1. Die Versammlung
2. Der Vorstand
3. Der Vorsitzende

§ 5

Versammlung

1. Die Versammlung besteht aus Vertretern der in § 2 aufgeführten Mitglieder. Jedes Mitglied entsendet einen Vertreter in die Versammlung, dessen Stimmanteile in § 7 angegeben sind. Für jeden Vertreter in der Versammlung ist ein Stellvertreter für den Fall der Verhinderung zu bestellen.
2. Die Amtszeit der Vertreter und Stellvertreter bestimmt sich nach der Amtszeit der Vertretungskörperschaften der Mitglieder. Vertreter und Stellvertreter üben ihr Amt nach Ablauf der Zeit, für die sie bestellt sind, bis zum Amtsantritt der neu bestellten Vertreter weiter aus. Sie verlieren ihr Amt, wenn ihre Mitgliedschaft in der Gemeindevertretung bzw. Stadtverordnetenversammlung oder das Dienstverhältnis vorher enden oder von der Gemeindeverwaltung bzw. Stadtverordnetenversammlung abberufen werden. In diesem Fall bestellt das Mitglied für die Versammlung bis zum Ende der Amtszeit einen anderen Vertreter bzw. Stellvertreter.

§ 6

Aufgaben der Versammlung

Die Versammlung entscheidet über alle Aufgaben des Verbandes, soweit gesetzlich oder durch diese Satzung nichts anderes bestimmt ist, und überwacht die Durchführung der Entscheidungen.

Ihr obliegen:

1. die Entscheidung über die Errichtung und die wesentliche Erweiterung der den Verbandsaufgaben dienenden Einrichtungen,
2. die Beschlussfassung über den Erlass, die Änderung oder Aufhebung von Satzungen und Verordnungen,
3. die Festsetzung allgemeiner privatrechtlicher Entgelte und öffentlich-rechtlicher Abgaben,
4. die Beschlussfassung über den Wirtschaftsplan,
5. Die Feststellung des Jahresabschlusses und die Entlastung des Vorstandes und des Vorsitzenden,
6. die Wahl und Abwahl des Vorsitzenden und seines Stellvertreters,
7. die Beschlussfassung über den Erlass, die Änderung und die Aufhebung der Geschäftsordnung für die Versammlung,
8. die Beschlussfassung über die Auflösung des Zweckverbandes und die Bestellung von Abwicklern,
9. die Beschlussfassung über die Auseinandersetzungsvereinbarung im Fall des Ausscheidens von Mitgliedern oder der Auflösung des Zweckverbandes,
10. die Beschlussfassung über die ihr gesetzlich ausdrücklich zugewiesenen Aufgaben,
11. Einstellung und Entlassung des Geschäftsführers.

§ 7

Beschlussfassung

Der Vertreter jedes Mitgliedes kann dessen Stimmen nur einheitlich abgeben. Je angefangene 500 Einwohner gewähren eine Stimme, jedoch nur, soweit die Stimmzahl in dieser Satzung festgeschrieben ist. Ändert sich die Stimmzahl des Mitgliedes, so wird die Veränderung erst mit Änderung dieser Satzung wirksam. Jedes Mitglied hat einen Anspruch auf die entsprechende Satzungsänderung, wenn sich die eigenen Einwohner - und damit die Stimmzahl nach den veröffentlichten Angaben des Landesbetriebes für Datenverarbeitung und Statistik verändern, jedoch auch die Einwohner der anderen Mitglieder verändern. Damit korrespondiert die Verpflichtung, die Stimmzahl bei sinkenden Einwohnerzahlen anzupassen, worauf die übrigen Verbandsmitglieder einen Anspruch haben.

Die Stimmen verteilen sich wie folgt:

Gemeinde/Stadt	Einwohner	Stimmzahl
Berlinchen	276	1
Blandikow	274	1
Blesendorf	281	1
Blumenthal	870	2
Christdorf	228	1
Dossow	530	2
Dranse	573	2
Fretzdorf	406	1
Freyenstein	1.249	3
Gadow	251	1
Goldbeck	175	1
Grabow	273	1
Groß Haßlow	304	1
Herzprung	306	1
Jabel	221	1
Königsberg	290	1
Liebenthal	257	1
Niemerlang	261	1
Papenbruch	328	1
Rosenwinkel	145	1
Rossow	177	1
Schweinrich	204	1
Sewekow	244	1
Wernikow	262	1
Wittstock	12.933	26
Wulfersdorf	454	1
Zaatzke	642	2
Zempow	138	1
Zootzen	181	1
Gesamt	22.733	60

Kein Verbandsmitglied darf mehr als 50 % der Stimmen auf sich vereinen. Hat ein Verbandsmitglied gemäß den vorstehenden Regelungen Anspruch darauf, mehr als 50 % der Gesamtstimmen zu erhalten, erhöhen sich seine Stimmanteile nur bis auf höchstens 50 % der Gesamtstimmen.

Beispiel:

- A hat 40 Stimmen
 Nach Korrektur stünden A 60 Stimmen zu.
 A erhält nur 50 Stimmen.

§ 8

Sitzungen der Versammlung

1. Der Vorsitzende der Versammlung beruft diese mindestens zweimal im Jahr schriftlich ein. Sie muss außerdem einberufen werden, wenn ein Fünftel der satzungsmäßigen Stimmzahl der Versammlung dies unter Angabe der Beratungsgegenstände beantragt.
2. Die Mitglieder sind mindestens zwei Wochen vor der Sitzung schriftlich unter Beifügung der Tagesordnung zu laden, wobei die Tage der Absendung der Einladung und der Sitzung nicht mitzurechnen sind. In dringenden Fällen kann die Ladungsfrist auf drei Tage verkürzt werden. Zeit, Ort und Tagesordnung der Versammlung sind mindestens eine Woche vor der Sitzung gemäß § 19 Abs. 3 dieser Satzung zu veröffentlichen.
3. Der Vorsitzende leitet die Versammlung. Er wird im Verhinderungsfalle durch seinen Stellvertreter vertreten. Sind sowohl der Vorsitzende der Versammlung als auch sein Stellvertreter verhindert, führt das anwesende lebensälteste Mitglied der Versammlung den Vorsitz.

Die **Verbandsversammlung** ist nur **beschlussfähig**, wenn die anwesenden **Vertreter** mehr als die **Hälfte der satzungsmäßigen Stimmzahl** der **Verbandsversammlung** erreichen.

Wird die **Verbandsversammlung** wegen **Beschlussunfähigkeit** innerhalb von vier Wochen zum zweiten Mal **ordnungsgemäß** zur **Verhandlung** über den **selben Gegenstand** einberufen, ist sie ohne Rücksicht auf die in der **Sitzung** vertretene **Stimmzahl** **beschlussfähig**; auf diese Folge ist in der zweiten **Einladung** ausdrücklich hinzuweisen.

Beschlüsse werden, soweit das **Gesetz über kommunale Gemeinschaftsarbeit** oder diese **Verbandssatzung** nichts anderes bestimmen, mit der **Mehrheit der abgegebenen Stimmen** gefasst. Schreiben das **Gesetz über kommunale Gemeinschaftsarbeit** oder diese **Verbandssatzung** **Einstimmigkeit** bei der **Beschlussfassung** vor, zählen **Stimmenthaltungen** und **ungültige Stimmen** bei der **Berechnung** nicht mit.

Beschlüsse gemäß § 6 Abs. 2, 8, 9 und 11 dieser **Satzung** bedürfen einer **Mehrheit** von 2/3 der **satzungsmäßigen Stimmen**.

Über die **Verbandsversammlung** ist eine **Niederschrift** anzufertigen, die von dem **Vorsitzenden** der **Verbandsversammlung** und einem weiteren von der **Verbandsversammlung** zu bestimmenden **Mitglied** der **Verbandsversammlung** zu unterzeichnen ist.

An der **Sitzung** der **Verbandsversammlung** nehmen der **Verbandsvorsteher** und der **Geschäftsführer** beratend teil. Sofern der **Vorsitzende** der **Verbandsversammlung** und der **Verbandsvorsteher** **personenidentisch** sind, hat dieser als **Mitglied** der **Verbandsversammlung** **Stimmrecht**.

§ 9

Vorsitzender der **Verbandsversammlung**

Die **Verbandsversammlung** wählt aus ihrer **Mitte** den **Vorsitzenden**. Dieser führt den **Vorsitz** in den **Sitzungen** der **Verbandsversammlung**. In gleicher Weise wählt die **Verbandsversammlung** aus ihrer **Mitte** einen **Stellvertreter**. Auf die **Wahl** des **Vorsitzenden** und des **Stellvertreters** finden die entsprechenden **Vorschriften** der **Gemeindeordnung** des **Landes Brandenburg** sinngemäß **Anwendung**. Die **Amtszeit** des **Vorsitzenden** und seines **Stellvertreters** endet mit der **Amtszeit** der **Verbandsversammlung**. Sie **üben** jedoch bis zur **Wahl** ihrer **Nachfolger** im **Amt**.

§ 10

Verbandsvorstand

Die **Verbandsversammlung** wählt einen **Verbandsvorstand**, der aus dem **Verbandsvorsteher** und **fünf** **gewählten Vertretern** als **ordentliche** **Vorstandsmitglieder** besteht, die jeweils eine **Stimme** haben.

Den **Vorsitz** der **Verbandsversammlung** führt der **Verbandsvorsteher**. Sofern der **Verbandsvorsteher** **verhindert** ist, **vertritt** ihn sein **Stellvertreter**.

Der **Verbandsvorsteher** lädt zu den **Sitzungen** des **Verbandsvorstandes** **schriftlich** ein, die **Ladungsfrist** dafür beträgt eine **Woche**, wobei der **Tag** der **Absendung** der **Einladung** und der **Sitzungstag** mitzählen.

An den **Beratungen** des **Vorstandes** nimmt der **Geschäftsführer** als **Vorstandsmitglied** mit **beratender Stimme** ohne **eigenes Stimmrecht** teil.

Beschlüsse werden mit **einfacher Mehrheit** gefasst.

Der **Vorstand** ist mit **4 Stimmen** seiner **ordentlichen Mitglieder** **beschlussfähig**.

§ 11

Aufgaben des **Verbandsvorstandes**

Der **Verbandsvorstand** bereitet die **Beschlüsse** der **Verbandsversammlung**, insbesondere über den **Wirtschaftsplan** und den **Jahresabschluss** vor.

Der **Verbandsvorstand** nimmt **Stellung** zu **Weisungen** des **Verbandsvorstehers** an den **Geschäftsführer**, für deren **Ausführung** der **Geschäftsführer** die **Verantwortung** nicht **übernehmen** zu können glaubt.

Der **Verbandsvorstand** entscheidet in folgenden **Angelegenheiten**:

- Vorschlag zur **Bestellung** eines **Wirtschaftsprüfers**,
- Stundung** von **Zahlungsverbindlichkeiten**, wenn die **Einzelforderung** **13.000,00 EUR** übersteigt,
- Erlass** und **Niederschlagung** von **Forderungen**, wenn die **Einzelforderung** **5.500,00 EUR** übersteigt,
- Zustimmung** zu **erfolgsgefährdeten Mehraufwendungen**, sofern sie **20 %** der **Planung** im **Wirtschaftsplan** **überschreiten**,

- Zustimmung** zu **Mehrausgaben**, sofern sie **20 %** der **Planung** des **Vermögensplanes** **überschreiten**,
- Abschluss** von **Wasserlieferungsverträgen** über **50.000 cbm/Jahr**,
- Verfügung** über **Betriebsvermögen**, soweit es sich nicht um **Geschäfte** der **laufenden Betriebsführung** handelt,
- die **Aufnahme** von **Darlehen** im **Rahmen** des von der **Verbandsversammlung** **beschlossenen Wirtschaftsplanes** über **260.000,00 EUR**, sonst entscheidet darüber der **Verbandsvorsteher**,
- Durchführung** von **Tarifverhandlungen**.

§ 12

Verbandsvorsteher, Aufgaben und Befugnisse

- Die **Verbandsversammlung** wählt den **ehrenamtlichen Verbandsvorsteher** und seinen **Stellvertreter**.
- Der **Verbandsvorsteher** führt die **laufenden Geschäfte** sowie nach **Maßgabe** der **Gesetze**, der **Verbandssatzung** und der **Beschlüsse** der **Verbandsversammlung** die **übrige Verwaltung** des **Zweckverbandes**. Er **vertritt** den **Zweckverband** **gerichtlich** und **außergerichtlich**. **Dienstvorgesetzter** des **Verbandsvorstehers** ist die **Verbandsversammlung**.
- Der **Verbandsvorsteher** ist **Dienstvorgesetzter** der **Dienstkräfte** des **Zweckverbandes**.
- Der **Verbandsvorsteher** kann durch **Dienstanweisung** **Aufgaben** aus seinem **Zuständigkeitsbereich** dem **Geschäftsführer** zur **ständigen Erledigung** **übertragen**, sofern es nicht bereits durch die **Satzung** erfolgt ist.
- Erklärungen**, durch die der **Zweckverband** **verpflichtet** werden soll, sind wie folgt zu **unterzeichnen**:
a) vom **Verbandsvorsteher** und dem **Geschäftsführer** oder
b) vom **stellvertretenden Verbandsvorsteher** und dem **Geschäftsführer**.

§ 13

Geschäftsführer

- Zur **Erledigung** der **Geschäfte** der **laufenden Verwaltung** sowie nach **Maßgabe** der **Gesetze**, dieser **Verbandssatzung** und der **Beschlüsse** der **Verbandsversammlung** auch der **übrigen Verwaltung** des **Zweckverbandes** **unterstützt** den **Verbandsvorsteher** ein **Geschäftsführer**.
- Der **Geschäftsführer** ist **unmittelbar** dem **Verbandsvorsteher** **unterstellt**, der ihm **Weisungen** erteilen kann.
- Der **Geschäftsführer** ist **verpflichtet**, den **Verbandsvorsteher** über alle **Angelegenheiten**, die ihm zur **Durchführung** **übertragen** sind, **rechtzeitig** zu **unterrichten** und im **Auf Verlangen** **Auskunft** zu erteilen.
- Der **Verbandsvorsteher** **bereitet** im **Benehmen** mit dem **Geschäftsführer** die **Vorstandssitzungen** vor.
- Ist der **Geschäftsführer** der **Meinung**, nach **pflichtgemäßem Ermessen** die **Verantwortung** für die **Durchführung** einer **Weisung** des **Verbandsvorstehers** nicht **übernehmen** zu können, und führt ein **Hinweis** auf **entgegenstehende Bedenken** des **Geschäftsführers** nicht zu einer **Anderung** der **Weisung**, hat er die **Weisung** **grundsätzlich auszuführen**, sich jedoch an den **Verbandsvorstand** zu **wenden**, es sei denn, die **Weisung** wäre **rechtswidrig**.
- Gegenüber den beim **Verband** **tätigen Angestellten** und **Arbeitern** hat der **Geschäftsführer** ein **Weisungsrecht**, das **Weisungsrecht** des **Verbandsvorstehers** geht jedoch vor.

§ 14

Deckung des **Finanzbedarfs**

- Zur **Deckung** seiner **Kosten** **erhebt** der **Verband** **Beiträge**, **Gebühren** und **Kostenerstattungen** für **Grundstücks-** und **Hausanschlüsse** gemäß den **Vorschriften** des **brandenburgischen Kommunalabgabengesetzes**. Zu diesem **Zweck** erlässt er die entsprechenden **Satzungen**.
- Der **Zweckverband** **erhebt** von seinen **Mitgliedern** eine **Umlage**, soweit seine **sonstigen Einnahmen** zur **Deckung** des **Finanzbedarfes** nicht **ausreichen**. Der **Anteil** der einzelnen **Verbandsmitglieder** an der **Umlage** richtet sich nach deren **Anteil** an den **Einwohnerzahlen** zum **31.12.** des **Jahres**, das dem **Jahr**, für das die **Umlage** **erhoben** wird, **vorhergeht**. **Maßgeblich** für die **Einwohnerzahl** sind die **öffentlichen Zahlen** des **Landesbetriebes** für **Datenverarbeitung** und **Statistik**.

§ 15

Wirtschaftsführung

Auf die **Wirtschaftsführung** und das **Rechnungswesen** des **Zweckverbandes** selbst finden die **Vorschriften** über die **Wirt-**

schaftsführung und das Rechnungswesen der Eigenbetriebe sinngemäß Anwendung.
Der Verband hat einen Wirtschaftsplan und einen Jahresabschluss. Für die Prüfung des Zweckverbandes gelten die Vorschriften über die Prüfung von Eigenbetrieben entsprechend.

§ 16

Wirtschaftsjahr

Wirtschaftsjahr ist das Kalenderjahr.

§ 17

Stammkapital

Das Stammkapital des Zweckverbandes wird auf 2.800.000,00 EUR festgesetzt, wobei der Aufgabe der Wasserversorgung ein Stammkapital von 1.300.000,00 EUR und der Schmutzwasserentsorgung ein solches von 1.500.000,00 EUR zugeordnet wird.

§ 18

Auflösung des Zweckverbandes

1. Der Zweckverband kann nur mit einer Stimmenmehrheit von mindestens 75 % der satzungsmäßigen Stimmen aufgelöst werden.
2. Wird der Verband aufgelöst, haben die Verbandsmitglieder eine Einigung über die Abwicklung der Dienst- und Versorgungsverhältnisse der Dienstkräfte herbeizuführen. Kommt eine Einigung nicht zustande, so sind die Dienstkräfte und die zur Abwicklung der Dienst- und Versorgungsverhältnisse notwendigen Aufwendungen von den Verbandsmitgliedern zu übernehmen, und zwar nach dem Anteil der Einwohnerzahl zum 31.12. des Jahres vor dem Auflösungszeitpunkt. Hinsichtlich der Kündigung der Angestellten und Arbeiter des Verbandes ist nach tarifrechtlichen Bestimmungen zu verfahren.
3. Eine Auflösung des Zweckverbandes kann nur erfolgen, wenn Einigkeit über die Zuordnung der Anlagen besteht, die mehreren Ver- und Entsorgungsgebieten dienen, wie z. B. Brunnen, Behälter, Transportleitungen, Verwaltungsgebäude, Geräte, etc..

Die Aufteilung der Sachanlagen wie Ortsnetze, Hausanschlüsse, Wassermesser und die sonstigen Sachanlagegegenstände, die ausschließlich der Ver- und Entsorgung in den betreffenden Gebieten dienen, erfolgen zu Restbuchwerten.

Nach Auflösung muss eine Abwicklung stattfinden. Aktiva und Passiva, die nicht durch Realteilung einem Beteiligten zufallen, müssen verwertet werden. Die Forderungen sind einzuziehen und die Schulden zu begleichen. Ein danach verbleibender Überschuss wird nach dem Anteil der Einwohnerzahl zum Vorjahr des Auflösungszeitpunktes verteilt; ein Fehlbetrag ist analog aufzubringen.

§ 19

Bekanntmachungen

1. Die Verbandssatzung wird im Amtsblatt für den Landkreis Ostprignitz-Ruppin bekannt gemacht.
2. Satzungen und sonstige Vorschriften des Zweckverbandes werden in der „Märkischen Allgemeinen, Dossekurier“ bekannt gemacht.
3. Sonstige Bekanntmachungen des Zweckverbandes erfolgen durch Veröffentlichung in der „Märkischen Allgemeinen, Dossekurier“.
4. Sind Pläne, Karten oder Zeichnungen Bestandteile einer Satzung, kann die öffentliche Bekanntmachung dieser Teile nach den Abs. 1 und 2 dadurch ersetzt werden, dass sie im Verwaltungsgebäude des Verbandes für mindestens zwei Wochen ausgelegt werden. Die Ersatzbekanntmachung ist nur zulässig, wenn der Inhalt dieser Teile zugleich in der Satzung in groben Zügen umschrieben wird. Auf die Ersatzbekanntmachung ist unter Angabe des Ortes und der Dauer der Auslegung in der öffentlichen Bekanntmachung nach Abs. 3 hinzuweisen.

Neuruppin, den 21. Januar 2003

Ch. Gilde
Der Landrat
des Landkreises Ostprignitz-Ruppin

2.4. Öffentliche Zustellung

Die Anhörung der Kreisverwaltung Ostprignitz-Ruppin, Ordnungsamt, Ausländerbehörde vom 2002-11-21 Az. 32336015/PK080676-hol für den polnischen Staatsangehörigen Papiernik, Krzysztof Jan kann nicht zugestellt werden, da der derzeitige Aufenthalt des Herrn Papiernik unbekannt ist bzw. die Zustellung außerhalb des Geltungsbereichs der deutschen Rechtsordnung erfolgen müsste, dies aber unausführbar ist oder keinen Erfolg verspricht.

Die Anhörung wird auf dem Wege der öffentlichen Zustellung gem. § 15 des Verwaltungszustellungsgesetzes (VwZG) vom 03. Juli 1952, veröffentlicht im BGBl Teil 1 Seite 379, in Verbindung mit § 1 des Landeszustellungsgesetzes (LZG) vom 18. Oktober 1991, veröffentlicht im GVBl. Seite 457, beide in der jeweils geltenden Fassung, zugestellt.

Die Anhörung kann bei der Kreisverwaltung Ostprignitz-Ruppin, Ordnungsamt, Ausländerbehörde, Zimmer 154 in der Neustädter Straße 14 in 16816 Neuruppin zu den Sprechzeiten am Dienstag von 8.30 Uhr bis 12.00 Uhr und 13.30 Uhr bis 17.00 Uhr und am Donnerstag von 8.30 Uhr bis 16.00 Uhr oder nach Terminvereinbarung eingesehen werden.

Die Anhörung gilt 2 Wochen nach Veröffentlichung im Amtsblatt für den Landkreis Ostprignitz-Ruppin als zugestellt.

Neuruppin den 2003-01-15

Holz

2.5. Öffentliche Zustellung

Die Anhörung der Kreisverwaltung Ostprignitz-Ruppin, Ordnungsamt, Ausländerbehörde vom 2002-12-12 Az. 32336015/CP230279-hol für den ukrainischen Staatsangehörigen Chelnokov, Pavel kann nicht zugestellt werden, da der derzeitige Aufenthalt des Herrn Chelnokov unbekannt ist bzw. die Zustellung außerhalb des Geltungsbereichs der deutschen Rechtsordnung erfolgen müsste, dies aber unausführbar ist oder keinen Erfolg verspricht.

Die Anhörung wird auf dem Wege der öffentlichen Zustellung gem. § 15 des Verwaltungszustellungsgesetzes (VwZG) vom 03. Juli 1952, veröffentlicht im BGBl Teil 1 Seite 379, in Verbindung mit § 1 des Landeszustellungsgesetzes (LZG) vom 18. Oktober 1991, veröffentlicht im GVBl. Seite 457, beide in der jeweils geltenden Fassung, zugestellt.

Die Anhörung kann bei der Kreisverwaltung Ostprignitz-Ruppin, Ordnungsamt, Ausländerbehörde, Zimmer 154 in der Neustädter Straße 14 in 16816 Neuruppin zu den Sprechzeiten am Dienstag von 8.30 Uhr bis 12.00 Uhr und 13.30 Uhr bis 17.00 Uhr und am Donnerstag von 8.30 Uhr bis 16.00 Uhr oder nach Terminvereinbarung eingesehen werden.

Die Anhörung gilt 2 Wochen nach Veröffentlichung im Amtsblatt für den Landkreis Ostprignitz-Ruppin als zugestellt.

Neuruppin den 2003-01-15

Holz

2.6. Öffentliche Zustellung

Die Anhörung der Kreisverwaltung Ostprignitz-Ruppin, Ordnungsamt, Ausländerbehörde vom 2002-11-26 Az. 32336015/ML251246-hol für den polnischen Staatsangehörigen Migaszewski, Lech kann nicht zugestellt werden, da der derzeitige Aufenthalt des Herrn Migaszewski unbekannt ist bzw. die Zustellung außerhalb des Geltungsbereichs der deutschen Rechtsordnung erfolgen müsste, dies aber unausführbar ist oder keinen Erfolg verspricht.

Die Anhörung wird auf dem Wege der öffentlichen Zustellung gem. § 15 des Verwaltungszustellungsgesetzes (VwZG) vom 03. Juli 1952, veröffentlicht im BGBl Teil 1 Seite 379, in Verbindung mit § 1 des Landeszustellungsgesetzes (LZG) vom 18. Oktober 1991, veröffentlicht im GVBl. Seite 457, beide in der jeweils geltenden Fassung, zugestellt.

Die Anhörung kann bei der Kreisverwaltung Ostprignitz-Ruppin, Ordnungsamt, Ausländerbehörde, Zimmer 154 in der Neustädter Straße 14 in 16816 Neuruppin zu den Sprechzeiten am Dienstag von 8.30 Uhr bis 12.00 Uhr und 13.30 Uhr bis 17.00 Uhr und am Donnerstag von 8.30 Uhr bis 16.00 Uhr oder nach Terminvereinbarung eingesehen werden.

Die Anhörung gilt 2 Wochen nach Veröffentlichung im Amtsblatt für den Landkreis Ostprignitz-Ruppin als zugestellt.

Neuruppin den 2002-12-13

Holz

2.7. Öffentliche Zustellung

Die **Anhörung** der Kreisverwaltung Ostprignitz-Ruppin, Ordnungsamt, Ausländerbehörde vom 2002-11-20 Az. 32336015/MA251176-hol für den ungarischen Staatsangehörigen Molnar, Attila Szabócs kann nicht zugestellt werden, da der derzeitige Aufenthalt des Herrn Molnar unbekannt ist bzw. die Zustellung außerhalb des Geltungsbereichs der deutschen Rechtsordnung erfolgen müsste, dies aber unausführbar ist oder keinen Erfolg verspricht.

Die **Anhörung** wird auf dem Wege der öffentlichen Zustellung gem. § 15 des Verwaltungszustellungsgesetzes (VwZG) vom 03. Juli 1952, veröffentlicht im BGBl Teil 1 Seite 379, in Verbindung mit § 1 des Landeszustellungsgesetzes (LZG) vom 18. Oktober 1991, veröffentlicht im GVBl. Seite 457, beide in der jeweils geltenden Fassung, zugestellt.

Die **Anhörung** kann bei der Kreisverwaltung Ostprignitz-Ruppin, Ordnungsamt, Ausländerbehörde, Zimmer 154 in der Neustädter Straße 14 in 16816 Neuruppin zu den Sprechzeiten am Dienstag von 8.30 Uhr bis 12.00 Uhr und 13.30 Uhr bis 17.00 Uhr und am Donnerstag von 8.30 Uhr bis 16.00 Uhr oder nach Terminvereinbarung eingesehen werden.

Die **Anhörung** gilt 2 Wochen nach Veröffentlichung im Amtsblatt für den Landkreis Ostprignitz-Ruppin als zugestellt.

Neuruppin den 2002-12-06

lieg
Holz

2.8. Öffentliche Zustellung

Die **Anhörung** der Kreisverwaltung Ostprignitz-Ruppin, Ordnungsamt, Ausländerbehörde vom 2002-11-05 Az. 32336015/PK150267-hol für den polnischen Staatsangehörigen Pogadzinski, Krzysztof Slawomir kann nicht zugestellt werden, da der derzeitige Aufenthalt des Herrn Pogadzinski unbekannt ist bzw. die Zustellung außerhalb des Geltungsbereichs der deutschen Rechtsordnung erfolgen müsste, dies aber unausführbar ist oder keinen Erfolg verspricht.

Die **Anhörung** wird auf dem Wege der öffentlichen Zustellung gem. § 15 des Verwaltungszustellungsgesetzes (VwZG) vom 03. Juli 1952, veröffentlicht im BGBl Teil 1 Seite 379, in Verbindung mit § 1 des Landeszustellungsgesetzes (LZG) vom 18. Oktober 1991, veröffentlicht im GVBl. Seite 457, beide in der jeweils geltenden Fassung, zugestellt.

Die **Anhörung** kann bei der Kreisverwaltung Ostprignitz-Ruppin, Ordnungsamt, Ausländerbehörde, Zimmer 154 in der Neustädter Straße 14 in 16816 Neuruppin zu den Sprechzeiten am Dienstag von 8.30 Uhr bis 12.00 Uhr und 13.30 Uhr bis 17.00 Uhr und am Donnerstag von 8.30 Uhr bis 16.00 Uhr oder nach Terminvereinbarung eingesehen werden.

Die **Anhörung** gilt 2 Wochen nach Veröffentlichung im Amtsblatt für den Landkreis Ostprignitz-Ruppin als zugestellt.

Neuruppin den 2002-11-21

Holz

2.9. Öffentliche Zustellung

Der **Bescheid** der Kreisverwaltung Ostprignitz-Ruppin, Ordnungsamt, Ausländerbehörde vom 2002-11-12 Az. 32336015/GM030675-hol für den polnischen Staatsangehörigen Grabowski, Marcin kann nicht zugestellt werden, da der derzeitige Aufenthalt des Herrn Grabowski unbekannt ist bzw. die Zustellung außerhalb des Geltungsbereichs der deutschen Rechtsordnung erfolgen müsste, dies aber unausführbar ist oder keinen Erfolg verspricht.

Der **Bescheid** wird auf dem Wege der öffentlichen Zustellung gem. § 15 des Verwaltungszustellungsgesetzes (VwZG) vom 03. Juli 1952, veröffentlicht im BGBl Teil 1 Seite 379, in Verbindung mit § 1 des Landeszustellungsgesetzes (LZG) vom 18. Oktober 1991, veröffentlicht im GVBl. Seite 457, beide in der jeweils geltenden Fassung, zugestellt.

Der **Bescheid** kann bei der Kreisverwaltung Ostprignitz-Ruppin, Ordnungsamt, Ausländerbehörde, Zimmer 154 in der Neustädter Straße 14 in 16816 Neuruppin zu den Sprechzeiten am Dienstag von 8.30 Uhr bis 12.00 Uhr und 13.30 Uhr bis 17.00 Uhr und am Donnerstag von 8.30 Uhr bis 16.00 Uhr oder nach Terminvereinbarung eingesehen werden.

Der **Bescheid** gilt 2 Wochen nach Veröffentlichung im Amtsblatt für den Landkreis Ostprignitz-Ruppin als zugestellt.

Neuruppin den 2003-01-15

Holz

2.10. Öffentliche Zustellung

Die **ausländerbehördliche Verwarnung** der Kreisverwaltung Ostprignitz-Ruppin, Ordnungsamt, Ausländerbehörde vom 2002-12-13 Az. 32336015/BJ170678-hol für den britischen Staatsangehörigen Joseph Barton kann nicht zugestellt werden, da der derzeitige Aufenthalt des Herrn Barton unbekannt ist bzw. die Zustellung außerhalb des Geltungsbereichs der deutschen Rechtsordnung erfolgen müsste, dies aber unausführbar ist oder keinen Erfolg verspricht.

Die **ausländerbehördliche Verwarnung** wird auf dem Wege der öffentlichen Zustellung gem. § 15 des Verwaltungszustellungsgesetzes (VwZG) vom 03. Juli 1952, veröffentlicht im BGBl Teil 1 Seite 379, in Verbindung mit § 1 des Landeszustellungsgesetzes (LZG) vom 18. Oktober 1991, veröffentlicht im GVBl. Seite 457, beide in der jeweils geltenden Fassung, zugestellt.

Die **ausländerbehördliche Verwarnung** kann bei der Kreisverwaltung Ostprignitz-Ruppin, Ordnungsamt, Ausländerbehörde, Zimmer 154 in der Neustädter Straße 14 in 16816 Neuruppin zu den Sprechzeiten am Dienstag von 8.30 Uhr bis 12.00 Uhr und 13.30 Uhr bis 17.00 Uhr und am Donnerstag von 8.30 Uhr bis 16.00 Uhr oder nach Terminvereinbarung eingesehen werden.

Die **ausländerbehördliche Verwarnung** gilt 2 Wochen nach Veröffentlichung im Amtsblatt für den Landkreis Ostprignitz-Ruppin als zugestellt.

Neuruppin den 2003-01-22

Holz

2.11. Öffentliche Zustellung

Die **ausländerbehördliche Verwarnung** der Kreisverwaltung Ostprignitz-Ruppin, Ordnungsamt, Ausländerbehörde vom 2002-11-05 Az. 32336015/LC150668-hol für den dänischen Staatsangehörigen Laursen, Claus kann nicht zugestellt werden, da der derzeitige Aufenthalt des Herrn Laursen unbekannt ist bzw. die Zustellung außerhalb des Geltungsbereichs der deutschen Rechtsordnung erfolgen müsste, dies aber unausführbar ist oder keinen Erfolg verspricht.

Die **ausländerbehördliche Verwarnung** wird auf dem Wege der öffentlichen Zustellung gem. § 15 des Verwaltungszustellungsgesetzes (VwZG) vom 03. Juli 1952, veröffentlicht im BGBl Teil 1 Seite 379, in Verbindung mit § 1 des Landeszustellungsgesetzes (LZG) vom 18. Oktober 1991, veröffentlicht im GVBl. Seite 457, beide in der jeweils geltenden Fassung, zugestellt.

Die **ausländerbehördliche Verwarnung** kann bei der Kreisverwaltung Ostprignitz-Ruppin, Ordnungsamt, Ausländerbehörde, Zimmer 154 in der Neustädter Straße 14 in 16816 Neuruppin zu den Sprechzeiten am Dienstag von 8.30 Uhr bis 12.00 Uhr und 13.30 Uhr bis 17.00 Uhr und am Donnerstag von 8.30 Uhr bis 16.00 Uhr oder nach Terminvereinbarung eingesehen werden.

Die **ausländerbehördliche Verwarnung** gilt 2 Wochen nach Veröffentlichung im Amtsblatt für den Landkreis Ostprignitz-Ruppin als zugestellt.

Neuruppin den 2002-12-03

Holz

2.12.

Das Sparkassenbuch Nr. 3622000693 der Sparkasse Ostprignitz-Ruppin wird gemäß § 6 SpkVO für kraftlos erklärt.

Neuruppin, den 17.01.2003

Sparkasse Ostprignitz-Ruppin, Der Vorstand

2.13.

Die Sparkassenbücher Nr. 4522009912 und 4522013626 der Sparkasse Ostprignitz-Ruppin werden gemäß § 6 SpkVO für kraftlos erklärt.

Neuruppin, den 06.12.2002

Sparkasse Ostprignitz-Ruppin, Der Vorstand

2.14. Aufgebot

Die Sparkassenbücher Nr. 4760005507 und 3760016226 der Sparkasse Ostprignitz-Ruppin werden hiermit aufgeboden. Der Inhaber der Sparkassenbücher wird gemäß § 6 SpkVO aufgefordert, innerhalb von 3 Monaten seine Rechte anzumelden und die Sparkassenbücher vorzulegen, da andernfalls die Kraftlosklärung erfolgen wird.

Neuruppin, den 12.12.2002

Sparkasse Ostprignitz-Ruppin, Der Vorstand

2.15. Einladung zur öffentlichen Sitzung der Regionalversammlung der Regionalen Planungsgemeinschaft Prignitz-Oberhavel

Sehr geehrte Damen und Herren, hiermit lade ich Sie zur 22. Regionalversammlung Prignitz-Oberhavel ein.

Termin:

Mittwoch, den 05.03.2002

Beginn: 16.00 Uhr

Ort: Technologie- und Gründerzentrum Ostprignitz-Ruppin in Neuruppin, Alt Ruppiner Allee 40 (Beratungsraum im Gebäude der LEB)

Tagesordnung:

- TOP 1 Begrüßung und Eröffnung der Sitzung durch den Vorsitzenden
- TOP 2 Feststellung der ordnungsgemäßen Einladung, der Bekanntmachung in der Öffentlichkeit, der Beschlussfähigkeit der Regionalversammlung und der Tagesordnung
- TOP 3 Bestätigung des Protokolls der Regionalversammlung vom 12.06.2002
- TOP 4 Bericht zu den Beteiligungsverfahren Sachlicher Teilplan Windenergienutzung
- TOP 4a Beteiligungsverfahren vom 01.08. bis 30.09.2002
- TOP 4b Beteiligungsverfahren vom 11.12.2002 bis 19.01.2003
- TOP 4c Beschluss zu den Abwägungsberichten Sachlicher Teilplan Windenergienutzung - Beschlussvorlage 01/2003
- TOP 4d Beschluss des Satzungsentwurfs Regionalplan Prignitz-Oberhavel Sachlicher Teilplan Windenergienutzung - Beschlussvorlage 02/2003
- TOP 6 Abschlussbericht zum ALTENER-Projekt
- TOP 6a Mitwirkung der RPG im Vorstand der Stiftung VentoCent
- TOP 6a Wahl des Vorstandsmitgliedes - Beschlussvorlage 03/2003
- TOP 7 Antrag der Stadt Oranienburg (Aussetzung der Mittelung regionalplanerischer Festsetzungen für den ehem. Militärlufthafen) - Beschlussvorlage 04/2003
- TOP 8 Sonstiges
- Die Beschlussvorlagen liegen im Wortlaut vom 28.02.03 - 04.03.03 in der Reg. Planungsstelle, Fehrbelliner Str. 31, 16816 Neuruppin, Mo - Do von 8.00 - 15.00 Uhr und Fr von 8.00 - 13.00 Uhr zur Einsichtnahme aus.

Mit freundlichen Grüßen

Hans Lange

Vorsitzender der Regionalen Planungsgemeinschaft Prignitz-Oberhavel

2.16. Umstufungsverfügung

Mit Wirkung vom 01.03.2003 wird gemäß § 7 Brandenburgisches Straßengesetz in der Neufassung vom 10. Juni 1999, veröffentlicht im Gesetz- und Verordnungsblatt für das Land Brandenburg - GVBl. Bbg. Teil I - Nr. 12 vom 28. Juni 1999, Seite 211 - die Kreisstraße K 6807 vom 1. Einmündungsbereich an der B 167 bis an die Westachse heran zur **Gemeindestraße** abgestuft.

Künftiger Träger der Straßenbaulast ist die Stadt Neuruppin. Diese Verfügung gilt drei Tage nach der öffentlichen Bekanntmachung als bekanntgegeben.

Rechtsbehelfsbelehrung

Gegen diese Verfügung ist der Widerspruch zulässig. Er ist innerhalb eines Monats nach Bekanntgabe schriftlich oder zur Niederschrift beim Landkreis Ostprignitz-Ruppin, Virchowstr. 14/16, 16816 Neuruppin, zu erheben.

Es wird darauf hingewiesen, dass bei schriftlicher Einlegung des Widerspruchs die Widerspruchsfrist nur dann gewahrt ist, wenn der Widerspruch innerhalb dieser Frist erfolgt ist.

Neuruppin, den 03.02.2003

Ch. Gilde
Landrat

Siegel

3. Beschlüsse des Kreistages und Kreis Ausschusses

In der Sitzung des Kreis Ausschusses des Landkreises Ostprignitz-Ruppin wurden am 14. 11. 2002 folgende Beschlüsse gefasst:

3.1.

Nichtöffentlicher Teil

- 3.1.1 Vergabe von Unterhaltsreinigung für das Objekt der Kreisverwaltung in Wittstock
Die Dienstleistung, Unterhaltsreinigung für das Objekt der Kreisverwaltung in Wittstock, Rheinsberger Straße 18 wird an das Unternehmen Dreieck, Dienstleistungs- GmbH & Co KG Neuruppin vergeben.
- 3.1.2. Lieferung und Einrichtung von Hard- und Software für das OSZ OPR
Der Auftrag ist an die Firmen
Los 1: Sitel GmbH, Neuruppin
Los 2: Müritz Comp GmbH Prenzlau
Los 3: Canon Deutschland GmbH Berlin zu vergeben.

In der Sitzung des Kreistages des Landkreises Ostprignitz-Ruppin wurden am 5. Dezember 2002 folgende Beschlüsse gefasst:

3.2.

Öffentlicher Teil

- 3.2.1. 2002 - 406
Gemeindefinanzierungsgesetz (GFG) 2002/2003
kreisliche Prioritätenliste für das Jahr 2003 gem. §§ 17 und 21
Der Kreistag beschließt:
1. die Mittelbereitstellung durch den Landkreis für die antragstellenden Gemeinden gem. der Festlegungen im Gemeindefinanzierungsgesetz (GFG) 2002/2003 für den § 17 in Höhe von 30 % und für den § 21 in Höhe von 70 % vorzunehmen.
2. die aus dem Haushaltsjahr 2002 bis zum Zeitpunkt der Zuwendungen durch den Landkreis zurückgeführten Mittel den antragstellenden Gemeinden im Jahr 2003 zur Verfügung zu stellen.
3. Die Mittelvergabe nach der für die §§ 17 und 21 bestehenden Prioritätenliste vorzunehmen.
- 3.2.2. 2002 - 407
Entgeltordnung für die Museen Alte Bischofsburg in Wittstock
Der Kreistag Ostprignitz-Ruppin beschließt die „Entgeltordnung der Museen Alte Bischofsburg“ des Landkreises Ostprignitz-Ruppin in Wittstock
- 3.2.3. 2002 - 421
Schulversuch „6+6“
am Gymnasium „Friedrich Ludwig Jahn“ Kyritz
Der Kreistag Ostprignitz-Ruppin beschließt:
Das kreisliche Gymnasium „Friedrich Ludwig Jahn“ Kyritz nimmt ab dem Schuljahr 2003/04 am Schulversuch „6+6“ im Land Brandenburg teil.
- 3.2.4. 2002 - 422
Auswahl kreislicher Schulen, die ab dem Schuljahr 2003/04 am Schulversuch „6+6“ teilnehmen
Der Kreistag Ostprignitz-Ruppin beschließt:
Der Landrat wird beauftragt, das „Friedrich Ludwig Jahn“ Gymnasium Kyritz als Schule für den Schulversuch „6+6“ ab dem Schuljahr 2003/04 im Landkreis Ostprignitz-Ruppin zu benennen und die Gesamtschule mit GOST „Theodor Fontane“ Neuruppin als „nachrückende“ Schule dem Ministerium für Bildung, Jugend und Sport zu benennen.

3.2.5. 2002 - 418
Abschluss von Kreuzungsvereinbarungen nach Eisenbahnkreuzungsgesetz
 Der Kreistag beschließt den Abschluss zweier Kreuzungsvereinbarungen für die Eisenbahnkreuzungen im Zuge der Kreisstraße K 6816 bei Plänitz und K 6819 in Breddin zwischen dem LK OPR und der Deutschen Bahn Netz AG.

3.2.6. 2002 - 415
Namensgebung für die Allgemeine Förderschule Kyritz
 Der Kreistag Ostprignitz-Ruppin beschließt, der Allgemeinen Förderschule Kyritz den Namen Linden-Schule zu geben.

3.2.7. 2002 - 424/1 Haushalt 2002
Über- und außerplanmäßige Ausgaben
 1. Der Kreistag genehmigt die Leistung erheblicher überplanmäßiger Ausgaben in Höhe von insgesamt 4.739.100 EUR.
 2. Der Kreistag nimmt bereits genehmigte nicht erhebliche über- und außerplanmäßige Ausgaben zur Kenntnis.

3.2.8. 2002 - 412/1
Satzung der Sparkasse Ostprignitz-Ruppin
 Der Kreistag beschließt die Satzung der Sparkasse Ostprignitz-Ruppin

3.2.9. 2002 - 425
Satzung der Sparkasse Ostprignitz-Ruppin ab 2005
 Der Kreistag beschließt die Satzung der Sparkasse Ostprignitz-Ruppin

3.2.10. Antrag der CDU-Fraktion - Besetzung des Wirtschaftsförder- und Strukturausschusses
Abberufung/Berufung von Abgeordneten zur Besetzung des Wirtschaftsförder- und Strukturausschusses
 Der Kreistag beschließt die Abberufung des Abg. Herrn Peter-Michael Kipcke aus dem Wirtschaftsförder- und Strukturausschuss und die Berufung des Abg. Herrn Ulrich Jaap als Mitglied in den Wirtschaftsförder- und Strukturausschuss.

3.2.11. 2002 - 430
Prioritätenliste zur Verwendung der Zuweisung von Mitteln gemäß § 16 a i.V.m. § 30 Abs. 3 Gemeindefinanzierungsgesetz (GfG)
 Der Kreistag beschließt im Sinne der Prioritätenliste die Vergabe der durch das Land zur Verfügung gestellten Mittel des § 16 a GfG für den Landkreis Ostprignitz-Ruppin

3.2.12. Antrag des Abg. Herrn Völpel
 Der Kreistag Ostprignitz-Ruppin bringt gegenüber dem Landtag des Landes Brandenburg die Missstimmung wegen beabsichtigter Kürzung weiterer GfG-Mittel für die Landkreise zum Ausdruck. Wenn eine Kürzung des Landes im Bereich der GfG-Mittel erfolgt, so darf dies keine Auswirkungen auf die Landkreise im äußeren Entwicklungsraum haben.

3.3. Nichtöffentlicher Teil

3.3.1. 2002 - 419
Dienstaufsichtsbeschwerde des Herrn Pohlmann gegen den Landrat
 Der Kreistag bestätigt den Antwortenentwurf an Herrn Pohlmann und beauftragt den Vorsitzenden des Kreistages mit der Unterzeichnung.

3.3.2. 2002 - 611/1
Verkauf der Liegenschaft Poststraße 11 in Wittstock
 1. Der Kreistag beschließt, Ziffer 3 des Kreistagsbeschlusses Nr. 611 vom 04. 06. 1998 aufzuheben.
 2. Der Kreistag beschließt den Verkauf des bebauten Grundstücks in Wittstock an den Volkssolidarität Landesverband Brandenburg e.V. Potsdam.

In der Sitzung des Kreistages des Landkreises Ostprignitz-Ruppin wurden am 12. 12. 2002 folgende Beschlüsse gefasst:

3.4. Öffentlicher Teil

3.4.1. Haushalt 2003
 Der Kreistag beschließt den Vorgriff auf den Haushalt 2003 für die Bezuschussung von 6 SAM-Stellen für das Quartal 2003 = 7.200 Euro.

3.4.2. 2002 - 413
Vertrag Restabfallentsorgung
 Der Kreistag beauftragt den Landrat, einen dreiseitigen Vertrag zur Restabfallentsorgung ab dem 01.06.2005 zwischen dem Landkreis Prignitz, dem Landkreis Ostprignitz-Ruppin und dem im gemeinsamen Vergabeverfahren ausgewählten beauftragten Dritten zu schließen.

3.4.3. 2002 - 426
Übernahme der Aufgaben des Landkreises Prignitz gemäß dem Adoptionsvermittlungsgesetz (AdVerMiG) durch Abschluss einer öffentlich rechtlichen Vereinbarung

Der Kreistag beschließt die Übernahme der Aufgaben gemäß dem „Gesetz über die Vermittlung der Annahme als Kind und über das Verbot der Vermittlung von Ersatzmüttern“ in seiner Fassung vom 22. Dez. 2001, (Bundesgesetzblatt Jahrgang 2002 Teil I, Seite 354) des örtlichen Träger der öffentlichen Jugendhilfe - Landkreis Prignitz - durch eine öffentlich rechtliche Vereinbarung zum 01.01.2003. Der Landkreis Ostprignitz-Ruppin richtet eine gemeinsame Adoptionsvermittlungsstelle für die Landkreise Prignitz und Ostprignitz-Ruppin am Standort Neuruppin ein.

3.4.4. 2002-428/1
Krankenhausentwicklung in der Region Prignitz/Ruppin
 Der Kreistag beschließt:

- Zur Vorbereitung eines Regionalkrankenhauses gründen der Landkreis Prignitz und der Landkreis Ostprignitz-Ruppin zusammen mit den Mitarbeitergesellschaften ihrer Krankenhäuser zum 01. Januar 2003 die Prignitz-Ruppiner Managementgesellschaft mbH lt. dem in der Anlage beigefügten Gesellschaftervertrag (Stand: 12.12.2002) mit folgender Beteiligung:
 - Landkreis Ostprignitz-Ruppin 10 TEUR
 - Landkreis Prignitz 10 TEUR
 - Gesundheitswesen Ostprignitz-Ruppin Beteiligungsgesellschaft bürgerlichen Rechts (kurz: Gesundheitswesen OPR-Beteiligungs-GbR) 5 TEUR
 - Gesundheitswesen Westprignitz Beteiligungsgesellschaft bürgerlichen Rechts 5 TEUR
- Beide Landkreise streben die Gründung des gemeinsamen Regionalkrankenhauses zum 01. Januar 2004 an.
- § 3 Gegenstand des Unternehmens im Gesellschaftervertrag wird wie folgt lauten:
 Absatz 1, Satz 1 lautet: „Gegenstand des Unternehmens ist, die einheitliche Geschäftsführung der Kreiskrankenhäuser Prignitz gGmbH und der Ruppiner Kliniken GmbH anzustreben.“

3.4.5. 2002-429
Zusammenarbeit der Vertreter der Ruppiner Kliniken GmbH und des Kreiskrankenhauses Prignitz gGmbH
 Der Kreistag beschließt:

Die durch den Landkreis Ostprignitz-Ruppin bestellten Vertreter in der Gesellschafterversammlung und in dem Verwaltungsrat der Ruppiner Kliniken GmbH werden beauftragt, in den genannten Organen auf Beschlüsse hinzuwirken, dass gemeinsame Sitzungen mit der Gesellschafterversammlung und dem Verwaltungsrat der Kreiskrankenhäuser Prignitz gGmbH, den geschäftsführenden Gesellschaftern der Gesundheitswesen Ostprignitz-Ruppin Beteiligungs-GbR sowie der Gesundheitswesen Westprignitz Beteiligungs-GbR stattfinden. Beratungspunkte dieser Sitzungen sind ausschließlich die mit der Fusion zu einer Regionalkrankenhausesgesellschaft im Zusammenhang stehenden Themen.

3.5. Nichtöffentlicher Teil

3.5.1. 2002 - 411/1
Vergabe der Restabfallentsorgung
 Der Kreistag beauftragt den Landrat, den Zuschlag im Vergabeverfahren Restabfallentsorgung ab dem 01. 06. 2005, das der Landkreis Ostprignitz-Ruppin auf der Grundlage der öffentlich-rechtlichen Vereinbarung zwischen dem Landkreis Prignitz und dem Landkreis Ostprignitz-Ruppin durchführt, für Los 1 (Abfallmengen des Landkreises Ostprignitz-Ruppin) auf den Nebenangebot 1 des Bieters Märkische Entsorgungsanlagen und Betriebsgesellschaft mbH (MEAB) zu erteilen.